



**„Die französische Ratspräsidentschaft 2008 –
Zwischen europäischen und französischen Interessen“**

Bachelorarbeit im Bachelor-Studiengang *Europäische Studien*
der Universität Osnabrück

vorgelegt am: 24.07.2009
vorgelegt von: Pablo Wittenbrink

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	III
1. Einleitung	1
1.1 Fragestellung	1
1.2 Aufbau	3
1.3 Methodisches Vorgehen	4
2. Die Ratspräsidentschaft	10
2.1 Begriffsklärungen zur Ratspräsidentschaft	10
2.2 Die Ratspräsidentschaft im Kontext der EU	11
2.3 Handlungsspielraum der Ratspräsidentschaft	13
3. Erwartungen an die französische Ratspräsidentschaft 2008	16
3.1 Kontext	16
3.2 Erwartungen auf europäischer Ebene	18
3.3 Erwartungen auf nationaler Ebene	22
3.4 Zwischenfazit:	28
4. Die französische Ratspräsidentschaft 2008	29
4.1 Die offizielle Agenda	30
4.1.1 Energie- und Klimapolitik	30
4.1.2 Migrations- und Asylpolitik	38
4.1.3 Verteidigungspolitik	45
4.1.4 Agrarpolitik	48
4.1.5 Mittelmeerunion – Union für das Mittelmeer	54
4.2 Die „unerwartete“ Agenda	61
4.2.1 Das irische „Nein“ zum Vertrag von Lissabon	61
4.2.2 Die Finanzkrise	68
4.2.3 Die Georgienkrise	71
5. Schlussbetrachtung und Auswertung	78
Literaturverzeichnis:	IV
Anhang	XVII
<i>Selbstständigkeitserklärung - Erklärung gemäß § 19 Abs. 7</i>	XVII
<i>Danksagungen</i>	XVIII

Abkürzungsverzeichnis

UMP	-	Union pour un mouvement populaire; Parteienbündnis, welches den Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy stellt
EP	-	Europäisches Parlament
EU	-	Europäische Union
EWG	-	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Frontex	-	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen
G8	-	„Gruppe der Acht“ – Mitglieder: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA,
GAP	-	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	-	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
ENP	-	Europäische Nachbarschaftspolitik
ESVP	-	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EZB	-	Europäische Zentralbank
MOEL	-	Mittel- und osteuropäische Länder (engl. Entsprechung: CEE – Central and Eastern Europe)
NATO	-	North Atlantic Treaty Organization
OSZE	-	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNO	-	United Nations Organisation – Organisation der Vereinten Nationen
VVE	-	Vertrag über eine Verfassung für Europa

1. Einleitung

1.1 Fragestellung

„La France est de retour en Europe“¹ – Frankreich ist zurück in Europa – hatte Nicolas Sarkozy am Abend seines Wahlsieges am 6. Mai 2007 verkündet und damit impliziert, dass Frankreich nach der europäischen Durststrecke unter Staatspräsident Chirac wieder eine gewichtigere, ja eine Führungsrolle in Europa spielen wolle. Sinnbildhaft für einen Wandel seiner Politik, insbesondere der Europapolitik, stand der Begriff der „rupture“, also des Bruchs mit der Politik seines Vorgängers Chirac, den Nicolas Sarkozy während des Wahlkampfes zur Wahl des Staatspräsidenten nicht müde geworden war zu bemühen.

Viele Beobachter stellten sich jedoch die Frage, ob die Herbeiführung eines solchen Bruchs und die mit ihm einhergehende Rückkehr Frankreichs nach Europa nur eine rhetorisch aufgebauschte Floskel war, oder ob ihr tatsächlich eine grundlegende Neuausrichtung in der französischen Europapolitik folgen sollte.²

Eine solch grundlegende Neuausrichtung hätte mit einer Veränderung der französischen Europapolitik, weg von einer bisher hauptsächlich an der Durchsetzung nationaler Interessen, hin zu einer im Sinne der europäischen Integration erfolgenden, Europapolitik einhergehen können. Durch deutlich europakritische Äußerungen Nicolas Sarkozys vor und auch nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten³ und aufgrund seines deutlich geäußerten Ziels, 2012 im Amt des Staatspräsidenten wiedergewählt zu werden, lag jedoch nahe, dass unter seiner Ägide die Europapolitik „unter dem Primat der Innenpolitik“⁴ geführt werden würde, d.h. „europapolitische Handlungsfelder daraufhin geprüft werden, wie und in welchem Maße sie die innenpolitische Agenda des Präsidenten unterstützen [...]“.⁵ Diese Aussage impliziert, dass europapolitische Themen unter Staatspräsident Nicolas

¹ Siehe: Rede von Nicolas Sarkozy am 6. Mai 2007 anlässlich seines Wahlsieges im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen.

(zur Zitierweise sei an dieser Stelle angemerkt, dass alle mit „siehe:“ versehenen Fußnoten auf Quellen verweisen, die im Literaturverzeichnis unter „Internetquellen“ verzeichnet sind)

² vgl. Veit, Winfried; „Bruch oder Bluff? : Französische Außenpolitik unter Sarkozy“

In: Internationale Politik und Gesellschaft Online : International Politics and Society. - 2008, 2.Electronic ed.: : IPG-Redaktion, Bonn 2008

³ Siehe hierzu: Kapitel 4

⁴ Schild, Joachim; „Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik“ in: Integration 3/2007; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007; S.240

⁵ Ebd.

Sarkozy einzig vorangetrieben werden, wenn es nationalen, französischen Interessen dient.

Vor diesem Hintergrund kündigte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 8. Januar für die turnusmäßig ab 1. Juli 2008 an Frankreich übergehende Ratspräsidentschaft eine ambitionierte Agenda an, dank deren Umsetzung „Europa auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren“⁶ sollte.

Wie dargestellt stellte sich die Frage nach der Ausrichtung der französischen Europapolitik unter Staatspräsident Sarkozy. Diese war im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft von Seiten französischer Offizieller und besonders durch Staatspräsident Sarkozy von „widersprüchlichen Signalen“⁷ – also teils pro-europäischen, teils europäischen Interessen zuwiderlaufenden, Äußerungen und Taten geprägt gewesen.

Im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft mehrten sich daher die Befürchtungen, Frankreich könnte erneut – wie bei seiner letzten Ratspräsidentschaft im Jahre 2000⁸ – die Stellung des Ratspräsidenten nutzen, um in erster Linie nationale Interessen zu verfolgen, gesamteuropäische Interessen aber zu negieren oder sogar zu blockieren.

Ziel dieser Arbeit soll es daher sein, die französische Ratspräsidentschaft dahingehend zu analysieren, ob die französische Regierung und Staatspräsident Nicolas Sarkozy im Rahmen des Vorgehens der französischen Ratspräsidentschaft versucht haben, nationale Interessen auf europäischer Ebene zu vertreten, oder ob ihr Vorgehen an europäischen Interessen orientiert war. Daher lautet der Titel der Arbeit: „Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen europäischen und französischen Interessen“.

Nationale Interessen bzw. französische Interessen sind in diesem Kontext Handlungsweisen, die sich für einen rein nationalen Vorteil einsetzen oder das Ziel des politischen Einflussgewinns auf nationaler Ebene haben.

⁶ Siehe: offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft

⁷ Vgl. Koopmann, Martin; „Widersprüchliche Signale - Französische Europa-Politik zu Beginn der Pariser EU-Ratspräsidentschaft“; DGAP Analyse Frankreich 05, Juli 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.; Berlin 2008

⁸ Vgl. Schout, Adriaan und Vanhoonacker, Sophie; „Evaluating Presidencies of the Council of the EU: Revisiting Nice“ in: Journal of Common Market Studies 2006 Volume 44. Number 5, Blackwell Publishing Ltd, Oxford 2006; S.1063

Als *europäische Interessen* werden solche Interessen verstanden, die sich an einem „gesamteuropäischen Ziel“ orientieren. Das bedeutet an einem Ziel, welches mehrheitsfähig ist und von den Hauptakteuren im europäischen Kontext, d.h. dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament, befürwortet wird. Dieser Definition wird zugrunde gelegt, dass der Konsens zwischen den einzelnen Akteuren das Kernstück gesamteuropäischer Politik ist.

Die europäische Ausrichtung der Ratspräsidentschaft wird sich daran messen lassen müssen, wie und wie oft sie wirkungsvoll einen Konsens in den anstehenden Fragen erzielen konnte.

1.2 Aufbau

Um der oben genannten Fragestellung nachzugehen, ist die Arbeit wie im Folgenden beschrieben aufgebaut.

Sie gliedert sich in fünf Kapitel. Kapitel 1 gibt eine Einleitung und definiert in 1.3 das methodische Vorgehen. Dieses greift auf einen Analyserahmen zurück, welcher für eine Ratspräsidentschaft die Einnahme von vier möglichen Rollen annimmt.

In Kapitel 2 soll dann grundlegend erläutert werden, welche Funktionen, Aufgaben und Handlungsspielräume eine Ratspräsidentschaft hat, da eingangs geklärt werden muss, welche Kompetenzen die Ratspräsidentschaft hat, um anschließend ihr Vorgehen untersuchen zu können.

Anschließend bezieht sich Kapitel 3 auf die Erwartungen im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft, da diese wie in Kapitel 1.3 aufgezeigt werden wird, eine entscheidende Determinante für das Vorgehen einer Ratspräsidentschaft darstellen.

Im Folgenden wird das Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft 2008 in den unter 4.1 genannten Punkten der offiziellen Agenda für die Präsidentschaft und den unter 4.2 genannten, im Vorfeld der Ratspräsidentschaft nicht absehbaren, Punkten dargestellt. Hierbei wird auf die in 1.3 entwickelten vier Rollen zurückgegriffen und eine Einschätzung bezüglich der Einnahme dieser Rollen vorgenommen.

Diese Einschätzung soll dann in Kapitel 5 eine abschließende Beantwortung der Ausgangsfragestellung zulassen.

Generell bleibt zu erwähnen, dass bei der Analyse des Vorgehens in den jeweiligen Agendapunkten bzw. bezüglich der „unvorhergesehenen Agenda“ das Vorgehen im

Bezug auf die Fragestellung untersucht werden soll. Es kann jedoch keine abschließende Bewertung der getroffenen Maßnahmen bzw. Entscheidungen vorgenommen werden, da dies zum einen den Rahmen der Arbeit überschreiten würde, zum anderen aufgrund der Tatsache, dass es sich um fortlaufende Prozesse handelt, schlicht nicht möglich ist. Trotzdem ist es die Intention, in einem begrenzten Rahmen jeweils ein für und wider bezüglich der jeweils getroffenen Beschlüsse darzustellen.

Darüber hinaus wird es *nicht* Ziel der Arbeit sein, eine Aussage dahingehend zu treffen, ob die französische Ratspräsidentschaft als „Erfolg“ gewertet werden kann, da diese Aussage vom jeweiligen, subjektiven Standpunkt abhängt.

Vielmehr soll mit Hilfe des beschriebenen Vorgehens am Ende der Arbeit eine Aussage darüber getroffen werden, ob Frankreich im Rahmen der Ratspräsidentschaft nationale oder europäische Interessen vertreten hat.

1.3 Methodisches Vorgehen

Um im Zuge der Arbeit eine fundierte Antwort auf die oben genannte Fragestellung geben zu können, wird auf einen von Adriaan Schout und Sophie Vanhoonacker entwickelten analytischen Ansatz der „contingency theory“⁹ zurückgegriffen.

Der von Schout und Vanhoonacker in Ihrem Aufsatz „Evaluation Presidencies of the Council of the EU“ entwickelte Ansatz wurde aufgestellt, da Ratspräsidentschaften nach Meinung der Autoren nach ihrem Ende zwar von nationalen und europäischen Medien bewertet, in den wenigsten Fällen jedoch auf wissenschaftlichem Niveau *ausgewertet* werden.

Die Bereitstellung einer solchen wissenschaftlichen Auswertung anstelle einer bloßen Bewertung sei jedoch von Nöten und sie müsse über generelle Aussagen hinausgehen. Die Autoren legen daher eine differenzierte Analyse nahe, da ohne eine solche Analyse Mängel im Verständnis von Entscheidungsfindungsprozessen in der EU auftreten könnten, weniger *checks and balances* möglich seien und überdies

⁹ Ansatz entwickelt in: Schout, Adriaan und Vanhoonacker, Sophie; „Evaluating Presidencies of the Council of the EU: Revisiting Nice“ in: Journal of Common Market Studies 2006 Volume 44. Number 5, Blackwell Publishing Ltd, Oxford 2006; S.1051-77

zukünftige Ratspräsidentschaften keine Lehren aus dem Vorgehen ihrer Vorgänger ziehen könnten.

Um eine differenzierte Analyse vornehmen zu können, stellen Schout und Vanhoonacker die Annahme auf, der die Ratspräsidentschaft innehabende Mitgliedsstaat könne 4 Rollen einnehmen und welche der vier Rollen letztlich eingenommen werde, hänge weniger von der Ratspräsidentschaft selbst ab, sondern vielmehr von den Umständen, die auf die Ratspräsidentschaft einwirken.

Auf der Grundlage der genannten Feststellungen kristallisieren sich vier Rollen heraus, die von einer Ratspräsidentschaft eingenommen werden können, wobei es in der Natur der Dinge liegt, dass es zwischen den verschiedenen Rollen Schnittmengen gibt und eine Ratspräsidentschaft selten ausschließlich eine der Rollen einnimmt.

Diese Differenzierung in vier Rollen ist notwendig geworden, da sich das Amt der Ratspräsidentschaft von seiner ursprünglichen Funktion des reinen Organisors inzwischen weit entfernt und sich das Aufgabenfeld aufgrund von Kompetenzfreiräumen in der Struktur der EU stark diversifiziert hat.

So wird heute von der Ratspräsidentschaft neben der Organisation des Arbeitsablaufes des Rates auch politische Verantwortung erwartet.¹⁰

Bei den vier für eine Ratspräsidentschaft möglichen Rollen handelt es sich um die Rolle des Organisors, des Vermittlers, des politischen Ideengebers und des Vertreters nationaler Interessen. Die drei erstgenannten Rollen orientieren sich an den in der „leadership theory“¹¹ entwickelten Schlüsselrollen. Dieser Theorie zufolge wird jede der Rollen durch einen unterschiedlichen Führungsstil und eine unterschiedliche Zielsetzung charakterisiert. Die Rolle des Organisors wird als ein *task orientated leadership* angesehen, d.h. der Führungsstil zeichnet sich dadurch aus, geradlinig und rasch auf die Erledigung einer Aufgabe zuzusteuern. Dem Vermittler hingegen wird ein *group orientated leadership* attestiert, bei welchem viel Engagement darauf verwendet wird, die unterschiedlichen Positionen innerhalb des Rates zu sondieren und eine gute Arbeitsatmosphäre zu kreieren, um somit Wege zu Kompromissen ausfindig zu machen und letztendlich ein gemeinsames Resultat zu erzielen.

¹⁰ Für eine genauere Definition des Aufgabenfeldes der Ratspräsidentschaft siehe Kapitel 3.

¹¹ Zitiert in Schout und Vanhoonacker; 2006, S.1054 aus: Yukl, G. (1998) *Leadership in Organizations*. 4th edn (Upper Saddle River, NJ:Prentice Hall).

Der politische Ideengeber wiederum wird durch einen Führungsstil charakterisiert, der als *transformational leadership* bezeichnet wird und darauf abzielt, innovative Langzeitlösungen anstelle kurzlebiger Kompromisse zu finden. Zur Verfolgung dieses Ziels werden, wenn nötig, traditionelle Denkmuster überwunden und Einzelinteressen, die einer Realisierung des Zielvorhabens im Wege stehen, zurückgedrängt.

Neben den drei beschriebenen Rollen muss das Augenmerk ebenso auf die vierte Rolle, die des Vertreters nationaler Interessen, gelegt werden. In dieser Rolle nimmt der Inhaber der Ratspräsidentschaft die traditionelle Rolle eines Mitgliedsstaates in Verhandlungen ein. Da nicht von der Hand zu weisen ist, dass jeder Mitgliedsstaat, auch in der Funktion der Ratspräsidentschaft, Eigeninteressen hat, stellt sich demnach nicht die Frage, ob ein Mitgliedsstaat Eigeninteressen hat, sondern wie er mit diesen umgeht, inwiefern sie den Politikprozess beeinflussen und ob sie gegenüber den europäischen Interessen überwiegen.

Bezüglich der vier Rollen lässt sich feststellen, dass sie nicht immer klar definierbar und voneinander abgrenzbar sind. Ein hohes Engagement, was einen Ratsvorsitz als politischen Ideengeber oder als Vermittler klassifizieren könnte, kann immer auch durch nationale Interessen motiviert sein. Überdies können die Rollen einander zuträglich, aber ebenso abträglich sein. Dies führt dazu, dass die Rollen auch gleichzeitig eingenommen werden können und in der Analyse nicht davon ausgegangen werden kann, dass zu jedem Zeitpunkt ausschließlich nur eine Rolle eingenommen wird. Die so definierten Rollen können nicht dazu dienen, der französischen Ratspräsidentschaft im Nachhinein für ihr gesamtes Handeln eine der Rollen zuzuordnen. Vielmehr sollen sie dabei helfen, bei der Untersuchung der verschiedenen Kontexte Tendenzen zu beschreiben.

Trotz der Überschneidungen welche die Rollen miteinander haben können, ist eine Differenzierung in die 4 Kategorien notwendig, will man in der Analyse darüber hinausgehen, die Ratspräsidentschaft bloß als Verantwortlichen für Organisatorisches zu betrachten.

Welche Rolle eine Ratspräsidentschaft einnehmen muss, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, ist in der Literatur umstritten. Ist eine Ratspräsidentschaft erfolgreich, wenn sie einen von allen Beteiligten getragenen Kompromiss erreicht, wenn ihre

Ergebnisse den Rechtsanforderungen genügen und problemlos implementiert werden können, wenn sie eine gute Arbeitsatmosphäre kreiert hat oder womöglich wenn sie ihre eigenen Zielvorhaben hat erreichen können?

Schout und Vanhoonacker gehen diesbezüglich davon aus, dass in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Rollen effektiv sind, daher je nach Situation beurteilt werden muss, welche Rolle als angemessen und erfolgreich angewandt angesehen werden kann. Eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft ist nach dieser Annahme also ein Vorsitz „*that matches the demand and supply of presidency roles*“,¹² also ein Vorsitz, der in der jeweiligen Situation die erforderliche Rolle eingenommen hat.

Um diesbezüglich eine Feststellung treffen zu können, müssen die Faktoren, welche die Anforderung an die Ratspräsidentschaft und die daraus resultierende Bereitstellungen einer bestimmten Rolle determinieren, genauer definiert werden. Hierzu differenzieren Schout und Vanhoonacker zwischen äußeren und inneren Faktoren, welche die Anforderungen an eine Ratspräsidentschaft ausmachen und somit Einfluss auf die Bereitstellung bestimmter Rollen ausüben. Für beide Bereiche, also äußere sowie innere Faktoren, stellen die Autoren mehrere Variablen auf. Im Zuge der Arbeit erfolgt im Bezug auf die „äußeren“ Faktoren ein Rückgriff auf die Untersuchung, ob ein Thema ein „altes“, also schon seit Langem im EU-Kontext behandeltes oder ein völlig neues Thema ist, sowie auf die Untersuchung, ob ein Thema ein politisch sensibles oder weniger sensibles Feld ist bzw. welchen Stellenwert es im europäischen Kontext einnimmt.

Im Bezug auf die inneren Faktoren wird untersucht werden, welche Relevanz das jeweils behandelte Thema für Frankreich hatte. Darüber hinaus wird, soweit die Quellenlage es zulässt, untersucht inwiefern nationale Eliten Einfluss auf den politischen Prozess ausgeübt haben.

Für jede der Variablen wird untersucht, inwiefern sie die Anforderung einer bestimmten Rolle an die Ratspräsidentschaft stellt und inwiefern die französische Ratspräsidentschaft nachgekommen ist.

Theoretisch gesehen stellen Schout und Vanhoonacker für die Variablen folgende Thesen auf.

Im Bereich der **äußeren Faktoren** und im Bezug auf ein „älteres“ Thema wird davon ausgegangen, dass ein Mitgliedsstaat in der Verantwortung der

¹² Schout und Vanhoonacker; 2006, S.1057

Ratspräsidentschaft am wahrscheinlichsten die Rolle des Vertreters nationaler Interessen einnehmen wird, da die Rolle des Organisators und des Vermittlers weniger gefragt sind, da die Positionen bereits bekannt sind und dass aus demselben Grund kaum Spielraum für die Rolle des politischen Ideengebers vorhanden ist. Andererseits ist es wahrscheinlich, dass es dem Land gelingt, nationale Interessen zu vertreten, da diese schon seit Langem bekannt sind und nicht so stark angefochten werden.

Im Bezug auf ein neues Thema ist es möglich, dass alle vier Rollen eingenommen werden, da diese Situation sowohl eines Organisators bedarf, der die unterschiedlichen Positionen sondiert, als auch einen Vermittler benötigt, der Verhandlungsspielräume ausfindig macht. Darüber hinaus ist in dieser Situation eine Einnahme der Rolle des politischen Ideengebers möglich, da ein neues Thema Freiraum lässt, um die Diskussion auf langfristige Lösungen zu lenken. Ebenso kann das Land, welches die Ratspräsidentschaft in diesem Moment führt, eigene Positionen einbringen.

Bei der Frage, welche Rolle eine Ratspräsidentschaft wahrscheinlich einnimmt, wenn ein politisches sensibles bzw. ein nicht sensibles Thema behandelt wird, kommen die Autoren zu dem Schluss, dass im Falle des nicht-sensiblen Themas höchstwahrscheinlich die Rolle des politischen Ideengebers eingenommen wird, da die meisten Mitgliedsstaaten bei diesen Themen Bereitschaft zu Langzeitlösungen zeigen. Die Rolle des Vertreters nationaler Interessen kann in diesem Fall ebenso eingenommen werden, da die anderen Ratsmitglieder im Falle eines politisch unsensiblen Themas weniger skeptisch auf nationale Interessen reagieren. Im Falle eines politisch sensiblen Themas ist wiederum wahrscheinlich, dass die Rolle des Vermittlers eingenommen wird, da diese Rolle bei einem sensiblen Thema, was eine große Interessendivergenz zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten impliziert, unabdingbar ist, um zu einem Kompromiss zu gelangen. Die Rolle des politischen Ideengebers ist in diesem Falle ebenso möglich, ist aber wegen der hohen Wahrscheinlichkeit für eine große Interessendivergenz sehr schwer einzunehmen. Die Einnahme nationaler Positionen würde die ohnehin schwierigen Verhandlungen weiter verkomplizieren und ist daher unwahrscheinlich.

Im Bereich der **inneren Faktoren** und im Bezug auf die Frage, welche Rolle von einer Ratspräsidentschaft wahrscheinlich eingenommen wird, wenn ein Thema auf nationaler Ebene von Bedeutung ist, kommen Schout und Vanhoonacker zu dem

Schluss, es sei nahe liegend, dass alle vier Rollen eingenommen werden, da die öffentliche Aufmerksamkeit für die Behandlung des Themas sowohl die Rolle des Organisators, als auch die Rollen des Vermittlers und des politischen Ideengebers befördern und darüber hinaus das Land ein hohes Interesse daran hat, eigene Interessen mit einfließen zu lassen. Spezifiziert wird die Untersuchung der nationalen Ebene noch durch die Betrachtung des Einflusses der hochrangigen Politiker sowie der Eliten auf den Führungsstil der Ratspräsidentschaft. Die Betrachtung dieser Dimension ist notwendig, da *„it often appears that preferences and attitudes of key players are decisive elements in setting priorities and formulating strategies.“*¹³ Zeichnen sich diese Akteure durch ein hohes Engagement aus, ist anzunehmen, dass mitunter alle vier Rollen eingenommen werden und sich dieses Engagement auf alle vier Rollen positiv auswirkt.

Der Analyserahmen stellt also fest, dass es vier Rollen (Organisator, Vermittler, politischer Ideengeber, Vertreter nationaler Interessen) gibt, welche von einem Mitgliedsstaat in seiner Funktion als Ratspräsident eingenommen werden können. Welche Rolle eingenommen wird, hängt weniger von der Ratspräsidentschaft selber, sondern vielmehr von äußeren und inneren Faktoren und Erwartungen ab, welche die Einnahme einer (oder mehrerer) Rollen fordern. Verschiedene Faktoren begünstigen verschiedene Rollen und unterschiedliche Situationen fordern unterschiedliche Rollen. Somit kann davon ausgegangen werden, dass ein Staat im Zuge einer Ratspräsidentschaft alle Rollen einnimmt, im Zuge der Arbeit jedoch geklärt werden soll, welche Rolle wann eingenommen wurde und ob es eine Rolle bzw. Rollen gab, die überwogen haben.

Diese Untersuchung soll erlauben, eine Aussage darüber zu treffen, ob die französische Ratspräsidentschaft eher im europäischen Interesse gehandelt hat, also als Organisator, Vermittler und/oder politischer Ideengeber aufgetreten ist, oder ob sie eher ein Vertreter nationaler Interessen war.

Als Handelnder im europäischen Interesse wäre ihre Handlungsmaxime gewesen, im Konsens mit den übrigen Akteuren – den übrigen Ratsmitgliedern, der Kommission und dem Europäischen Parlament – europäische Ziele voranzubringen. Somit kann eine Ratspräsidentschaft im Sinne europäischer Interessen angesehen werden, wenn

¹³ Schout und Vanhoonacker; 2006; S.1061

es ihr gelingt, zum einen innerhalb des Rates eine tragende Rolle zu spielen und zum anderen gemeinschaftliche über nationale Interessen zu stellen.

Ein Handeln im nationalen Interesse wäre demnach darauf bedacht gewesen, französische Interessen zu wahren und bei Entscheidungen die (politischen) Kosten für Frankreich möglichst gering ausfallen zu lassen, auch wenn ein solches Vorgehen vielleicht bei anderen Ratsmitgliedern oder einer der europäischen Institutionen auf wenig Verständnis stößt.

2. Die Ratspräsidentschaft

2.1 Begriffsklärungen zur Ratspräsidentschaft

Für die folgende Analyse ist es zunächst notwendig, wesentliche Begriffe zu definieren. Hierzu zählen der *Ministerrat* und der *Europäische Rat*.

Wird im Kontext der EU von „Rat“ gesprochen, so handelt es sich hierbei zumeist um den *Rat der Europäischen Union*, auch *Ministerrat* genannt. Dieser ist das zentrale Legislativorgan der EU und setzt sich aus Vertretern auf Ministerebene der 27 Mitgliedsstaaten der EU zusammen. Obwohl der Rat eigentlich ein einheitliches Organ ist, ist er in 9 sogenannte „Ratsformationen“¹⁴ unterteilt, in denen die Minister der jeweiligen Ressorts in der Regel zweimal, während jeder Ratspräsidentschaft, teilweise aber auch häufiger, zusammenkommen.

Der Ministerrat arbeitet seit dem Vertrag von Maastricht (1991) im Herzen des institutionellen Gefüges der EU und bildet heute nicht nur ein Legislativorgan in den gemeinschaftlichen Bereichen, wobei er seine Legislativfunktionen mit denen der Kommission und dem Europäischen Parlament teilt, sondern ebenso die Schlüsselinstitution in den intergouvernementalen Bereichen der GASP¹⁵ und der PJZS¹⁶.

Die Besonderheit des Ministerrates ist das in seiner Zusammensetzung begründete permanente *two-level-game*,¹⁷ welches ausdrückt, dass der Rat einerseits dazu

¹⁴ z.B.: Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Rat für Wirtschaft und Finanzen, etc. (insgesamt 9 Formationen)

¹⁵ GASP- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

¹⁶ PJZS- Polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen

¹⁷ Putnam, Robert; „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-level-Games“; in: International Organisation; MIT Press Journals; Cambridge 1988

angehalten ist, im Interesse aller Mitgliedsstaaten zu handeln, die Ratsmitglieder jedoch gleichzeitig nationale Politiker sind und sich für ihr Handeln auch (und vor allem) vor nationalen Wählern rechtfertigen müssen, es also nahe liegt, dass sie auch nationale Positionen beziehen.

Zusammenfassend stellen beispielsweise Hayes und Wallace fest: *The Council [...] embodies a sense of collective purpose, collective commitments and collective ideas. It is the forum for reconciling the distinctive purposes and powers of the member states with the needs for recurrent and disciplined joined action.*¹⁸

Der Ministerrat wird ergänzt durch den Europäischen Rat. Letzter ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU, in dessen Rahmen in der Regel vier Treffen jährlich stattfinden. Obwohl der Europäische Rat formell kein Organ der EU ist, definiert er deren politische Leitlinien. Der Vorsitz des Europäischen Rates rotiert halbjährlich und wird jeweils von demjenigen Mitgliedsstaat eingenommen, der zu diesem Zeitpunkt auch die Präsidentschaft des Rates der EU innehat. In der Praxis agiert der Europäische Rat immer stärker wie eine Oberinstanz des Ministerrates,¹⁹ da beiden Räten derselbe Mitgliedsstaat vorsitzt.

Im Zuge der Arbeit wird unter dem Handeln der Ratspräsidentschaft sowohl das Vorgehen im Rahmen des Ministerrates, als auch das Handeln im Rahmen des Europäischen Rates verstanden. Für die umfassende Untersuchung der Ratspräsidentschaft muss neben dem Ministerrat auch der Europäische Rat betrachtet werden, da „unter den letzten Ratspräsidentschaften die Tendenz angehalten hat, dass der Europäische Rat nicht nur bei grundsätzlichen Entscheidungen, sondern auch in der tagespolitischen Politikgestaltung eine immer wichtige Rolle einnimmt“²⁰. Daher ist das Vorgehen beider Räte von Relevanz.

2.2 Die Ratspräsidentschaft im Kontext der EU

In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde das Amt der Ratspräsidentschaft geschaffen, um einen Verantwortlichen für die Organisation und Durchführung der regelmäßigen Zusammenkünfte zu benennen. Im Zuge der

¹⁸ Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; „The Council of Ministers“; Palgrave Macmillan; Hampshire 2006; S.3

¹⁹ Härtel, Ines; „Handbuch Europäische Rechtssetzung“; Springer-Verlag; Berlin und Heidelberg 2006; S.84

²⁰ Ebd.

fortschreitenden Integration wurde der Ratspräsidentschaft dann eine wichtigere Rolle zugeschrieben.

Neben der Vorbereitung und Leitung der Arbeit des Rates kommt es der Ratspräsidentschaft zu, den Rat gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament zu vertreten. Darüber hinaus ist es ihre Aufgabe, gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und dem Kommissar für Außenbeziehungen, die EU in der GASP im Rahmen der sogenannten ‚Troika‘ zu repräsentieren.²¹

Heute ist die Ratspräsidentschaft zu einem unerlässlichen Teil der Balance des institutionellen Gefüges der EU geworden, die Minister und Staats- bzw. Regierungschefs des die Ratspräsidentschaft führenden Landes stehen unter aufmerksamer Beobachtung der Öffentlichkeit und einer Ratspräsidentschaft kommt die Aufgabe zu, während des sechsmonatigen Mandates ca. 4000 Treffen vorzubereiten und zu leiten.²²

Die wohl wichtigste Verfahrensregel der Ratspräsidentschaft ist der alle sechs Monate eintretende, turnusmäßige Wechsel des Vorsitzes²³. Das derzeitige System der Rotation geht auf die Beitritte Österreichs, Finnlands und Schwedens 1995 sowie die Beitritte der 10 neuen Mitgliedsstaaten 2004 zurück. In der Beitrittsakte für Österreich, Finnland und Schweden wurde festgelegt, dass die sogenannte ‚Ratstroika‘, ein Mechanismus welcher die Kooperation zwischen der vorherigen, der aktuellen und der zukünftigen Ratspräsidentschaft einführte, immer einen „großen“ Mitgliedsstaat enthalten solle. Dieses System der Troika wurde nach dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedsstaaten einer Weiterentwicklung unterzogen, auf die man sich im Dezember 2004 einigen konnte und die durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates im Januar 2007 in Kraft trat.²⁴ Diese Änderung sah vor, dass drei Mitgliedsstaaten, die nacheinander die Ratspräsidentschaft inne haben,

²¹ Wessels, Wolfgang; „Das politische System der Europäischen Union“; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden 2008; S.217

²² Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; 2006, S.133

²³ Hierbei richtet sich die Reihenfolge des Vorsitzes zunächst nach dem Alphabet. Darüber hinaus wird zunehmend eine Alternanz zwischen kleinen und großen Mitgliedsstaaten sowie Alt- und Neumitgliedern angestrebt; vgl.: Tömmel, Ingeborg; „Das politische System der EU“; Oldenbourg Wissenschaftsverlag; München 2008

²⁴ Art.2 Abs. 4: „Alle 18 Monate erstellen die drei künftig amtierenden Vörsitze in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und nach entsprechenden Konsultationen den Entwurf eines Programms für die Tätigkeiten des Rates in diesem Zeitraum. [...]“; siehe: Geschäftsordnung des Rates der EU (Stand 2006)

jeweils 6 Monate dem Rat vorsitzen, zusätzlich jedoch ein gemeinsames Achtzehnmonatsprogramm erarbeiten. Ziel dieser Änderung ist es, eine Politik zu entwickeln, die über den kurzen Zeitraum von 6 Monaten hinausgeht, von langfristigen und kohärenten Zielen geprägt ist und ein Wechseln der Troika alle 6 Monate verhindert.²⁵

Wie bereits erwähnt wurde festgelegt, dass jeweils ein „großer“ Mitgliedsstaat Mitglied einer Troika sein sollte.²⁶ Hierbei ist jedoch strittig, welches Potenzial größere und daher vielleicht einflussreichere Mitgliedsstaaten im Vergleich zu kleineren und etwas weniger einflussreicheren Ländern im Bezug auf die Ratspräsidentschaft haben. Oftmals, vor allem innerhalb der einflussreicheren Mitgliedsstaaten, werden diese als fähiger angesehen, es wird ihnen eher zugetraut „*to play a greater part in the management of business and the representation of common politics*“.²⁷ Dieses Denken geht im Umkehrschluss davon aus, dass kleine Mitgliedsstaaten weniger dazu fähig sind, eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft zu leiten. Diese Annahme liegt nahe, da großen Mitgliedsstaaten größere finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine gebührende Vorbereitung und Durchführung der Präsidentschaft zu gewährleisten, als kleineren Mitgliedsstaaten. In der Realität wird diese These jedoch nicht gestützt, da bisherige Ratspräsidentschaften „kleiner“ Länder sehr positiv bewertet wurden.²⁸

2.3 Handlungsspielraum der Ratspräsidentschaft

Bezüglich der Einflussmöglichkeiten der Ratspräsidentschaft gibt es in der Literatur divergierende Auffassungen und oftmals wird ihr die Fähigkeit, die politische Agenda prägend zu beeinflussen, abgesprochen.²⁹

Diese, der Ratspräsidentschaft attestierte, limitierte Handlungsfähigkeit wird auf mehrere Faktoren zurückgeführt. Zum einen ist sie der Tatsache geschuldet, dass der

²⁵ Die erste so geformte „Dreier-Präsidentschaft“ setzte sich aus Deutschland, Portugal und Slowenien (Jan.2007-Juni 2008), die darauf folgende aus Frankreich, Tschechien und Schweden (Juli 2008-Dez.2009) zusammen.

²⁶ Wobei hierbei beispielsweise auch die Niederlande oder Irland als „große“ Mitgliedsstaaten gelten

²⁷ Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; 2006; S.135

²⁸ So wurden beispielsweise die dänische (2002) und die irische Präsidentschaft (2004) überwiegend positiv bewertet, wohingegen die französische (2000) sowie die italienische Ratspräsidentschaft (2003) scharf kritisiert wurden. (Vgl. Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; 2006; S.136)

²⁹ Hayes und Wallace kommen beispielsweise zu dem Schluss: „*the real opportunity to promote initiatives or to deliver to domestic expectations is heavily constrained*“, vgl.: Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; 1997; S.146

Rat in seiner Rolle als Legislativorgan der EG³⁰ eingeschränkt ist, da er ausschließlich auf Initiative der Kommission tätig werden kann.³¹ Hieraus ergibt sich in der Konsequenz auch für die Ratspräsidentschaft ein eingeschränkter Handlungsspielraum.

Zum anderen kann die Möglichkeit des eigenständigen Aufstellens einer Agenda für die Ratspräsidentschaft durch das in Kooperation mit zwei anderen Mitgliedsstaaten zu verfassende „Achtzehnmonatsprogramm“ oder durch internationale Krisen, aufgrund derer ursprüngliche Prioritäten der Ratspräsidentschaft umgewichtet werden müssen, eingeschränkt werden.

Zudem ist im Bezug auf die französische Ratspräsidentschaft wichtig zu erwähnen, dass die Ratspräsidentschaft des zweiten Halbjahres durch die Sommer- und die Weihnachtspause auf etwa 4 Monate verkürzt ist, was angesichts der Tatsache, dass ein von der Kommission vorgeschlagener Rechtsakt im Durchschnitt 22 Monate benötigt, um endgültig verabschiedet zu werden, ein außerordentlich kurzer Zeitraum ist³².

Festzustellen ist also, dass die Möglichkeiten des „agenda settings“³³ der Ratspräsidentschaft sowohl durch EU-interne, als auch durch externe Einflüsse beschränkt wird. Dieser Effekt wird durch die Geschäftsordnung des Rates verstärkt, da diese von der Ratspräsidentschaft Neutralität fordert und vorschreibt, dass ein Vorziehen eigener Positionen unterbleiben sollte.³⁴

Eine Reihe von Betrachtern bewerten die Ratspräsidentschaft daher als eine „*résponsabilité sans pouvoir*“,³⁵ die aufgrund besagter Gründe einen verschwindend

³⁰ „Die Rolle (des Legislativorgans) bezieht sich faktisch nur auf die EWG sowie die EAG“; vgl.: Tömmel, Ingeborg, 2008; S.71

³¹ ebd.

³² Lamassoure, Alain; „Heurs et malheurs des présidences européennes“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008 ; S.68

³³ Der Begriff des „agenda setting“ wird im Folgenden als Synonym für die Möglichkeit der Ratspräsidentschaft der „*introduction of new issues on the agenda*“ benutzt; vgl.: Tallberg, Jonas; „The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency“ in: Journal of European Public Policy 10:1 February 2003; Routledge, Milton Park (UK) 2003; S.2

³⁴ „The Presidency must, by definition, be neutral and impartial. It is the moderator for discussions and cannot therefore favour either its own preferences or those of a particular Member State.“ aus: Council of the European Union ; „Council Guide - I. The Presidency Handbook“; Rat der Europäischen Union, Brüssel 2006; S.14; Gleichzeitig ist es laut Schout und Vanhoonacker jedoch illusorisch, anzunehmen, ein Mitgliedsstaat haben neben denen ihm während einer Präsidentschaft auferlegten Verantwortungen keine Eigeninteressen, die in seine Politik einfließen. Vgl.: Schout und Vanhoonacker; 2006, S.1054

³⁵ „Verantwortung ohne Macht/Einfluss“; Der Begriff wurde durch Jean-Louis Dewost in seiner Veröffentlichung „La Présidence dans le cadre institutionnel des Communautés Européennes“ geprägt; siehe diesbezüglich: Tallberg, Jonas; 2008; S.2

geringen Einfluss auf das „agenda-setting“ hat. Dieser Sichtweise stellen sich aktuellere Publikationen entgegen und so konstatiert beispielsweise Jonas Tallberg in seinem Aufsatz „The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency“,³⁶ es sei unzureichend Einflussnahme mit „agenda-setting“ gleichzusetzen. Vielmehr müssten die Möglichkeiten der Ratspräsidentschaft zur Einflussnahme unter dem Begriff „agenda-shaping“ gebündelt werden. Dieser Begriff beschreibt ein weiter gefasstes Verständnis der Möglichkeiten der Ratspräsidentschaft, der das „klassische“ „agenda-setting“ zwar umfasst, aber noch um die Begriffe des „agenda structuring“ und des „agenda exclusion“ erweitert. Neben der Möglichkeit durch das „agenda setting“ Einfluss auszuüben, kann die Ratspräsidentschaft in ihren Präferenzen stehende Themen hervorheben und ihnen Vorrang vor anderen Themen einräumen („agenda-structuring“³⁷), oder konträr zu ihren Präferenzen stehende Themen vernachlässigen („agenda-exclusion“³⁸).

Die genannten Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Erstellung der Agenda durch das „agenda shaping“ erfolgen auf formeller, ebenso wie auf informeller Ebene. Formell besitzt die Ratspräsidentschaft zwar keine Initiativkompetenz, sondern ihr ist lediglich das Amt des Vorsitzenden zugedacht, doch *„mithilfe der Geschäftsordnung sowie mit ‘politischem Geschick’ kann ein zielgerichteter Vorsitz den Ablauf der Beratungen und Verhandlungen nachhaltig beeinflussen“*.³⁹

Im Zuge der Arbeit basiert die Argumentation auf der These Tallbergs und es wird davon ausgegangen, dass die Möglichkeiten zum Aufstellen einer politischen Agenda zwar durchaus durch oben genannte Faktoren begrenzt sind, die Ratspräsidentschaft jedoch *nicht* als „responsabilité sans pouvoir“ angesehen werden kann. Vielmehr kann sie während eines halben Jahres beträchtlichen Einfluss auf die Gestaltung der politischen Agenda der Europäischen Union nehmen, weshalb sie als eigenständiger politischer Akteur zu werten ist. Diese Feststellung wiederum ermöglicht es, nach den Interessen der Ratspräsidentschaft zu fragen und zu

³⁶ Tallberg, Jonas; 2003

³⁷ Tallberg bezeichnet das „agenda structuring“ als die „wahre Macht des Ratsvorsitzenden“(vgl.: Tallberg, Jonas; 2003; S.8), da es, insbesondere in einem System wie der EU für ein bestimmtes Thema äußerst förderlich ist, vorrangig behandelt zu werden und somit schneller dem Entscheidungsprozess zugeführt zu werden, als beispielsweise Themen, die dem „agenda exclusion“ zum Opfer fallen.

³⁸ Ebd. S.11

³⁹ Wessels, Wolfgang; 2008; S.216

untersuchen, ob ihr Handeln stärker vom Eigeninteresse oder dem Interesse an einem gemeinschaftlichen Fortschritt bestimmt war.

3. Erwartungen an die französische Ratspräsidentschaft 2008

Im Folgenden soll dargestellt werden, welche Erwartungen an die französische Ratspräsidentschaft bereits im Vorfeld erkennbar waren. Dies umfasst generelle, ebenso wie konkrete thematische Erwartungen – sowohl auf europäischer Ebene, als auch auf nationaler Ebene.

Die Notwendigkeit einer solchen Betrachtung ergibt sich aus der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Annahme, dass bestimmte Erwartungen die Einnahme einer bestimmten Rolle begünstigen bzw. fordern.

3.1 Kontext

Schon am Abend seines Wahlsieges, am 6. Mai 2007, trat der neugewählte Staatspräsident Nicolas Sarkozy vor die Mikrofone und versprach, Frankreich sei nunmehr „de retour en Europe“ – zurück in Europa. Seine fast unmittelbar im Anschluss durchgeführten Reisen nach Berlin und Brüssel, wo er von Angela Merkel bzw. von José Manuel Barroso empfangen wurde, sollten dieser „Rückkehr“ Ausdruck verleihen und Frankreichs Entschlossenheit unterstreichen, wieder eine tragende Rolle in Europa zu spielen.

Diesen Kurs hatte Nicolas Sarkozy bereits während seines Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen eingeleitet und durch den oftmals bemühten Begriff der „rupture“ symbolisiert – gemeint ist ein Bruch mit der bisherigen Politik, insbesondere mit der Politik seines Vorgängers Jacques Chirac. Im Bezug auf die Europapolitik bedeutete dies, mit dessen teilweise europaskeptischer Politik zu brechen,⁴⁰ Europa wieder stärker in den Fokus der französischen Außenpolitik zu rücken und somit ebenfalls den französischen Einfluss in Europa zu erhöhen.

Angesichts dieses angekündigten Bruchs mit der bisherigen Politik breitete sich auf europäischer Ebene neben Zuversicht auch Skepsis aus, da die Ziele der französischen Außen- und Europapolitik zwar grob umrissen waren, jedoch unklar

⁴⁰ Gorawantschy, Dr. Beatrice; „Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft“; Auslandsbüro (Paris) der Konrad Adenauer Stiftung; Juni 2008; Paris 2008; S.3

blieb, welche konkreten Konsequenzen der „Bruch“ nach sich ziehen würde.⁴¹ Die ambivalente Sicht zwischen Zuversicht und Skepsis entsprang der Unstimmigkeit des Wahlkampfes von Nicolas Sarkozy in Bezug auf Europa. Zwar hatte er sich als klarer Befürworter des Reformvertrages⁴² und einer Fortführung der Anstrengungen zu einer Ratifizierung geäußert und somit klar pro-europäische Positionen bezogen, gleichzeitig aber auch den starken Euro und die EZB gerügt und diese für die relativ geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit französischer Unternehmen verantwortlich gemacht.⁴³ Die daraus entstandenen Befürchtungen, Nicolas Sarkozy könnte Europa als Sündenbock für nationale Missstände nutzen, zerstreuten sich nach seiner Wahl vorübergehend, als er auf dem Gipfel des Europäischen Rates im Juli 2007 dazu beitrug, die Skeptiker einer Fortführung des Reformprojektes von ihren ablehnenden Haltungen abzubringen.⁴⁴ Er leistete somit einen unbestrittenen Beitrag, um eine modifizierte Version des Verfassungsvertrages auf den Weg zu bringen und die EU so aus der, nach der doppelten Ablehnung des Verfassungsvertrages 2005 eingetretenen, Schockstarre zu führen.⁴⁵

Die so anfänglich genährten Hoffnungen auf eine pro-europäische Politik Frankreichs wurden in der Folge jedoch durch zahlreiche, meist von Nicolas Sarkozy ausgelöste, französisch-europäische Verstimmungen gedämpft. Hierbei handelte es sich unter anderem um die, von Sarkozy mehr oder minder im Alleingang erwirkte, Freilassung von fünf bulgarischen Krankenschwestern aus libyscher Haft, bei der Sarkozy die Verhandlungen der Europäischen Kommission und der deutschen Ratspräsidentschaft schlichtweg übergab. Auch Nicolas Sarkozys Äußerungen vom 19. Januar 2008 dahingehend, dass Frankreich aus den einen Monat zuvor von allen europäischen Agrarministern festgelegten Fangquoten aussteigen solle,⁴⁶ führten zu Irritationen. Gleiches gilt für die Intervention des französischen Staatspräsidenten im

⁴¹ Müller-Brandeck-Bocquet, Dr. Gisela; „Frankreich, zurück in Europa. Aber mit welchem Kurs?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ); 38/2007; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007; S.12

⁴² Gemeint ist der spätere „Vertrag von Lissabon“

⁴³ Demesmay, Claire; „L'Allemagne face à l'Europe de Nicolas Sarkozy“ in: Politique étrangère 2:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008 ; S.376

⁴⁴ Dies bezieht sich hauptsächlich auf Polen, das sich gegen die geplante Reform der Stimmverteilung im Rat ausgesprochen hatte, dann aber durch einen Kompromiss dazu bewegt werden konnte, seine Blockadehaltung aufzugeben.

⁴⁵ Demesmay, Claire; 2008, S.377

⁴⁶ "La France va présider l'Union Européenne du 1er juillet au 31 décembre, c'est une opportunité pour sortir de l'affaire des quotas", Nicolas Sarkozy; siehe: Nicolas Sarkozys Äußerungen des 19. Januars bezüglich der Fangquotenregelung der EU

Juli 2007 bei Treffen der europäischen Finanzminister, bei der er sich für eine Lockerung des Stabilitätspaktes stark machte.⁴⁷

Dieses Eintreten für, im ersten Fall französisches Prestige, im zweiten für die Interessen französischer Fischer und im dritten für die Aufweichung der europäischen Stabilitätskriterien, um auf nationaler Ebene trotz hoher Verschuldung einen Gestaltungsspielraum zu wahren, verstärkte den Eindruck, dass in Sarkozys Europapolitik „Nationalegoismen“⁴⁸ Vorrang vor europäischen Interessen eingeräumt wurde.

Geschürt wurden diese Befürchtungen zudem von Sarkozys ambitioniertem Projekt einer „Mittelmeerunion“, dessen unterlassene Einbindung in einen EU-Kontext vor allem bei Deutschland große Irritationen hervorrief.⁴⁹

Kurzum, verschiedene Ereignisse zogen die von Nicolas Sarkozy angekündigte „Rückkehr Frankreichs nach Europa“ in Zweifel und warfen die Frage auf, ob „die Regierung in Paris sich nur den europäischen Mantel umlegt, wenn dies den nationalen Interessen und der französischen Größe dient?“⁵⁰

Insbesondere stellte sich diese Frage im Bezug auf die bevorstehende Ratspräsidentschaft, weshalb im Folgenden geklärt werden soll, welche Interessen sowohl auf Seiten der EU, als auch auf Seiten der französischen Regierung existierten und inwiefern diese in der Folge die französische Agenda für die Ratspräsidentschaft beeinflusst haben.

3.2 Erwartungen auf europäischer Ebene

Von einer Ratspräsidentschaft wird, von Seiten der europäischen Institutionen, erwartet, sich nicht durch nationale Eigeninteressen leiten zu lassen, sondern ein gemeinsames, europäisches Ziel vor Augen zu haben. Je besser es einer Ratspräsidentschaft gelingt, europäische über nationale Interessen zu stellen, desto erfolgreicher ist sie aus europäischer Sicht.⁵¹ Die französische Ratspräsidentschaft 2008 beschwor diesbezüglich schlechte Erinnerungen an die zurückliegende

⁴⁷ Demesmay, Claire; 2008; S.379

⁴⁸ Müller-Brandeck-Bocquet, Dr. Gisela; 2007; S.12

⁴⁹ siehe diesbezüglich: Kapitel 5.1.5

⁵⁰ Winter, Martin; „Europa à la Sarkozy“; in: Süddeutsche Zeitung; 17. September 2007; München 2007

⁵¹ Die Generalsekretärin der Europäischen Kommission Catherine Day in: Day, Catherine ; „La nécessité d’une parfaite coopération interinstitutionnelle“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008 ; S.102

französische Ratspräsidentschaft im Jahr 2000 herauf, die dafür kritisiert worden war, ihre herausragende Stellung zur Wahrung eigener Interessen missbraucht zu haben⁵² und nicht ausreichend die Positionen anderer Mitgliedsstaaten, insbesondere der kleineren, berücksichtigt zu haben.⁵³

Aufgrund der in Kapitel 4.1 genannten Verstimmungen und der teils sehr negativen Erinnerungen an die vergangene französische Ratspräsidentschaft kann für die Zeit vor der französischen Ratspräsidentschaft 2008 eine europäische Erwartungshaltung dahingehend festgestellt werden, dass Frankreich sich im Rahmen der Ratspräsidentschaft deutlich von nationalen Interessen abgrenzen und für die gesamte EU relevante Themen voranbringen müsse. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, wurden von hohen Vertretern der EU im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft eine Reihe von Forderungen an den zukünftigen Vorsitz gestellt. Die wohl zentralste Forderung war die nach einer gelungenen Kooperation zwischen der Ratspräsidentschaft und der Kommission, dem Europäischen Parlament und den übrigen 26 Mitgliedsstaaten. Diese Kooperation sollte sich zum einen durch Bescheidenheit, zum anderen durch Kooperationsfähigkeit auszeichnen. Beide Eigenschaften wurden von Seiten der Kommission als Schlüsseleigenschaften für einen kooperativen Vorsitz des Rates angesehen.⁵⁴ Zudem sollte die französische Ratspräsidentschaft sich als „Bindeglied einer Entscheidungskette“ verstehen, welches an einer kohärenten, europäischen Strategie mitwirkt.⁵⁵

Bezüglich der Kooperation und der Konsultationen der französischen Ratspräsidentschaft mit der Kommission konnte, für den Zeitraum *vor* dem offiziellen Beginn der Ratspräsidentschaft, ein viel gelobtes Engagement der Franzosen konstatiert werden, was wiederum die Hoffnung auf eine kooperativere und demnach erfolgreiche Ratspräsidentschaft entstehen ließ.⁵⁶ Auch mit dem Europäischen Parlament, welches Frankreich traditionell zu vernachlässigen pflegt,

⁵² Schwarzer, Daniela; „La présidence française de l’Union européenne : quels objectifs, quels partenaires ?“ in : *Politique étrangère* 2:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008 ; S.367

⁵³ „President Chirac was accused of an unashamed championing of his country’s own interest’ (*European Voice*, 14–20 December 2000) and of not listening to the views of others, particularly those of the small Member States (*Le Monde*, 12 December 2000)“ Zitate beziehen sich auf den Gipfel von Nizza im Dezember 2000; zitiert nach : Schout, Adriaan und Vanhoonacker, Sophie; 2006 ; S.1063

⁵⁴ Vizekommissionspräsident Jacques Barrot in: Barrot, Jacques; „Qu’attend l’Union européenne de la Présidence française ?“ in: *La Revue politique et parlementaire*, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008 ; S.9

⁵⁵ „Le succès d’une présidence réside dans sa capacité à être un maillon solide d’une chaîne décisionnelle [...]“; ebd. ; S.10

⁵⁶ Day, Catherine; 2008; S.100

gelang es der französischen Ratspräsidentschaft bereits im Vorfeld eine enge Kooperation aufzubauen.⁵⁷

Neben positiven Signalen waren aber auch kritische Stimmen im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft zu vernehmen. So bestanden beispielsweise Zweifel daran, ob Frankreich die Position des „Bindegliedes einer Entscheidungskette“ einnehmen würde, oder ob der, für seinen „nouveau dynamisme“ teils gelobte, teils belächelte Nicolas Sarkozy nicht zu viel Tatendrang an den Tag legen würde. So wurden Befürchtungen laut, Sarkozy könnte sich, um einen erneuten Beweis des „neuen Windes in der französischen Außenpolitik“⁵⁸ zu erbringen, dazu hinreißen lassen, eine zu ambitionierte Agenda aufzustellen, die in der Praxis an der schieren Fülle ihrer Ziele scheitern würde.⁵⁹ So wurde die neue Dynamik des Präsidenten als Gratwanderung wahrgenommen, die zwar Initiativen voranbringen kann (wie im Falle der festgefahrenen Verhandlungen zur Modifizierung des Verfassungsvertrags), die andererseits aber auch Gefahr läuft, Partner durch eine „diplomatie brouillonne“⁶⁰ – eine unausgegorene Diplomatie und durch undurchdachtes Vorpreschen (wie im Falle der Mittelmeerunion)⁶¹ zu verstimmen.

Fraglich blieb im Vorfeld der Ratspräsidentschaft überdies, wie sich das Verhältnis der französischen Ratspräsidentschaft zu den übrigen Mitgliedsstaaten entwickeln würde und ob Frankreich als Ratsvorsitzender tatsächlich eine „capacité d’écoute“⁶² – also ein offenes Ohr für die Anliegen anderer – haben würde. Frankreichs Verhältnis zu einigen Mitgliedsstaaten war im Bezug auf die anstehende Ratspräsidentschaft durchaus gespannt.

So waren die deutsch-französischen Beziehungen durch Sarkozys Kritik an der EZB oder seinen Vorstoß zur Mittelmeerunion immer wieder Spannungen ausgesetzt gewesen.

⁵⁷ Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; „The French presidency of 2008: The unexpected agenda“, Swedish Institute for European Policy Studies, Stockholm 2008; S.17

⁵⁸ „[...] il est indéniable que Nicolas Sarkozy a fait souffler un vent nouveau sur la politique étrangère française“ in: Charette, Hervé de; „Nicolas Sarkozy et la politique étrangère de la France: entre changement et continuité“; in: La Revue internationale et stratégique, été 2008; Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Paris 2008; S.12

⁵⁹ Schwarzer, Daniela; „La présidence française de l’Union européenne : quels objectifs, quels partenaires ?“ in : Politique étrangère 2:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008 ; S. 364

⁶⁰ Charette, Hervé de; 2008; S.8

⁶¹ siehe hierzu: Kapitel 5.1.5

⁶² Barrot, Jacques; 2008; S.9

Ebenso versprach das Verhältnis zu Großbritannien wenig Dynamik bezüglich der anvisierten Ziele der französischen Ratspräsidentschaft, insbesondere hinsichtlich der geplanten Stärkung der ESVP.

Ähnlich verhielt es sich mit Italien, dessen seit Anfang März 2008 regierender Ministerpräsident Silvio Berlusconi zwar ein gutes Verhältnis zu Sarkozy pflegte, aber eher euroskeptisch eingestellt war und obendrein mit der regionalistischen und Europa noch weniger zugewandten Lega Nord koalierte.⁶³

Was die konkreten, thematischen Erwartungen von europäischer Ebene an Frankreich im Vorfeld der Ratspräsidentschaft betrifft, so war die Energie- und Klimapolitik eine der drängendsten Fragen. In der Folge der unter deutscher Ratspräsidentschaft im März 2007 verabschiedeten Übereinkünfte⁶⁴ wurden von der Kommission zwei Leitlinien bezüglich der zukünftigen europäischen Energie- und Klimapolitik erarbeitet⁶⁵ und ein „Energie und Klimapakete“ erstellt, dessen Annahme bis Ende des Jahres 2008 erwartet wurde.⁶⁶

Mit der Asyl- und Zuwanderungspolitik stand ein weiteres Thema auf der europäischen Agenda, dessen Dringlichkeit durch die Erweiterung des Schengen-Raumes zu Beginn des Jahres 2008 noch verstärkt worden war. Bisher war es der Europäischen Union nicht gelungen, eine kohärente Politik zu gestalten, welche den Zwiespalt zwischen dem Problem der zunehmenden illegalen Einreise in die EU und der gleichzeitigen Notwendigkeit einer Zuwanderung außereuropäischer Arbeitskräfte zu überwinden vermochte.

Der bereits von der Kommission entwickelte Vorschlag einer „carte bleue“, ähnlich der amerikanischen „green card“, erfolgte in diesem Sinne einer Lösung dieses

⁶³ Schwarzer, Daniela; „La présidence française de l'Union européenne : quels objectifs, quels partenaires ?“ ; 2008 ; S.366

⁶⁴ Unter anderem wurde das Ziel beschlossen, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Konkret soll der CO₂-Ausstoß um 20 Prozent bis 2020 verringert werden. Sollten sich andere Industriestaaten den Klimaschutzzielen anschließen, soll der zu verringernde CO₂-Ausstoß auf 30 Prozent erhöht werden. Siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 8./9. März 2007

⁶⁵ Siehe: Mitteilung der Kommission: "Eine Energiepolitik für Europa", Dok. 5282/07 [KOM(2007) 1]

⁶⁶ „Die Kommission hofft, dass dieses Maßnahmenbündel bis Ende 2008 verabschiedet wird.“, siehe: Pressemitteilung der Kommission bezüglich des am 23. Januar 2008 vorgelegten „Energie- und Klimapakets“

Zwiespaltes und somit wurde von der französischen Ratspräsidentschaft erwartet, dem eingeschlagenen Weg zu folgen.⁶⁷

Ein generelles Problem der französischen Ratspräsidentschaft, welches sich bereits in den ihr vorausgehenden Monaten abzeichnete, war, dass sich die Themen untereinander nicht zwangsläufig förderlich waren. So wurde ein Fortschritt beispielsweise in der ESVP erwartet und ein Durchbruch in diesem Themenbereich hätte als ein Erfolg der Ratspräsidentschaft gewertet werden können. Andererseits bedurfte ein solcher Durchbruch vorher angekündigter Ziele, welche nicht zu ambitioniert geäußert werden konnten, um wiederum die zu diesem Zeitpunkt noch ausstehende Ratifizierung des Lissabon-Vertrages nicht durch das Schüren antieuropäischer Ressentiments zu gefährden.

Neben drängenden aktuellen Problemen wie Klimaschutz und illegale Zuwanderung lastete darüber hinaus die Erwartung auf der französischen Ratspräsidentschaft, die langjährige Erfahrung Frankreichs im europäischen Kontext zu nutzen, um eine Diskussion über die zukünftigen Herausforderungen für die Europäische Union anzustoßen; hierbei handelte es sich beispielsweise um eine notwendige Debatte über die zukünftige Politik der EU gegenüber ihren Nachbarstaaten, die Alternativen zu einer Beitrittsperspektive bieten sollte.⁶⁸ Als ein Prüfstein für eine solche zukünftige Gestaltung der Beziehungen der EU zu denjenigen Nachbarn, für die es keine Beitrittsperspektive gibt, konnte die von Frankreich angekündigte Mittelmeerunion angesehen werden.

Neben klaren Forderungen an die Art und Weise, in welcher die französische Regierung die kommende Ratspräsidentschaft zu führen habe – nämlich kooperativ und im Zusammenspiel mit allen Beteiligten – lassen sich also ebenfalls klare inhaltliche Forderungen, speziell für die Klima- und Energiepolitik sowie die Zuwanderungs- und Asylpolitik, von europäischer Ebene dokumentieren.

3.3 Erwartungen auf nationaler Ebene

Untersucht man die Erwartungen, die im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft auf nationaler Ebene zu beobachten waren, so stellt man fest, dass die anstehende Ratspräsidentschaft während der ersten Hälfte des Jahres 2008 in Frankreich viel Hoffnungen, aber auch viele Illusionen geweckt hat.

⁶⁷ Barrot, Jacques; 2008; S.11

⁶⁸ Barrot, Jacques; 2008; S.12

Die wohl markanteste Illusion war, dass im französischen Sprachgebrauch, auch bei hochrangigen Politikern, in den Medien und sogar in wissenschaftlichen Publikationen überwiegend von der „Présidence de l’Union Européenne“, also kurzerhand von einer Präsidentschaft der EU, die Rede war, anstatt den faktisch korrekten Term der „Présidence du Conseil de l’Union européenne“ – also der Ratspräsidentschaft – anzuwenden. Diese sprachliche Ungenauigkeit ist insofern relevant, als die Bezeichnung „Présidence“ in Frankreich die Assoziation des „Président de la République“ und somit einer allem übergeordneten Kompetenz, welcher das letzte Wort in allen vitalen Fragen vorbehalten ist, hervorruft.⁶⁹ Die Verbindung einer, von Frankreich geführten, vermeintlichen „Présidence de l’Union européenne“ mit der Assoziation, der Inhaber dieser Präsidentschaft habe ähnlich dem Präsidenten auf nationaler Ebene eine beachtliche Machtfülle, kann als Indikator für übersteigerte Erwartungen an den Handlungsspielraum der Ratspräsidentschaft sowohl auf Ebene der Bürger, als auch auf Ebene der handelnden Politiker, angesehen werden.

Eine Erklärung für die Entstehung der irreführenden Bezeichnung der Ratspräsidentschaft als „Präsidentschaft der EU“ und der daraus resultierenden Vorstellung von einer Präsidentschaft mit oben genannter „übergeordneter Kompetenz“ findet ihren Ursprung in Frankreichs grundlegendem Verständnis von Europa und der eigenen Europapolitik.

Es ist Ausdruck des französischen Verständnisses des „Staates“ der durch den Zentralismus eine Institution ist, die einen Großteil der Kompetenzen bündelt und für den die Aussage getroffen werden kann: „Le poids de Paris est aussi fort dans la vie économique et culturelle que dans la vie politique“⁷⁰ - also, dass der Einfluss des Staates in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ebenso ausgeprägt ist wie sein Einfluss im Bereich der Politik. Aus dieser Machtkonzentration erwächst eine Art „Allmächtigkeitsanspruch“ des Staates, welcher in der Konsequenz dazu führt, dass die Bürger bei jedweder auftretenden Schwierigkeit erwarten, dass der Staat sich des Problems annimmt. Ein auf diesem Verständnis des „Staates“ basierendes Verständnis von „Europa“ gilt auch für Frankreichs Europapolitik. Darüber hinaus ist deren Gestaltung von einem der Vergangenheit erwachsenen Anspruch geprägt.

⁶⁹ Lamassoure, Alain; „Heurs et malheurs des présidences européennes“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008, S.68

⁷⁰ Dehousse, Renaud; „La France et l’Europe: continuité ou rupture?“; in: Annuaire français de relations internationales, 2008; Centre Thucydide ; Paris 2008; S.89-101; S.89

Dieser äußert sich darin, dass die ehemalige Kolonialmacht und „Wiege der Menschenrechte“⁷¹ danach strebt, weiterhin „im Konzert der Großen mitzuspielen“, auch wenn dieses Anliegen mit der militärischen und ökonomischen Realität kollidiert.

Sowohl das Verständnis von der Rolle des Staates, als auch das o.g. Selbstverständnis in den Außenbeziehungen haben demnach direkten Einfluss auf die Europapolitik Frankreichs und das französische Verständnis von Europa. Zum einen wird daher von der EU erwartet, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bürger zu gewährleisten, zum anderen wird jedoch die Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene als Preisgabe nationaler Souveränität wahrgenommen und dementsprechend kritisch gesehen. Daraus entsteht, was unter dem Stichwort „paradoxe francais“⁷² zusammengefasst wird. Auf der einen Seite das Ansinnen eines starken Europas – dem „Europe puissance“⁷³ – zu verfolgen um Frankreich, mithilfe der EU, weiterhin eine weltweit gewichtige Rolle zu sichern, im Widerspruch dazu sich Europa aber nur mit schwachen Institutionen vorstellen zu können.

Dieses „paradoxe francais“ – das französische Paradox - mündet in einer permanenten Ambivalenz der französischen Spitzenpolitiker hinsichtlich der Rolle der EU und manifestiert sich bei Nicolas Sarkozy beispielsweise darin, dass er sich zwar für ein ambitioniertes, politisches und supranationales Europa aussprach⁷⁴, gleichzeitig aber gegen die Brüssler „Technokraten“ wettete.⁷⁵

Europa wird darüber hinaus zwar als notwendig, aber trotzdem „gefährliches Terrain“⁷⁶ angesehen, da durch das Agieren auf der europäischen Bühne zwar nationale Wahlen verloren, in den seltensten Fällen aber gewonnen werden können.

Hinzu kam eine weitere nationale Determinante der französischen Europapolitik und insbesondere des französischen Vorgehens im Rahmen der Ratspräsidentschaft, die bereits im Vorfeld eine wichtige Rolle spielte. Es handelt sich hierbei um den neuen

⁷¹ Dehousse, Renaud; 2008; S.90

⁷² Ebd.; S.90

⁷³ „Der Begriff stammt ursprünglich von Giscard d’Estaing, deckt inzwischen aber einen Rollenentwurf ab, dem sich das ganze politische Frankreich anschließt“ und bezeichnet eine weltweit handlungsfähige EU; siehe hierzu: Müller-Brandeck-Bocquet, Dr. Gisela; „Frankreichs Europapolitik“; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden 2004; S.166 und 203

⁷⁴ siehe: Rede von Nicolas Sarkozy vor der Stiftung Friends of Europe/Amis de l’Europe am 8. September 2006 in Brüssel

⁷⁵ Hillebrand, Ernst; „Die Außenpolitik Nicolas Sarkozys – ein Bruch mit der Ära Chirac?“ in: Frankreich Analyse, Feb. 2008; Friedrich Ebert Stiftung – Bureau de Paris; Paris 2008; S.1

⁷⁶ Koopmann, Martin; „Gefährliches Terrain“; in: INTERNATIONALE POLITIK (IP), Juni 2008; Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP), Berlin 2008; S.124

Führungsstil von Staatspräsident Sarkozy, der im Vergleich zu seinen Vorgängern von Beginn seiner Amtszeit an wenig Wert auf die Rolle des „président arbitre“ – des schlichtenden Staatspräsidenten der sich aus der Tagespolitik weitgehend heraushält – legte und seinen Premierminister zum „Mitarbeiter“ degradierte⁷⁷. Diese, zu Beginn gelobte, alsbald jedoch als „hyperaktiv“ verschriene Dynamik, die Nicolas Sarkozy zusätzlich um die zur Schau Stellung seines Privatlebens ergänzte, führte zu einem jähen Absacken seiner Popularitätswerte und innerhalb des ersten Amtsjahres verkehrte sich eine Zustimmung von ca. zwei Dritteln der französischen Bevölkerung zu seiner Politik in eine Ablehnung von ca. zwei Dritteln.⁷⁸ Dieser Abwärtstendenz wurde durch ein schlechtes Abschneiden des Sarkozy stützenden Parteienbündnisses UMP bei den Kommunalwahlen im März 2008 verstärkt, was den Rückhalt für Sarkozy beachtlich schrumpfen ließ. In diesem Kontext kann davon ausgegangen werden, dass die sich nähernde Ratspräsidentschaft sowohl von Seiten der UMP, als auch von Nicolas Sarkozy selbst, als Möglichkeit gesehen wurde, das teilweise verlorene Ansehen in der Bevölkerung wieder herzustellen.

Trotz oder gerade wegen der sinkenden Popularitätswerte Sarkozys war ein relativ hohes Interesse der Bevölkerung an der anstehenden Ratspräsidentschaft messbar, welches sich darin niederschlug, dass sich im Januar 2008 einer repräsentativen Umfrage des Ifop⁷⁹ zufolge 67 Prozent der Befragten darüber bewusst waren, dass Frankreich ab dem 1. Juli die Ratspräsidentschaft⁸⁰ übernehmen würde. Bei Teilen der französischen Elite – leitenden Beamten und Freiberuflern – konnte mit 69% ein noch höheres Bewusstsein für die kommende Ratspräsidentschaft verzeichnet werden. Gleichzeitig erwarteten 61% der Befragten, dass sich die Ratspräsidentschaft positiv auf Frankreichs Einfluss in Europa auswirken würde, unter Anhängern der UMP waren es sogar 75% die davon ausgingen, dass die Ratspräsidentschaft förderlich für den französischen Einfluss in der EU sei.

Die am 8. Januar 2008 von Nicolas Sarkozy vorgestellte Agenda für die anstehende Ratspräsidentschaft stellte sich als sehr umfangreich und ambitioniert heraus.

⁷⁷ Courtois, Gérard; „Sarkozy, an 01: le boomerang de la victoire“ in: La Revue politique et parlementaire, April/Juni 2008 ; Puteaux 2008 ; S.9

⁷⁸ ebd.; S.7

⁷⁹ siehe: Ifop (Institut Français d’Opinion publique) pour le Centre d’Information sur l’Europe; “Les Français et la présidence française de l’UE – janvier 2008”; Ifop; Paris 2008

⁸⁰ Im Fragebogen lautete der Term „Présidence de l’UE“

Sie definiert vier Kernprioritäten für den kommenden Vorsitz, nämlich Energie- und Klimapolitik, Asyl- und Zuwanderungspolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Agrarpolitik.⁸¹

Die Energie- und Klimapolitik – ein wie oben beschrieben bereits auf europäischer Ebene angestoßenes und unter deutscher Ratspräsidentschaft vorangebrachtes Thema – hatte über die Behandlung auf europäischer Ebene Eingang in die nationale französische Debatte gefunden.

So stellt die bereits erwähnte Umfrage des Ifop fest, dass 27% der Befragten den Klimaschutz als wichtiges Thema der Ratspräsidentschaft ansahen⁸² und bestätigt somit ein wachsendes Bewusstsein für Umwelt- und besonders Klimaschutzfragen in der französischen Gesellschaft. Dieses gestiegene Bewusstsein wurde von Regierungsseite mit der, im europäischen Kontext umstrittenen, Initiative ergänzt, die Kernenergie als Teil der erneuerbaren Energien anzusehen und ihr somit eine Schlüsselrolle bei der Verminderung des Ausstoßes von Treibhaus zukommen zu lassen⁸³.

Ein wegen seines traditionell hohen innenpolitischen Stellenwertes in Frankreich wichtiges Thema war die Asyl- und Zuwanderungspolitik.⁸⁴

Von den Befragten der bereits zitierten Ifop Umfrage wurde dieses Thema als zweitwichtigster Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft eingestuft, wobei die Anhänger der UMP das Thema überdurchschnittlich stark betonten.⁸⁵

Hinzu kam, dass Nicolas Sarkozy sowohl als Innenminister, als auch als Präsidentschaftskandidat für strengere Einwanderungs- und Asylgesetze plädiert hatte und dieser harten Linie einen Teil seiner Popularität verdankte. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass auch dieses Thema im Vorfeld der Ratspräsidentschaft mit innenpolitischen Interessen besetzt war.

Der angekündigte neue Elan, welchen die französische Ratspräsidentschaft im Vorfeld für die Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu bringen versprach, lässt sich aus französischer Sicht damit erklären, dass ein solcher Elan das

⁸¹ siehe: offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft

⁸² Mit 27% rangiert das Thema Klimaschutz damit in der Wichtigkeit der Befragten an erster Stelle

⁸³ Stark, Hans; „Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung“ in: Integration, Juli 2008; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008, S.239

⁸⁴ Stark, Hans; 2008; S.237

⁸⁵ 18% der UMP-Anhänger gaben an, es sei ein wichtiges Thema, gegenüber 11% im Durchschnitt der Befragten, siehe: Ifop (Institut Français d’Opinion publique) pour le Centre d’Information sur l’Europe; “Les Français et la présidence française de l’UE – janvier 2008”; Ifop; Paris 2008

Ziel eines „Europe puissance“ näher rücken ließe. Jedoch schien dieses Ziel, ebenso wie die Neuausrichtung der GAP wenig Resonanz innerhalb der Bevölkerung zu finden.⁸⁶

Bezüglich der Neuausrichtung der GAP ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass erstens die Landwirte ein wichtiges Wählerpotential für die UMP darstellten⁸⁷ und zweitens die Agrarindustrie von hoher wirtschaftlicher Bedeutung für Frankreich war.⁸⁸

Ein ursprünglich nicht für die Zeit der französischen Ratpräsidentschaft gedachtes, dann aber aufgrund starken Widerspruchs auf europäischer sowie auf mitgliedstaatlicher Ebene doch auf die Agenda der Ratspräsidentschaft genommenes Dossier, stellte die „Mittelmeerunion“ dar. Sarkozy hatte die Schaffung einer solchen Union bereits während des Wahlkampfes um das Präsidentenamt angekündigt⁸⁹ und somit wurde sie nach seinem Wahlsieg zu einem politischen Dossier von höchster Bedeutung, hing doch ein beachtlicher Teil seiner Glaubwürdigkeit vor den heimischen Wählern von der Realisierung ab.⁹⁰

Auf europäischer Ebene belasteten die aufgetretenen Verstimmungen die sich ankündigende Ratspräsidentschaft und verstärkten erneut die Befürchtung vor französisches Alleingängen.

Ein seit Nicolas Sarkozys Wahlkampf für das Amt des Staatspräsidenten relevantes Thema rückte im Vorfeld der Ratspräsidentschaft in den Fokus der Aufmerksamkeit: Der Vertrag von Lissabon. Sarkozy hatte bereits im Wahlkampf dafür geworben, eine erneute Abstimmung über ein Vertragswerk nicht durch ein Referendum, sondern auf parlamentarischem Wege zu vollziehen, allerdings nur unter der Bedingung, dass es eine modifizierte Version des Verfassungsvertrages gebe, den „traité modifié“⁹¹. Im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft war daher damit

⁸⁶ Die Weiterentwicklung der ESVP wurde 5%, die Neuausrichtung der GAP von 6% der Befragten als „wichtiges Thema“ der Ratspräsidentschaft angesehen

⁸⁷ In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen hatten 67% der Landwirte für Nicolas Sarkozy gestimmt; siehe: Umfrage zum Wahlverhalten im zweiten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen; IPSOS

⁸⁸ Die Agrarausfuhren erwirtschafteten 2004 einen Außenhandelsüberschuss von 8 Mrd. Euro, der im Hinblick auf ein generell hohes Außenhandelsdefizit Frankreichs (40,5 Mrd. Euro in 2006) von hoher Wichtigkeit ist.

Zahlen zitiert nach: Schild, Joachim; 2007; S.244

⁸⁹ erstmals im Februar 2007 auf einer Wahlkampfrede in Toulon angekündigt

⁹⁰ Schmid, Dorothee; „Die Mittelmeerunion – ein neuer französischer Motor für die europäische Mittelmeerpolitik?“ in: DGAP Analyse Frankreich, Januar 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2008; S.5

⁹¹ "S'il y a un Traité simplifié, on le fera ratifier par la voie parlementaire.[...] Dans le débat qui m'a opposé à Mme ROYAL, à trois jours du deuxième tour, j'ai dit que je ne ferai pas de référendum, que

zu rechnen, dass Frankreich ein durchaus innenpolitisch motiviertes Interesse an einem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hatte.

3.4 Zwischenfazit:

Abschließend lässt sich also feststellen, dass die von Nicolas Sarkozy angekündigte „rupture“ nicht zu einer völligen Umkehr der bisherigen französischen Europapolitik geführt hat. Im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft befand sie sich auch unter dem neuen Staatspräsidenten im beschriebenen „paradoxe français“ – zwischen dem Wunsch nach einem starken Europa, welches in der Lage ist, französische Interessen global zu vertreten und einem schwachen Europa, welches die nationale Souveränität und die nationalen Wirtschaftsinteressen nicht antastet.

Hohen inhaltlichen Erwartungen von europäischer Seite und damit einhergehend die Erwartung an eine kooperative und europäischen Zielen verpflichtete französische Ratspräsidentschaft einerseits, standen ebenfalls hohe innenpolitische Erwartungen bezüglich der Wahrung nationaler Interessen gegenüber.

Dies ließ die Frage eminent erscheinen, ob es Frankreich und dem durch sinkende Popularitätswerte unter Druck stehenden Staatspräsidenten gelingen würde, diese teils divergenten Interessen zu vereinen.

Ein Interessenkonflikt schien vor allem bei der **Reform der GAP** sowie bei der Weiterentwicklung der europäischen **Klima- und Energiepolitik** wahrscheinlich, da beide Bereiche vitale französische Interessen beinhalteten, gleichzeitig aber auch einen hohen europäischen Stellenwert darstellten. Insbesondere der Klimaschutz war für die EU zu einer Frage der Glaubwürdigkeit vor ihren Bürgern und der Weltgemeinschaft geworden und somit pochte die Kommission auf verbindliche Übereinkünfte, die im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft beschlossen werden sollten.

Neben diesen beiden Themen bot auch der angekündigte französische Versuch, im Rahmen der Ratspräsidentschaft auf eine gemeinschaftliche **Einwanderungspolitik** hinzuwirken, reichlich Anlass zu Diskussionen, zielte er doch zu Teilen darauf ab, innenpolitische Ziele auf die europäische Ebene zu bringen.

Darüber hinaus war, wie erwähnt, die geplante **Mittelmeerunion** bereits im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft Stein des Anstoßes für mehrere andere

je proposerai un Traité simplifié.“; siehe: Rede von Nicolas Sarkozy am 23. Juni 2007 in Brüssel anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates

Mitgliedsstaaten der EU gewesen, weshalb ihre Umsetzung im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft ohne Zweifel eine Aussage dahingehend zulässt, ob Frankreich kooperativ oder von eigenen Interessen geleitet vorgegangen ist.

4. Die französische Ratspräsidentschaft 2008

Im nun folgenden Kapitel 4 wird das konkrete Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft im Hinblick auf die Frage, welche Interessen von ihr vertreten wurden, analysiert.

Bei jedem der Punkte wird der Hintergrund kurz zusammengefasst und anschließend dargestellt, welche europäischen und französischen Interessen mit dem jeweiligen Thema verknüpft waren. Auf Grundlage dieser Feststellung und im Rückgriff auf die in Kapitel 1.3 genannte, aus inneren und äußeren Faktoren hervorgehende Einnahme bestimmter Rollen, wird versucht eine Feststellung darüber zu treffen, ob ein Thema die Anforderung einer bestimmten Rolle an die Ratspräsidentschaft stellte.

Anschließend soll am konkreten Vorgehen im jeweiligen Themenbereich den Fragen nachgegangen werden, welchen Beitrag die Französische Ratspräsidentschaft im Entscheidungsfindungsprozess geleistet hat, wie bei den Verhandlungen die Kooperation mit den Institutionen der EU und den übrigen Mitgliedsstaaten verlaufen ist und wie sich das Resultat vom Ausgangsvorhaben der französischen Ratspräsidentschaft unterschied.

Die Klärung dieser Fragen soll dann im Anschluss eine Aussage dahingehend erlauben, welche der vier in Kapitel 3.1 erwähnten Rollen eingenommen wurde und ob die Einnahme der jeweiligen Rolle als ein Eintreten für europäische Interessen, oder ein Vertreten nationaler Interessen gewertet werden kann.

Vorweg genommen werden kann bereits, dass in jedem der vier Kernprioritäten der Ratspräsidentschaft und im Bezug auf die Verhandlungen zur Mittelmeerunion die Rolle des Organisators eingenommen wurde. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass diese Rolle, also die Rolle des Treffen Einberufenden und Sitzungen Leitenden, zwangsläufig von der Ratspräsidentschaft eingenommen werden muss, da es ihre in den Verträgen festgeschriebene Aufgabe ist.

In den genannten Punkten wird die Einnahme dieser Rolle daher nicht gesondert erwähnt.

4.1 Die offizielle Agenda

4.1.1 Energie- und Klimapolitik

Die französische Ratspräsidentschaft begann in einem für die europäische Energie- und Klimapolitik wichtigen Moment, in dem es darum ging ein gemeinschaftliches Vorgehen in den Energie- und Klimafragen zu erreichen.

Entscheidender Schritt in der Entwicklung einer Debatte über die europäische Energiepolitik war das 2006 von der Kommission vorgelegte „Grünbuch“⁹² zur zukünftigen europäischen Energieversorgung, welches eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung für die EU vorsah und damit eine Diskussion angestoßen hatte, die in der Folge zu mehreren Beschlüssen führte.

Um die von der Kommission mit dem Grünbuch gesetzten Ziele einer auf den Energiebinnenmarkt, die Energieversorgungssicherheit und den Klimaschutz ausgerichteten Energiepolitik zu konkretisieren, wurden am 9. März unter deutscher Ratspräsidentschaft mehrere Beschlüsse für eine europäische Energie- und Klimapolitik getroffen. Diese folgten den von der Kommission vorgegebenen Maximen „Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit“ und definierten eine europäische Klima- und Energiestrategie bis 2020. Die Beschlüsse sahen unter anderem die unter der Formel 20-20-20 zusammengefassten Maßnahmen vor, denen zufolge innerhalb der EU bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20% im Vergleich zum Niveau des Jahres 1990 gesenkt, die Energieeffizienz um 20% erhöht und der Anteil erneuerbarer Energien um 20% am Gesamtenergieverbrauch erhöht werden sollten.⁹³

Die genannten Beschlüsse wurden in der Folge von der Kommission aufgegriffen und weiter konkretisiert. So hat die Kommission, basierend auf den Beschlüssen des

⁹² Das Ziel einer gemeinsamen, europäischen Energiepolitik ist unter britischer Ratspräsidentschaft 2005 erstmals formuliert worden und während des Gipfeltreffens in Hampton Court im Oktober 2005 stimmten die Staats- und Regierungschefs diesem Vorhaben grundsätzlich zu. Das Grünbuch formulierte dann in der Folge konkretere Ziele unter der Maxime, zukünftig eine „nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere“ Energieversorgung innerhalb der EU gewährleisten zu wollen.

⁹³ Sofern sich andere Industrieländer auf vergleichbare Emissionsreduzierungen einigten, war sogar eine Reduzierung bis 30% geplant; siehe diesbezüglich: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 8./9. März 2007, Die Beschlüsse waren ein Kompromiss zwischen den „alten“ Mitgliedsstaaten, bei denen der Klimaschutz eine hohe Priorität genoss, und den „neuen“, vor allem den osteuropäischen Mitgliedsstaaten, deren Priorität klar auf der Energieversorgungssicherheit lag (vgl.: Geden, Oliver; „Die Implementierung des EU-Energieaktionsplans“ in: SWP-aktuell 25/April 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.2)

Europäischen Rates, am 19. September 2007 ein 3. Binnenmarktpaket für Strom und Gas⁹⁴ sowie am 23. Januar 2008 ein Klima- und Energiepaket vorgelegt.

Letzteres griff die Beschlüsse des Rates auf, legte aber darüber hinaus Maßnahmen für die konkrete Umsetzung und das Erreichen der gesetzten Ziele nahe und beabsichtigte unter anderem eine Verbesserung des bisherigen Emissionshandelssystems, Vorgaben für Emissionsverursacher, die nicht unter das Emissionshandelssystem fielen, sowie rechtlich durchsetzbare Ziele für die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien zu erreichen.⁹⁵

Die hohe Relevanz von Klimaschutzfragen war von Seiten der EU durch die beschriebenen Veröffentlichungen der Kommission deutlich unterstrichen worden. Daher wurde eine Verabschiedung des Energie- und Klimapaketes vor Ablauf der europäischen Legislaturperiode, also möglichst vor Ende des Jahres 2008, erwartet,⁹⁶ um die Energie- und Klimaschutzziele der EU in rechtsverbindliche Form gießen zu können. Dies war notwendig, um die Bereitschaft der EU zum Klimaschutz zu untermauern und ihr damit eine erfolgversprechende Verhandlungsposition gegenüber der Weltgemeinschaft in den für 2009 angesetzten Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls geben zu können. Gleichzeitig pochte die Kommission aber darauf, dass die Lasten des Klimaschutzes innerhalb der EU gleichmäßig verteilt werden sollten und dass der Klimaschutz in Europa in Ermangelung eines weltweiten Klimaschutzabkommens nicht zu einer Schwächung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit führen dürfe.⁹⁷

Frankreich nahm hinsichtlich der vorgeschlagenen Maßnahmen und im Bezug auf den Klimaschutz für sich in Anspruch, innerhalb der Europäischen Union eine Vorreiterrolle inne zu haben. Dieser Anspruch erwuchs vor allem aus der Tatsache, dass es dank seiner zu ca. 80% aus Kernenergie gespeisten Stromproduktion, als einer der wenigen europäischen Staaten in der Lage war, die CO₂-Reduzierungsziele

⁹⁴ Das 3. Binnenmarktpaket empfahl unter anderem die Trennung der Energieproduktion und der Energiedistribution. Es wurde bereits Ende April 2008 verabschiedet und ist damit für die Betrachtung der französischen Ratspräsidentschaft nicht von Relevanz, wird somit auch nicht weiter betrachtet.

⁹⁵ Siehe: Pressemitteilung der Kommission bezüglich des am 23. Januar 2008 vorgelegten „Energie- und Klimapakets“

⁹⁶ Barrot, Jacques; 2008 ; S.10

⁹⁷ ebd.; S.11

des Kyoto-Protokolls zu erfüllen.⁹⁸ Aus der eigenen Führungsrolle leitete sich der Anspruch ab, dass auch die EU im Klimaschutz im globalen Kontext eine Führungsrolle einnehmen müsse und das hierbei die Atomenergie eine tragende Rolle spielen sollte.⁹⁹ Hinzu kam, dass innerhalb der französischen Bevölkerung die Aufmerksamkeit für Klimaschutzthemen gestiegen war. Dies schlug sich beispielsweise in der in Kapitel 3.3 genannten Umfrage oder Eurobarometer-Befragungen nieder.¹⁰⁰

Trotz der Erklärung, die EU zu einem „weltweiten Vorbild für Klimaschutz“¹⁰¹ machen zu wollen, war diese Bereitschaft jedoch vor der französischen Ratspräsidentschaft oft an ihre Grenzen gestoßen, sobald elementare französische Interessen berührt waren.¹⁰²

Die Klimapolitik war somit insgesamt mit einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit belegt. Dieser Politikbereich stellte einen Prüfstein für die Glaubwürdigkeit und die Reaktionsfähigkeit der EU auf bedeutende Herausforderungen dar und hatte somit eine hohe Relevanz für die EU. Im Rückgriff auf die von Schout und Vanhoonacker entwickelten Hypothesen¹⁰³ zu den äußeren Faktoren, konnte daher davon ausgegangen werden, dass aufgrund der hohen Relevanz des Themas auf europäischer Ebene die Einnahme der Rolle des Vermittlers am notwendigsten war. Aufgrund der Sensibilität des Themas waren unterschiedliche Positionen zu erwarten, gleichzeitig herrschte aber ein hoher Druck, konkrete Ergebnisse zu erreichen

Bezüglich der inneren Faktoren konnte angenommen werden, dass alle vier aufgestellten Rollen eingenommen werden konnten, da die Klimaschutzpolitik auf

⁹⁸ Schild, Joachim; „Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik“ in: Integration 3/2007; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007; S.246

⁹⁹ Stark, Hans; „Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung“ in: Integration, Juli 2008; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008; S.239

¹⁰⁰ siehe hierzu: Eurobarometer Umfrage zum Klimawandel; März/April 2008; 84% der befragten Personen in Frankreich gaben an, dass es sich ihrer Ansicht nach beim Klimawandel um ein „sehr ernstes Problem“ handle, gegenüber 75% im EU-Durchschnitt

¹⁰¹ siehe ebenfalls im offiziellen Programm der französischen Ratspräsidentschaft

¹⁰² Dies zeigte sich beispielsweise an dem im Juni 2008 zwischen Deutschland und Frankreich geschlossene Kompromiss bezüglich der Klimaschutzvorgaben für die Autoindustrie beider Länder, der den Industrieinteressen beider Länder entgegenkommt (vgl. Stark, Hans; 2008; S.239) oder Sarkozys Eintreten für eine Fusion der beiden französischen Energieversorger Gaz de France und Suez, was den Absichten der Kommission, den Energiemarkt der EU weiter zu liberalisieren, gegenläufig entgegenstand (vgl. Demesmay, Claire; 2008, S.381)

¹⁰³ Vgl. Kapitel 1.3

nationaler Ebene ebenso von hoher Relevanz war und die politische Führung, allen voran Nicolas Sarkozy, dieses Thema als eine hohe Priorität ihres Regierungsgeschäfts betrachteten.¹⁰⁴

Die Klimaschutzpolitik betreffend hatte sich die französische Ratspräsidentschaft bereits im Vorfeld selbst das Ziel gesetzt, das von der Kommission im Januar 2008 vorgelegte Klima- und Energiepaket im Europäischen Rat abzustimmen¹⁰⁵ und es somit auf den Weg zu einem Rechtsakt zu bringen.

Der unter anderem zum Zweck der Unterzeichnung einberufene Gipfel des Europäischen Rates am 11. und 12. Dezember 2008 war für die französische Ratspräsidentschaft eine Herausforderung, da viele Mitgliedsstaaten bereits im Vorfeld hatten vernehmen lassen, dass es von ihrer Seite zahlreiche Einwände gegen die vorgesehenen Maßnahmen gibt. Um diese bereits im Vorfeld der eigentlichen Verhandlungen beilegen zu können, hatten unter der Ägide der französischen Ratspräsidentschaft bereits mehrere Treffen der 27 für Energie (und somit indirekt für Klima) zuständigen Minister stattgefunden.¹⁰⁶ Trotz der im Vorfeld des Gipfels stattgefundenen Gespräche und eines hohen politischen Drucks, zu einem Verhandlungsabschluss zu kommen, um die Glaubwürdigkeit der EU zu wahren und eine Basis für die kommenden internationalen Klimaschutzverhandlungen zu schaffen, reisten die Vertreter vieler Mitgliedsstaaten mit großen Vorbehalten gegen die im Energie- und Klimapakete vorgesehenen 20-20-20 Ziele an.

Diese sahen vor, kostenpflichtige Emissionszertifikate für den Industrie- und den Energieproduktionssektor einzuführen, um somit ein Instrument zu schaffen, welches eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 20% bis 2020 bewirkt. Zudem sollte die Energieeffizienz um 20% gesteigert und der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20% gesteigert werden.

Beispielhaft sollen an dieser Stelle die Vorbehalte Deutschlands und Polens dargestellt werden, da sie die stärksten Gegenstimmen zu den anvisierten Zielen waren. Deutschland sah, unter der Führung von Kanzlerin Merkel, die deutsche Industrie, insbesondere diejenigen Zweige, die besonders energieintensiv

¹⁰⁴ Schild, Joachim;2008; S.246

¹⁰⁵ „La présidence s’attachera, conformément au mandat du Conseil européen de mars 2008, à dégager avant la fin de l’année un accord sur les propositions du paquet « climat/énergie“ zitiert aus dem offiziellen Programm der frz. Ratspräsidentschaft; S.5

¹⁰⁶ unter anderem bereits am 4./5. Juli, also nur wenige Tage nach der Übernahme der Ratspräsidentschaft. Siehe hierzu: <http://www.enerzine.com/14/5354+ue---le-paquet-energie-climat-au-menu-des-discussions+.html>

produzieren (Stahl, Zement, Chemie), von den strikten Klimaschutzziele gefährdet. Daher ließ Kanzlerin Merkel verlauten, dass „Deutschland sich allen Maßnahmen widersetzen wird, die Arbeitsplätze oder Investitionen in Deutschland gefährden“.¹⁰⁷ Damit einher ging die Forderung nach einer kostenlosen Zuteilung der Emissionszertifikate an die betroffenen Branchen, da diese sonst Gefahr liefen, im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten und ihre Produktion ins außereuropäische Ausland verlegen zu müssen.

Für Polen waren ebenfalls die Emissionszertifikate der Stein des Anstoßes, allerdings weniger die Zertifikate für die Industrie, sondern vielmehr für die polnischen Energieproduzenten, welche einen Großteil der Energie in Kohlekraftwerken produzieren. Polen sperrte sich daher gegen die vorgesehene Regelung, nach der die europäischen Energieproduzenten für alle von ihnen ausgestoßenen Emissionen Zertifikate erwerben sollten. Es setzte sich für einen Übergangszeitraum ein, in dessen Rahmen den Energieproduzenten kostenlose Emissionszertifikate zugestanden werden sollten, um ihnen die Möglichkeit einer schrittweisen Umgestaltung ihrer Energieproduktion hin zu klimafreundlicheren Technologien einzuräumen. Die Einwände Polens galten ebenfalls für fast alle übrigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten.

Diese exemplarisch ausgewählten Einwände gegen die geplanten Klimaschutzziele ließen eine Einigung schwierig erscheinen, weshalb Nicolas Sarkozy am 6. Dezember nach Gdansk reiste, um bereits im Vorfeld des Gipfels mit dem polnischen Ministerpräsidenten über einen möglichen Kompromiss zu verhandeln.¹⁰⁸ Das Kalkül hierbei war zum einen, die Widerstände gegen das Klimapaket in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten auszuräumen, zum anderen aber auch mit einem so vorbereiteten Kompromiss Druck auf Deutschland auszuüben, den unter deutscher Ratspräsidentschaft vorangetriebenen Prozess des europäischen Klimaschutzes nicht scheitern zu lassen.¹⁰⁹ Der so angestoßene Weg zu einer Lösung wurde von der französischen Ratspräsidentschaft weiterverfolgt, indem zu Beginn des Gipfels am 11. Dezember die Staats- und Regierungschefs der Staaten mit Einwänden, insbesondere Italien, Deutschland und Polen, zu „vertraulichen Gesprächen“ mit

¹⁰⁷ Angela Merkel, zitiert nach: Counis, Alexandre; „Les Européens condamnés à s’entendre sur le paquet énergie-climat“ in: Les Echos; 11. Dezember 2008; Paris 2008

¹⁰⁸ Bei dem Treffen waren ebenfalls die Premierminister von Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei anwesend.

¹⁰⁹ Counis, Alexandre; 11. Dezember 2008

Nicolas Sarkozy gebeten wurden, in denen ihnen von Seiten der Ratspräsidentschaft Zugeständnisse gemacht und Modifikationen am Klimapaket in Aussicht gestellt wurden.¹¹⁰ Dieses Entgegenkommen konkretisierte sich unter anderem in den Vorschlägen, denjenigen Industriezweigen, die im weltweiten Wettbewerb stehen und deren Gesamtbetriebskosten durch die Einführung kostenpflichtiger Emissionszertifikate um mehr als 5% steigen würden, die Emissionszertifikate weiterhin kostenlos zuzuteilen. Zudem wurde von der französischen Ratspräsidentschaft der Vorschlag unterbreitet, diejenigen Länder, deren Energieproduzenten ihre Energie zum Großteil aus der Kohlekraft gewinnen, vorerst aus der Versteigerung der Emissionszertifikate auszunehmen und sie erst 2019, also nach einer Übergangsfrist, vollständig im System der kostenpflichtigen Emissionszertifikate zu erfassen.¹¹¹

Von Seiten der französischen Ratspräsidentschaft hoffte man somit, die Vorbehalte ausräumen zu können und innerhalb des gesetzten Zeitrahmens vom 11. bis 12. Dezember zu einem Kompromiss der 27 finden zu können.¹¹² Dank einer zielstrebigen Verhandlungsführung und einer Reihe von Zugeständnissen konnte dieses Ziel trotz der zahlreichen Vorbehalte erreicht werden und so wurde am 12. Dezember die Einigung und einstimmige Unterzeichnung des „Klima-Paket“ getauften Beschlusses verkündet, dessen Inhalt zum Großteil aus dem im Januar 2008 vorgelegten Kommissionsvorschlag bestand, jedoch um die von der französischen Ratspräsidentschaft eingebrachten Zugeständnisse erweitert worden war. So wurde mit dem kostenpflichtigen Emissionszertifikatshandel ein Mechanismus geschaffen, der es erlauben soll, bis 2020 die Emissionen innerhalb der EU um 20% zu senken, allerdings wurde eine Ausnahmeregelung für energieintensive und von Produktionsverlagerungen bedrohte Industriezweige getroffen, der zufolge diese ihre Zertifikate weiterhin kostenlos erhalten. Alle anderen Industriezweige werden dazu verpflichtet, ab 2013 20% und ab 2020 70% ihrer Emissionen mit ersteigerten Emissionszertifikaten abzudecken. Im nicht-industriellen Sektor, also Wohnungsbau, Verkehr und Landwirtschaft sollen bis 2020 die Emissionen um 10% gegenüber 2005 gesenkt werden. Darüber hinaus soll der

¹¹⁰ Avril, Pierre; „Paris lâche du lest pour boucler le paquet climat“ in: Le Figaro; 12. Dezember 2008; Paris 2008

¹¹¹ Hönighaus, Reinhard; „Sarkozys Friedensangebot“ in: Financial Times Deutschland; 11. Dezember 2008; Hamburg 2008

¹¹² Ein französischer Diplomat: „Es ist ungewiss, ob es klappt, aber wir wollen unbedingt eine Einigung“ zitiert in: Hönighaus, Reinhard;

Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch bis 2020 auf 20% erhöht werden. Im Schlüsselbereich der Energieproduktion, in dem ein Großteil der europäischen CO₂-Emissionen entstehen, einigte man sich darauf, dass die europäischen Energieproduzenten ab 2013 ihre gesamten Emissionen mit Emissionszertifikaten ausgleichen müssen. Von dieser Regelung sind die osteuropäischen Kohlekraftwerke ausgenommen, denen die Übergangsfrist gewährt wurde, ab 2013 lediglich 30% ihrer Emissionen mit Zertifikaten bezahlen zu müssen und erst 2020 auf 100% hochgestuft zu werden. Als ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den osteuropäischen Mitgliedsstaaten wurde gewertet, dass innerhalb des Emissionshandels ein „Solidaritätsmechanismus“¹¹³ eingebaut wurde, welcher diesen Staaten die Umstellung auf eine emissionsärmere Industrie- und Energieproduktion erleichtern soll.

Der gefundene Kompromiss wurde von allen beteiligten Staats- und Regierungschefs begrüßt, besonders erleichtert zeigte sich Nicolas Sarkozy, der sich stolz darüber äußerte, dass „aucun continent n'est doté de règles aussi contraignantes“.¹¹⁴ Kommissionspräsident Barroso äußerte sich sehr zufrieden über den Abschluss des „Energie- und Klimapaketes“¹¹⁵ und ging sogar soweit, das Paket als Beispiel auszurufen, dem die USA folgen sollten.¹¹⁶ Die Annahme des Paketes durch das Europäische Parlament folgte umgehend am 17. Dezember. Diese schnelle Annahme des Klimapaketes wurde vom Großteil der Parlamentarier begrüßt, kritische Stimmen hielten der französischen Ratspräsidentschaft allerdings vor, das Parlament übergangen und nicht genügend Zeit für Einwände gewährt zu haben.¹¹⁷

Ebenso wurde das Ergebnis von Medienvertretern und Umweltgruppen weniger positiv aufgenommen, da zwar eingestanden wurde, dass es besser sei, den Gipfel zu einem Ergebnis gebracht zu haben, als ein Scheitern in Kauf genommen zu haben.

¹¹³ Dieser sieht vor, dass von der Gesamtmenge der zwischen 2013 und 2020 von jedem Mitgliedstaat zu versteigernden Zertifikate 88% unter den Mitgliedstaaten in Anteilen aufgeteilt werden, die dem Anteil des betreffenden Mitgliedstaats an den Emissionen des Jahres 2005 entsprechen. Aus Gründen der Solidarität erhalten die osteuropäischen Mitgliedsstaaten darüber hinaus weitere 10% der zu versteigernden Zertifikate.

¹¹⁴ Ricard, Philippe; „Les vingt-sept trouvent un compromis sur le climat“ in: Le Monde; 14./15. Dezember 2008; Paris 2008; übersetzt ungefähr: Kein anderer Kontinent verfügt über solch strenge Regeln (zum Klimaschutz).

¹¹⁵ siehe: Reaktionen der Kommission auf den Abschluss des „Energie- und Klimapaketes“ vom 12. Dezember 2008

¹¹⁶ Ricard, Phillippe; 14./15. Dezember

¹¹⁷ beispielsweise der MdEP Daniel Cohn Bendit: „Wir (Anmerk.: die Fraktion Die Grünen/EFA im EP) halten die Annahme des Klimapakets in erster Lesung für ein Erpressungsmanöver“; siehe: <http://www.gruene-europa.de/cms/default/dok/262/262639.htm>

Jedoch habe die Ratspräsidentschaft durch die zahlreichen von ihr gemachten Konzessionen das Instrument des Emissionshandels, welches die Marktmechanismen nutzen sollte, um den Klimawandel abzumildern, entwertet und die Klimaschutzziele der EU somit in Frage gestellt.¹¹⁸

Was das Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft betrifft, so ist insbesondere Nicolas Sarkozys von mehreren Regierungschefs ein großes Verhandlungsgeschick sowie eine positive Dynamik attestiert und diesem Umstand ein nicht zu vernachlässigender Teil der gelungenen Kompromissfindung zugeschrieben worden.¹¹⁹

Insgesamt lässt sich im Bezug auf die Verhandlungen und das Ergebnis des Energie- und Klimapaketes feststellen, dass die französische Ratspräsidentschaft und besonders Nicolas Sarkozy große Anstrengungen geleistet haben, um teilweise sehr divergente Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten aufzunehmen und miteinander zu vereinen. Dank dieses Vorgehens konnte letztlich ein einstimmiger Entschluss im Europäischen Rat herbeiführen werden. Hierbei ist, wie im Falle Deutschlands, augenscheinlich auch Druck ausgeübt worden, vor allem ist aber, soweit dies beurteilt werden kann, mit Kompromissvorschlägen und Zugeständnissen gearbeitet worden. Es ist also nicht vollkommen geglückt, Einzelinteressen von Mitgliedsstaaten zurückzudrängen, weshalb das Klima- und Energiepaket an Wirkungskraft im Hinblick auf den Klimawandel verloren hat und weshalb der französischen Ratspräsidentschaft in diesem Falle nicht die Rolle des politischen Ideengebers zugeschrieben werden kann. Vielmehr hat sie die unterschiedlichen Positionen sondiert, auf diese reagiert und am Ende auf ein gemeinsames Resultat hingewirkt, welches zwar teilweise zu Recht kritisiert wurde, ihr aber ohne Zweifel die Rolle des Vermittlers zukommen ließ.

Nationale Interessen haben nur eine geringe Rolle gespielt. So kann zwar davon ausgegangen werden, dass die Klimapolitik auch aus nationalem Kalkül heraus auf

¹¹⁸ vgl. beispielsweise: Roth, Wolfgang; „Artenschutz für Luftverschmutzer“ in: Süddeutsche Zeitung; 13./14. Dezember 2008; München 2008

¹¹⁹ Unter anderen Polens Ministerpräsident Tusk: „Thanks to his energy and Charisma, he was capable of taking decisions in an unconventional manner, not feeling hemmed in by the detailed work of the bureaucrats“; zitiert nach: Barber, Tony; „Sarkozy praised for bringing Brussels talks to agreement“ in: Financial Times; 15.Dezember 2008; London 2008

die Agenda gesetzt wurde. Eigene französische Interessen sind jedoch im Rahmen der Ratspräsidentschaft um der Kompromissfindung willen zurückgestellt worden.¹²⁰ Somit sind deutlich europäische Interessen verfolgt worden; also eine Konsensfindung und der Beweis der Handlungsfähigkeit der EU im Bereich des Klimaschutzes bei gleichzeitiger Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Schlüsselindustrien.

4.1.2 Migrations- und Asylpolitik

Von weltweit ca. 200 Millionen Immigranten, d.h. Personen, welche ihren festen Wohnsitz nicht in demjenigen Land haben, in dem sie geboren wurden, leben ca. 40 Millionen innerhalb der Europäischen Union. Sie stellen somit etwa 8% der Gesamtpopulation der Europäischen Union dar und haben in manchen Ländern einen beachtlichen Einfluss auf die Stabilisierung der Bevölkerungszahlen und der Geburtenraten.¹²¹

Der daraus resultierenden Wichtigkeit der Immigration für die Europäische Union wurde von Seiten der EU-Institutionen bereits früh Rechnung getragen, was im Folgenden exemplarisch dargestellt werden soll.

Der Beginn einer gemeinsamen europäischen Immigrationspolitik geht auf den Gipfel des Europäischen Rates 1999 im finnischen Tampere zurück. Im Rahmen des Gipfels wurde beschlossen, dass Immigrations- und Asylfragen in alle Bereiche der europäischen Außenpolitik integriert werden sollten.¹²² Der erste konkrete Schritt in diese Richtung äußerte sich in der Schaffung der *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU* (im Folgenden Frontex),¹²³ gefolgt von der Vorlage des Grünbuches „über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration“¹²⁴ durch die Kommission im Januar 2005, welches nationale

¹²⁰ Dies wird besonders an der Nuklearenergie deutlich. Zwar hat die französische Ratspräsidentschaft in anderen Bereichen der Ratspräsidentschaft die zivile Nutzung der Kernenergie vorangetrieben (siehe hierzu: offizielle Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft; S.8), im Bezug auf das Klimapakete aber auf eine Klassifizierung der Kernenergie als „erneuerbare Energie“ verzichtet; unter den Begriff der „erneuerbaren Energie“ fallen somit laut Richtlinie 2009/28/EG Energien aus erneuerbaren Energiequellen, d.h. Wind, Sonne, aerothermische, geothermische, hydrothermische Energie, Meeresenergie, Wasserkraft, Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas.

¹²¹ Dumont, Gérard-Francois; „L’immigration et l’Europe“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008 ; S. 27 ; siehe ebd. S.31 für eine Darstellung zur Verteilung der Migration innerhalb der EU

¹²² siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Tampere); 15./16. Oktober 1999

¹²³ Die Schaffung der Agentur erfolgte durch die Verordnung Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004; siehe: Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates

¹²⁴ siehe: Grünbuch der Kommission über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration

Quoten für eine legale Zuwanderung in die Europäische Union nahe legte. Entscheidend erweitert wurden die in Tampere beschlossenen Anfänge dann durch das sogenannte „Haager-Programm“¹²⁵ welches der Europäischen Rat am 5. November 2004 annahm und das 10 Prioritäten der Europäischen Union zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in den kommenden fünf Jahren auflistet. Unter den 10 Prioritäten finden sich die drei Punkte eines „Ausgewogenen Konzepts zur Steuerung der Migrationsströme“, des „Integrierten Schutzes an den Außengrenzen der Union“ und der „Maximierung der positiven Auswirkungen der Einwanderung“, die fortan zu den Leitlinien der angestrebten europäischen Immigrationspolitik gehörten. Ende des Jahres 2007 wurde dann das Schengener-Abkommen um 9 Staaten erweitert, womit eine europäische Handhabung des Themas Migration immer dringlicher wurde. Vor diesem Hintergrund machte die zukünftige französische Ratspräsidentschaft Anfang des Jahres 2008 die Immigrationspolitik zu einer ihrer vier Prioritäten und erklärte, auf die Unterzeichnung eines gemeinsamen Zuwanderungspaktes hinarbeiten zu wollen, der die drei Maximen des Haager Programms aufgreifen sollte.¹²⁶

Auf europäischer Ebene konnte eine hohe Relevanz des Themas Zuwanderung konstatiert werden, welches von der Kommission seit längerem intensiv verfolgt wurde und bezüglich dessen bereits erste Schritte zu einer gemeinschaftlichen Zuwanderungspolitik gegangen worden waren. Eine zukünftige gemeinschaftliche Politik sollte vor allem drei Ziele verfolgen, welche im folgenden kurz beschrieben werden, welche aber insbesondere für die französische Ratspräsidentschaft von Relevanz waren, wurden doch in diesen Bereichen neue Impulse erwartet.¹²⁷ Das erste Ziel war die Gewährleistung der Sicherheit der Außengrenzen der Union, welche bereits in konkreter Form, unter anderem durch Frontex, realisiert worden war und durch die Verhinderung illegaler Zuwanderung die Sicherheit innerhalb Europas gewährleisten sollte.¹²⁸ Zudem sollte es das Ziel der EU sein, die

¹²⁵ siehe: Haager Programm

¹²⁶ Siehe: offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft; S. 18

¹²⁷ Berthelet, Pierre; „Immigration et frontières extérieures, priorités... et défis pour la Présidence française de l’Union européenne“ in: *Revue du marché commun et de l’Union européenne*, Sep. 2008; Editecom; Paris 2008 ; S.500

¹²⁸ Siehe zu diesem Punkt unter anderem den von der Kommission am 6. April vorgelegten Entwurf zur Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007-2013 (KOM (2005) 123 endgültig) und die Annahme des Vorschlages durch Rat und EP am 23. Mai 2007 (Entscheidung Nr. 574/2007/EG);

Einwanderung auch dazu zu nutzen, auf ökonomische Bedürfnisse und die aus dem demographischen Wandel¹²⁹ resultierenden Probleme für die europäischen Gesellschaften zu reagieren und die Zuwanderung zur Befriedigung der ersteren und dem gezielten Entgegenwirken der letzteren zu nutzen.¹³⁰ Drittes zentrales Ziel sollte es sein, die Ursachen der Migration zu reduzieren und somit auf eine Verringerung der Migrationsströme hinzuwirken.¹³¹

Mit dem Verfolgen dieser Ziele erhoffte sich die Europäische Union zum einen, in adäquater Weise dem Anstieg der Zuwanderungsströme zu begegnen, zum anderen im weltweiten Wettstreit um „die besten Hirne“¹³² mitwirken und dem demographischen Wandel entgegenwirken zu können. So stellte die Kommission treffend fest: „*A common immigration policy represents a fundamental priority for the EU*“.¹³³

Die Aufnahme des Themas Immigration als eine der vier Kernprioritäten der französischen Ratspräsidentschaft lässt sich aus dem oben beschriebenen, bereits auf europäischer Ebene erfolgten Vorgehen zur Asyl- und Immigrationspolitik ableiten.

Nicht von der Hand zu weisen sind aber darüber hinaus bestimmte innenpolitische Faktoren Frankreichs, welche eine Erklärung für die Behandlung des Themas Migration im Rahmen des französischen Ratspräsidentschaft liefern und im folgenden dargestellt werden sollen.

Diese innenpolitischen Faktoren sind eng mit der Behandlung des Themas Zuwanderung und Immigration durch Nicolas Sarkozy (als Innenminister und Staatspräsident) verknüpft. Frankreich hat mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von über 8% an der Gesamtbevölkerung¹³⁴ und einer Anzahl von

ebenso KOM (2008) 69 zur Kooperation mit Dritt- bzw. Nachbarstaaten sowie KOM (2008) 67 zur Stärkung von Frontex.

¹²⁹ Der Begriff wird hier als Synonym für die vorschreitende Überalterung der europäischen Gesellschaften benutzt.

¹³⁰ Siehe hierzu beispielsweise KOM (2000) 757 entgültig.

¹³¹ dies soll unter anderem durch die Einbindung von Migrationsbelangen in die Beziehungen der EU zu Drittstaaten erreicht werden; siehe hierzu KOM (2002)703

¹³² „La question migratoire est centrale au sein de l’Union européenne pour de nombreuses raisons:[...] la concurrence planétaire accrue pour attirer les meilleures cerveaux“ aus: Dumont, Gérard-Francois ; S.27

¹³³ COM(2008) 359 final vom 17.6.2008; S.6

¹³⁴ Diese und die folgenden Zahlen beziehen sich auf das metropolitane Frankreich und stammen aus: Marthaler, Sally; „Nicolas Sarkozy and the politics of French immigration policy“ in: Journal of European Public Policy, April 2008; Routledge, Milton Park (UK) 2008; S.383; Die Lektüre von Marthalers Aufsatz empfiehlt sich für eine tiefere Analyse bezüglich der Behandlung der

geschätzten 200.000-500.000 „sans papiers“¹³⁵ einen der größten Ausländeranteile innerhalb der EU. Die Zuwanderung, die Integration der Zugewanderten und die Verhinderung illegaler Zuwanderung spielen daher seit langem eine zentrale Rolle in der französischen Innenpolitik. Die Debatte um dieses Thema wurde in den 70er Jahren durch die Gründung der rechtsextremen *Front National* (FN) und ihre xenophobe Programmatik angeheizt. Dies hatte in der Folge einen einschneidenden Effekt auf die französische Politik, führte es doch zu einer Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses zu Gunsten der FN.¹³⁶ Als der FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen 2002 überraschend in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl gewählt wurde, zeigte dies, dass eine Schlüsselschicht der Wählerschaft die bisherige, sowohl von Mitte-links, als auch Mitte-rechts Regierungen betriebene Zuwanderungspolitik als zu locker wahrgenommen hatte. Um den verlorenen Boden wieder gut zu machen avancierte dieses Thema in der Folge zu einem der zentralen Politikbereiche der Amtszeit des im zweiten Wahlgang siegreichen Jacques Chirac. Der unter Chirac neu ernannte Innenminister Nicolas Sarkozy erreichte schnell hohe Zustimmungsraten für seine Ankündigung eines härteren Vorgehens gegenüber Asylsuchenden und Zuwanderungswilligen.¹³⁷ Dieses Vorgehen verschärfte Nicolas Sarkozy im Rahmen seines Wahlkampfes zur Präsidentschaftswahl 2007 und sprach sich beispielsweise für die Schaffung eines neuen Ministeriums für Immigration¹³⁸ und gegen die Massenlegalisierung von *sans papiers* aus.¹³⁹ Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Mai 2007 zeigten Umfragen, dass es ihm gelungen war, durch seine harte Rhetorik und sein Vorgehen einen entscheidenden Teil der Le Pen Wählerschaft für sich zu mobilisieren.¹⁴⁰ Unter dem neu geschaffenen

Immigrationsthematik in der französischen Innenpolitik, da diese Analyse hier stark verkürzt werden muss

¹³⁵ Dt.: „Papierlose“, im Französischen gebräuchliche Bezeichnung für Personen, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich aufhalten.

¹³⁶ Marthaler, Sally; 2008; 384

¹³⁷ 63% der Befragten stimmten seiner Politik und der angekündigten harte Linie gegenüber illegaler Zuwanderung zu. Sarkozys Politik war dadurch geprägt, die Erhöhung der Abschiebequoten, die Verringerung des Familiennachzuges, die Abschaffung der *de facto* Legalisierung illegaler Zuwanderer nach 10 Jahren sowie die Bevorzugung der „immigration choisie“ – der „ausgewählten Zuwanderung“ derjenigen, nach denen Frankreich ein Bedarf hat - zu verfolgen; Siehe hierzu Marthaler, Sally; 2008; S.387 ff.

¹³⁸ der vollständiger Titel des heutigen Ministeriums lautet: Ministère de l'immigration, de l'intégration, de l'identité nationale et du développement solidaire

¹³⁹ Für eine umfangreichere Darstellung der Behandlung der Immigrationsthematik im Wahlkampf Sarkozys siehe: Schwarzer, Daniela und Joncheray, Nicolas; „Debatten, Kalküle und Programme im Präsidentschaftswahlkampf 2007“; Diskussionspapier der Forschungsgruppe EU-Integration; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.15 ff.

¹⁴⁰ Marthaler, Sally; 2008; S.392

„Immigrationsminister“¹⁴¹ wurde die Linie der „loi Sarkozy“¹⁴² vervollständigt, der Familiennachzug weiter eingeschränkt und das Wahlversprechen einer verstärkten „immigration choisie“ in die Tat umgesetzt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Einwanderungs- und Asylpolitik für Nicolas Sarkozy bereits als Innenminister eine zentrale Rolle einnahm und es ist unbestreitbar, dass er Teile seines Wahlsieges 2007 und seiner generellen Popularität seinen „loi Sarkozy“ verdankt.

Bereits im Vorfeld der Ratspräsidentschaft war also deutlich, dass das Thema Zuwanderung im europäischen Kontext ein bereits vielfach behandeltes Thema mit einer hohen Relevanz war. Im nationalen Kontext war es ebenfalls von hoher Wichtigkeit, da es ein traditionell wichtiges Thema in der französischen Innenpolitik und darüber hinaus eines der Schlüsselthemen des Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy war.

Immigration konnte also als, im Bezug auf die äußeren Faktoren „älteres“ und „sensibles“ Thema angesehen werden, wobei letzteres Attribut nur mit Abstrichen gelten konnte, da das Thema zwar von einer hohen Relevanz war, insofern aber nicht sensibel, als eine Mehrheit für die bisher praktizierte, eher restriktive Zuwanderungspolitik zu verzeichnen war.¹⁴³ Da davon ausgegangen werden kann, dass Frankreichs Positionen im Vorfeld der Ratspräsidentschaft hinlänglich bekannt waren, ist im Bezug auf die äußeren Faktoren die Einnahme des Vertreters nationaler Interessen am naheliegendsten gewesen.

Gleiches galt für die inneren Faktoren, da sowohl eine hohe innenpolitische Relevanz, als auch ein hohes Engagement der beteiligten Akteure (insbesondere Sarkozy und Hortefeux) in diesem Themenbereich zu konstatieren war. Beide hatten bereits 2007 für die Schaffung eines „pacte européen pour l’immigration“ – eines „europäischen Zuwanderungspaktes“ – plädiert. Dies „entspringt dem Kalkül, dass eine stärkere Vergemeinschaftung der Immigrationspolitik inhaltlich mit einer restriktiveren Grundorientierung dieser Politik einhergehen dürfte“,¹⁴⁴ was der

¹⁴¹ Das Amt wurde mit dem engen Vertrauten Sarkozys Brice Hortefeux besetzt.

¹⁴² „Sarkozys Gesetze“; oftmals verwendeter Titel für unter Nicolas Sarkozys Amtsperiode als Innenminister verabschiedete Gesetze

¹⁴³ „Eine Mehrheit oder gar ein Konsens zugunsten einer liberalen europäischen Einwanderungspolitik gegenüber Drittstaaten dürfte in der EU gegenwärtig kaum zu erreichen sein“; zitiert aus: Schild, Joachim; 2007; S.247

¹⁴⁴ Schild, Joachim; 2007; S.247

bisherigen Linie Sarkozys in der Zuwanderungspolitik entgegenkäme, würde sie so doch auf europäischer Ebene legitimiert.

Die konkrete Umsetzung der Priorität der Schaffung einer Europäischen Zuwanderungspolitik erfolgte für die französische Ratspräsidentschaft mit der offiziellen Vorstellung des Entwurfs eines Europäischen Migrationspaktes auf dem informellen Gipfeltreffen der europäischen Innenminister in Cannes am 7. und 8. Juli.¹⁴⁵ Schon in den Monaten zuvor war Hortefeux bei seinen europäischen Amtskollegen vorstellig geworden, um die Inhalte des geplanten Paktes zu vermitteln und für dessen Annahme im Oktober 2008 zu werben. Konkret sah der Pakt fünf Punkte für die zukünftige europäische Asyl- und Zuwanderungspolitik vor. Demnach sollten: erstens die Möglichkeiten der legalen Einreise verbessert und diese sich nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten eines jeden Mitgliedsstaates richten; zweitens die illegale Einwanderung bekämpft und Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsländern abgeschlossen werden, um die Abschiebung in der Praxis effektiver zu machen; drittens, die Grenzsicherung ausgebaut werden; viertens die europäische Asylpolitik harmonisiert werden und fünftens Partnerschaften mit den Herkunftsländern der Migranten abschlossen werden, die eine „migration circulaire“¹⁴⁶ ermöglichen.

Nach Bekanntwerden des Inhaltes des geplanten Paktes regte sich auf europäischer Ebene Widerstand gegen die vorgesehenen Maßnahmen, beispielsweise sprachen sich die Vertreter Deutschlands, Schwedens, Ungarns und Polens am 24 Juli in Brüssel gegen die französische Forderung, die Anstellung illegaler Einwanderer EU-weit unter Strafe zu stellen, aus¹⁴⁷ und Spanien stellte sich gegen ein generelles Verbot von massenhaften Legalisierungen illegaler Einwanderer sowie gegen die französische Absicht eines verpflichtenden „Integrationsvertrags“ mit Einwanderern.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Siehe: Textentwurf für einen Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl

¹⁴⁶ Dieser Begriff beschreibt eine temporäre Migration (in diesem Fall in die EU), beispielsweise zu Studiums- oder ähnlichen Weiterbildungszwecken und eine anschließende Rückkehr ins Ursprungsland, um zur dortigen Entwicklung beizutragen

¹⁴⁷ http://www.rfi.fr/actude/articles/103/article_345.asp; diesbezüglich muss hinzugefügt werden, dass diese Forderung nicht auf einer Initiative der französischen Ratspräsidentschaft, sondern auf einen bereits im Mai 2007 von der Kommission eingebrachten Vorschlag für eine Richtlinie (KOM (2007) 249) zurückzuführen ist und diese Thematik sich unabhängig vom Migrationspakt gegenwärtig in der Entscheidungsfindung zw. Kommission, Rat und EP befindet.

¹⁴⁸ <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E0968C5CFC1B7493DA4653A1C0A2C8A87~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (letzter Zugriff: 02.07.2009)

Am 15. und 16. Oktober trat der Europäische Rat in Brüssel zusammen und unterzeichnete den Europäischen Einwanderungs- und Asylpakt, welcher hinsichtlich Spaniens Vorbehalten abgeändert wurde und nunmehr vorsah, dass Legalisierungen im Rahmen der nationalen Gesetzgebung aus humanitären und wirtschaftlichen Gründen möglich seien. Darüber hinaus werden die Mitgliedsstaaten durch den Pakt lediglich dazu aufgefordert, mit ihrer Politik auf den Spracherwerb und das Respektieren der jeweiligen Werte hinzuwirken, nicht aber einen „Vertrag“ mit den Zuwanderern darüber abzuschließen. Abgesehen von diesen Modifikationen folgte der verabschiedete Text dem Ausgangsvorschlag der französischen Ratspräsidentschaft und machte sich somit für die genannten 5 Punkte und damit einhergehend eine Verstärkung der „immigration choisie“ und eine deutlich restriktive Asyl- und Zuwanderungspolitik stark.

Von Seiten der französischen Ratspräsidentschaft gelobt,¹⁴⁹ wurde der Europäische Einwanderungs- und Asylpakt von vielen Seiten scharf kritisiert, zum einen für seine restriktive Natur und seine starke Ausrichtung auf Grenzsicherungsfragen,¹⁵⁰ zum anderen für die starke Orientierung an der französischen Zuwanderungspolitik. Diese wurde in Punkten wie der „immigration choisie“ und der verstärkten Bekämpfung illegaler Einwanderung aus dem französischen Vorbild des „pacte républicain“¹⁵¹ übernommen und auf die gesamte EU angewendet. Zwar wird der französischen Ratspräsidentschaft bescheinigt, die Verhandlungen zum Einwanderungs- und Asylpakt mit den übrigen Mitgliedsstaaten auf Augenhöhe geführt zu haben,¹⁵² unbestreitbar trägt der Pakt aber die Handschrift der Migrationspolitik Sarkozys.¹⁵³ Dies lässt sich zu großen Teilen mit nationalen, bzw. französischen Interessen begründen, da Nicolas Sarkozy durch die Übertragung eines traditionell nationalen

¹⁴⁹ Brice Hortefeux: „C'est la première démonstration d'une volonté commune et d'une vision d'ensemble en matière d'immigration“, zitiert nach: „Immigration: Le grand jour d'Hortefeux“ in: Le Figaro, Donnerstag 16. Oktober 2008

¹⁵⁰ Da auf die angebrachte Kritik im Hinblick auf humanitäre Fragen an dieser Stelle nicht gebühren eingegangen werden kann, wird auf die folgenden Artikel verwiesen: Geisser, Vincent; „Le pacte européen sur l'immigration et l'asile ou le triomphe de la ‚frontexisation‘ des esprits“; sowie: Duchrow, Julia ; „Ab in die Wüste“ in: Amnesty Journal; April 2009; welche beide den repressiven Charakter der im Pakt vorgesehenen Maßnahmen hervorheben. Um so interessanter wird die Betrachtung dieser Kritik, stellt man ihr die Aussage Nicolas Sarkozys (von der Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms für die Ratspräsidentschaft am 8. Januar 2008) gegenüber, Europa müsse (durch den Zuwanderungs- und Asylpakt) zu einer „Politik der Zivilisation“ zurückkehren und müsse humaner gestaltet werden.

¹⁵¹ Programm Sarkozys zur Staatspräsidentenwahl 2007

¹⁵² <http://institut-thomas-more.org/barometre-pfue/barometre.html>; siehe: Immigration; (letzter Zugriff: 21.07.2009)

¹⁵³ „Le pacte s'inspire de la politique appliquée en France [...]“ in: Perrault, Guillaume; „Immigration: Le grand jour d'Hortefeux“ in: Le Figaro, Donnerstag 16. Oktober 2008

Themas wie Migration auf die Europäische Ebene einen innenpolitischen Gewinn anstrebt, wird doch die französische Migrationspolitik somit zur Bezugsgröße für die gesamte EU und erlangt somit eine übernationale Legitimation.

Abschließend kann konstatiert werden, dass die französische Ratspräsidentschaft teilweise die Rolle des politischen Ideengebers eingenommen hat – da sie den Pakt vorgelegt hat, und überdies die Rolle des Vermittlers eingenommen hat – indem sie auf Vorbehalte anderer Mitgliedsstaaten (insbesondere Spanien) eingegangen ist. Daher kann gesagt werden, dass sie europäische Interessen vertreten hat, was dadurch gestützt wurde, dass der Pakt einstimmig im Rat beschlossen wurde, er sich in einer Linie mit der bisherigen Politik der Kommission befand und darüber hinaus am 20. November vom EP angenommen wurde, also von allen Akteuren (mehrheitlich) begrüßt wurde. Abgesehen davon muss aber auch ein deutliches nationales Interesse der französischen Ratspräsidentschaft und insbesondere der beiden Hauptakteure Brice Hortefeux und Nicolas Sarkozy festgestellt werden. Ersterer konnte sich durch ein zielstrebiges Verfolgen der Umsetzung des Paktes für den Posten des Innenministers empfehlen,¹⁵⁴ letzterer konnte die von ihm in Frankreich geprägte Migrationspolitik auf ein europäisches Niveau hieven und somit einen unbestreitbaren innenpolitischen Erfolg davontragen.

4.1.3 Verteidigungspolitik

Seit ihrer Gründung stellt die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) für die EU eines ihrer zentralen Integrationsprojekte dar.

Durch ihr Agieren im Rahmen der ESVP in militärischen und zivilen Operationen hat sich die EU als sicherheitspolitischer Akteur auf internationaler Bühne hervorgebracht, was ihr zum einen die Anerkennung als globaler Akteur zusicherte, zum anderen aber die Herausforderungen mit sich brachte, dass weltweit bei Krisen immer öfter ein Engagement der EU gefordert wurde, was deren konzeptionellen und quantitativen Fähigkeiten überschritt.¹⁵⁵ Zudem resultierte aus dem gesteigerten

¹⁵⁴ Hortefeux ist tatsächlich am 23. Juni 2009 von Staatspräsident Sarkozy in dieses Amt berufen worden

¹⁵⁵ Ondarza, Nicolai von; „Die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Schatten der Ungewissheit – Bestandsaufnahme und Optionen nach dem irischen Nein zum Lissaboner Vertrag“; SWP-Studie, Oktober 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.5

Engagement ein hohes „Spaltungspotenzial“ im Bezug auf die Mitgliedsstaaten, welche sich in ihrer Auffassung der EU als entweder supranationalem Rechts- und Wirtschaftsverband oder der EU als intergouvernementaler und militärischer Organisation stark voneinander unterschieden.¹⁵⁶

Somit ist zu erklären, dass die ESVP, trotz des zumindest teilweise als erfolgreich verbuchten internationalen Engagements, in bisher immerhin über 20 militärischen und zivilen Missionen an „Kurzatmigkeit“ litt. Gemeint ist, dass sich die bisherigen operativen Aktivitäten meist nicht auf der Basis eines soliden Konzeptes mit einer strategischen Prioritätensetzung bewegten, sondern oft schlichtweg die Folge von Krisen und den damit verbundenen individuellen bzw. nationalen Interessenkonstellationen waren.¹⁵⁷

Vor diesem Hintergrund wurde von Seiten der Kommission die Entwicklung einer weitsichtigeren Strategie für die europäische Verteidigungspolitik und die damit einhergehende Ausstattung der EU mit einem dauerhaften Instrumentarium zur Planung und Durchführung militärischer Operationen erwartet.¹⁵⁸

Frankreich wiederum hatte sich das Ziel gesetzt, das „Europa der Verteidigung“ wiederzubeleben.¹⁵⁹ Hierbei sollten insbesondere die militärischen Kapazitäten innerhalb der EU ausgebaut, ein Verteidigungs-Binnenmarkt geschaffen, der Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen vorangetrieben sowie multilaterale Kooperationen mit anderen sicherheitspolitischen Organisationen weiterentwickelt werden.¹⁶⁰

Für Frankreich hatte das Thema Verteidigungspolitik im Bezug auf Europa eine zentrale Rolle, reiht sich eine zunehmende „Europäisierung“ der Verteidigung doch in die Logik des bereits beschriebenen Ziels eines „Europe puissance“ ein und eine gemeinsame, europäische Verteidigungspolitik würde es der Mittelmacht Frankreich erlauben, weiterhin international eine gewichtige Rolle zu spielen. Zudem hatte Nicolas Sarkozy innenpolitisch einen großen Handlungsspielraum bezüglich dieses

¹⁵⁶ ebd., S.5

¹⁵⁷ Kempin, Ronja und Overhaus, Marco; „Kein großer Sprung in der Entwicklung der ESVP – Lehren aus der französischen EU-Ratspräsidentschaft“; SWP-aktuell 1/Januar 2009; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2009; S.3

¹⁵⁸ Vgl. Barrot, Jaques; 2008; S.11

¹⁵⁹ Hierbei ist hervorzuheben, dass Frankreich schon seit langem eine führende Rolle in der Entwicklung des „Europe de la défense“ gespielt hat, wobei ein wichtiger Meilenstein die französisch-britische Erklärung von Saint-Malo von 1998 war.

¹⁶⁰ siehe: offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft

Bereiches, da das Thema Verteidigung selten zu innenpolitischen Kontroversen führt und darüber hinaus in der französischen Bevölkerung ein breiter Rückhalt für europäische Politikansätze in der Außen- und Verteidigungspolitik konstatiert werden konnte.¹⁶¹

Die Zielsetzung, der ESVP neuen Elan zu geben, wurde von der französischen Ratspräsidentschaft mit dem informellen Ministertreffen der EU Verteidigungsminister, zu dem außerdem Javier Solana¹⁶² und Vertreter der Kommission eingeladen waren, am 1. und 2. Oktober in Deauville begonnen. Die Verteidigungsminister einigten sich unter anderem darauf, die Planung einer militärischen Marinemission der EU zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias zu beschleunigen,¹⁶³ eine multinationale Lufttransportflotte zu errichten¹⁶⁴ und die Kooperation der Mitgliedsstaaten bei der Evakuierung von europäischen Staatsbürgern aus Drittstaaten zu erhöhen.

Diese vorerst informell geschlossenen Übereinkünfte wurden dann beim Ratstreffen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen angenommen. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die EU zukünftig in der Lage sein solle, durch die Schaffung der hierfür notwendigen militärischen Kapazitäten, gleichzeitig 19 zivile und militärische Operationen, darunter zwei „umfangreiche Operationen zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau“, durchzuführen.¹⁶⁵

Diese angekündigte Maßnahme warf jedoch ein „expectations-capabilities-gap“ – also die Frage der Realisierbarkeit der Absichtserklärung, auf.¹⁶⁶ Bezüglich des projektorientierten Vorgehens im Bereich der multinationalen Luftflotte ist das projektorientierte Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft auf Grundlage von Koalitionen von gewillten Partnern Ausdruck der traditionell französischen Auffassung, dass einige Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Führungsrolle übernehmen müssen, unter der sich die europäische Verteidigungspolitik entwickelt.

¹⁶¹ Schild, Joachim; 2007; S.241

¹⁶² Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

¹⁶³ Die Mission wurde am 10. November 2008 beschlossen und wird seitdem unter dem Titel EU NAVFOR (Atalanta) geführt; siehe hierfür: 2008/851/CFSP

¹⁶⁴ auf diese europäischen Lufttransportflotte einigten sich lediglich 12 der 27 Ratsmitglieder

¹⁶⁵ Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Tagung des Europäischen Rates am 11./12. Dezember 2008 in Brüssel

¹⁶⁶ vgl.: Kempin, Ronja und Overhaus, Marco; „Kein großer Sprung in der Entwicklung der ESVP – Lehren aus der französischen EU-Ratspräsidentschaft“; SWP-aktuell 1/Januar 2009; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2009; S.2 ff.

Dieser Ansatz führt zwar kurzfristig zu Kompromissen innerhalb einer Kerngruppe von Mitgliedsstaaten, langfristig ist er aber für eine gemeinschaftliche Entwicklung der ESVP kontraproduktiv, da nicht alle Beteiligten eingebunden werden.¹⁶⁷

Abschließend kann festgestellt werden, dass die französische Ratspräsidentschaft durch die Einnahme der Rolle des Vermittlers in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einzelnen Projektbereichen Fortschritte erzielt konnte.

In der auf lange Sicht angelegten Perspektive, der ESVP neuen Elan zu geben, ist jedoch der angekündigte Impuls nicht erfolgt. So konstatiert ein ranghoher französischer General :

*Quand à la défense européenne, force est de constater [...] que les espérances exprimées avant la présidence française de l'UE ne se concrétisent pas. Les propositions sont limitées, tant les blocages sont nombreux.*¹⁶⁸

Die erwarteten Impulse waren vor allem aufgrund des negativen Referendums zum Vertrag von Lissabon in Irland am 12.Juni 2008 ausgeblieben, um in der irischen Bevölkerung keine weiteren anti-europäischen Ressentiments zu schüren.¹⁶⁹

Zudem wird deutlich, dass in der Ernennung der ESVP als eines der Hauptthemen der Ratspräsidentschaft und in den beschlossenen Maßnahmen auch ein französisches Eigeninteresse, nämlich das des angesprochenen Hinwirkens auf ein « Europe puissance » , zu verzeichnen war.

4.1.4 Agrarpolitik

Auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (im Folgenden: GAP) handelt es sich um ein Thema, welches bereits vor der französischen Ratspräsidentschaft auf der Agenda der Europäischen Union behandelt wurde und sich die Ratspräsidentschaft somit in einen bereits laufenden Prozess integrierte.

Für die Europäische Union stellt die GAP einen der Grundpfeiler dar, war sie doch lange Zeit der einzige wirklich gemeinschaftliche Bereich der Union, was den hohen

¹⁶⁷ ebd. S.2 ff.

¹⁶⁸ „Quelle défense pour l'Europe?“ Colonel Jérôme Pellistrandi in : Sociétal 1/2009 Nr.63, Société d'Études, de Recherche et de Publications Économiques, Paris 2009

¹⁶⁹ Vgl.: Ondarza, Nicolai von; „Die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Schatten der Ungewissheit – Bestandsaufnahme und Optionen nach dem irischen Nein zum Lissaboner Vertrag“; SWP-Studie, Oktober 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.6

Anteil der GAP (ca.49 %) an den Gesamtausgaben der EU erklärt.¹⁷⁰ Ihr ursprüngliches Ziel lag darin, die europäische Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten, indem Ankaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse garantiert wurden und somit die Preise zu Gunsten der Konsumenten stabilisiert wurden, gleichzeitig aber auch Produktionsanreize für die Landwirte geschaffen wurden. Die GAP erwies sich, im Hinblick auf ihr Ziel der Versorgungssicherheit, als sehr erfolgreich und zum heutigen Zeitpunkt ist das Eigenversorgungsniveau bei wichtigen Agrargütern sogar überschritten.¹⁷¹

Nach mehreren Reformen mit dem Ziel der Deregulierung¹⁷² wurde dann 2003 die vorerst letzte Reform der GAP initiiert. Sie sollte den bereits eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, welcher eine Umstrukturierung der bisherigen Subventionspraxis und die Durchsetzung der sog. „Entkoppelung“, d.h. der Loslösung der Subventionen von der produzierten Menge eines Agrargutes, hin zu einer Bindung der Agrarhilfen an die Größe der Anbaufläche, vorsah.¹⁷³ Dies bedeutete, dass die Subventionen nicht länger produktionsgebunden ausbezahlt wurden, sondern sich als sogenannte „Einkommensbeihilfen“ an der Größe des Betriebes ausrichteten.

Im Zuge der Verhandlungen zum langfristigen Haushalt der EU (von 2007 bis 2013) im Jahr 2005 einigten sich die Mitgliedsstaaten auf einen „Gesundheitscheck“ getauften Zwischenschritt der GAP Reformen, bei dem die Reform von 2003 überprüft und die geplante Reform von 2013 vorbereitet werden sollte. Diese Gesundheitsbilanz wurde durch eine Mitteilung der Kommission zur Reform der GAP am 20. November 2007¹⁷⁴ eingeleitet und durch die anschließende Veröffentlichung einer Reihe von Vorschlägen in konkrete Formen gegossen¹⁷⁵. Diese sahen unter anderem vor, die Direktbeihilferegelung zu überdenken und „in stärkerem Maße pauschale Beihilfebeträge anzuwenden.“¹⁷⁶ Diese von der

¹⁷⁰ Kroll, Jean-Cristophe und Trouvé, Aurelie; „Degenerierte Böden – eine Bilanz der europäischen Agrarpolitik“ in: Le Monde diplomatique, Jan. 2008; taz Entwicklungs GmbH & Co.Medien KG, Berlin 2008; Dies beläuft sich im Haushaltsplan für 2009 auf eine Gesamtsumme von: 55,8 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen (Quelle: Kommission; EU-Haushalt im Detail)

¹⁷¹ Kroll, Jean-Cristophe und Trouvé, Aurelie; 2008

¹⁷² Eine wichtige Reform wurde 1992 auf den Weg gebracht, aus Gründen des Umfangs und der Relevanz können diese (und andere) Reformen hier jedoch nicht im Einzelnen dargestellt werden, es empfiehlt sich als Lektüre diesbezüglich aber beispielsweise der o.g. Zeitungsartikel;

¹⁷³ Diese „entkoppelten“ Agrarhilfen, die mittlerweile ca. 80% des GAP-Budgets ausmachen, werden als Direkthilfen bezeichnet

¹⁷⁴ KOM(2007) 722 endgültig

¹⁷⁵ siehe hierzu: KOM(2008) 306 endgültig; erläuterndes Begleitdokument der Kommission: SEK(2008) 1886

¹⁷⁶ http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index3_de.htm (letzter Zugriff: 15.07.2009)

Kommission vorangetriebene Notwendigkeit von Reformen wurde 2007 von Nicolas Sarkozy aufgegriffen und ihre Fortführung, also auch eine Auseinandersetzung mit dem Gesundheitscheck, für die Zeit während der französischen Ratspräsidentschaft angekündigt.¹⁷⁷

So hatte die GAP zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft europäische und französische Relevanz.

Für die EU, insbesondere die Kommission, ging es darum, die Politik des mit Abstand größten Einzelpostens des EU-Budgets und des am weitesten durchstrukturierten Politikbereiches der EU weiter zu reformieren und die GAP somit zu „rationalisieren und zu modernisieren“.¹⁷⁸

Das Kerninteresse lag hier darin begründet, eine leistungsfähige Landwirtschaft zu erhalten, da diese, laut Industriekommissar (und Vizepräsident der Kommission) Verheugen, einen direkten Einfluss auf die europäische Lebensmittelindustrie habe, welche wiederum als wichtigste europäische Industrie angesehen werden könne.¹⁷⁹

Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer Boel definierte darüber hinaus die Ziele der Gesundheitsbilanz dahingehend, dass der bürokratische Aufwand für die Subventionsempfänger abgebaut werden solle und durch eine Verringerung der Subventionszahlungen eine Senkung der Kosten der GAP zu erreichen und somit auf eine positivere öffentliche Wahrnehmung der GAP hinzuwirken.¹⁸⁰

Für Frankreich spielte die Landwirtschaftspolitik ebenso eine zentrale Rolle, war Frankreich doch einer der größten Empfänger von Agrarhilfen der GAP. So erhielten französische Landwirte allein 2006 20% des Gesamtvolumens des EAGFL,¹⁸¹ was einer Summe von 11,1 Milliarden Euro entsprach.¹⁸² Hinzu kam, dass die Landwirte

¹⁷⁷ Sarkozy hatte die Verabschiedung der Gesundheitsbilanz der GAP mehrfach angekündigt, beispielsweise bei seiner Rede anlässlich der Eröffnung der Landwirtschaftsmesse im Februar 2008; siehe hierzu:

http://www.elysee.fr/documents/index.php?mode=cview&press_id=1085&cat_id=7&lang=fr (letzter Zugriff: 15.07.2009)

¹⁷⁸ http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index3_de.htm (letzter Zugriff: 15.07.2009)

¹⁷⁹ laut Günther Verheugen ist die Lebensmittelindustrie mit 4,1 Millionen Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber innerhalb der EU; Durch den Einfluss der Landwirtschaft auf die Lebensmittelindustrie habe erstere eine zentrale Bedeutung für die Strategie für Wachstum und Beschäftigung (ehemals Lissabonstrategie); Quelle: <http://www.euractiv.com/de/gap/europische-agrarpolitik-vereinfachen/article-158851> (letzter Zugriff: 15.07.2009)

¹⁸⁰ ebd.

¹⁸¹ Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft; ein Fonds der GAP (existierte in dieser Form nur bis 2006)

¹⁸² Ecalte, Francois ; „Un nouveau regard sur la PAC“; in: Sociétal 2/2008 Nr.60, Societé d'Études, de Recherche et de Publications Économiques, Paris 2008 ; S.44

für Nicolas Sarkozy eine wichtige Wählerschaft darstellten (67% der Landwirte hatten ihn im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2007 gewählt), weshalb es für ihn, und die UMP wichtig war, diese Wählerklientel nicht zu verschrecken, sondern an die Partei zu binden.¹⁸³ Als konkrete Ziele für die Ratspräsidentschaft gab Nicolas Sarkozy daher an, die Gesundheitsbilanz weiter mit den Beteiligten, also den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament, diskutieren und schlussendlich verabschieden zu wollen und darüber hinaus eine Debatte über die Zukunft der GAP anzustoßen.¹⁸⁴

Aufgrund der Interessenlage war daher zu erwarten, dass Frankreich eine nationale Interessenpolitik betreiben würde, da beispielsweise eine Verringerung der Agrarbeihilfen für Frankreichs Landwirtschaft tiefe Einschnitte bedeutet hätte. Die Entschlossenheit, an der europäischen Agrarproduktion (und im Umkehrschluss an der bisherigen Subventionspraxis) nichts Essentielles ändern zu wollen, drückten die französischen Entscheidungsträger bereits im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft aus. Beispielsweise wies Landwirtschaftsminister Michel Barnier darauf hin, dass die Versorgung der europäischen Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht einzig den Kräften des Marktes überlassen werden könne¹⁸⁵ oder Staatspräsident Nicolas Sarkozy erklärte vor dem Europäischen Parlament am 10. Juli, dass (angesichts weltweit steigender Nahrungsmittelpreise) der Moment einer Reduzierung der europäischen Nahrungsmittelproduktion nicht gekommen sei.¹⁸⁶ Die Äußerungen zeigen, dass innerhalb der französischen Regierung wenig Spielraum für eine Liberalisierung der GAP festzustellen war. Nichtsdestotrotz drängte Landwirtschaftsminister Barnier darauf, bezüglich des „Gesundheitschecks“ im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft zu einer Einigung zu gelangen.¹⁸⁷ Neben dem konkreten Ziel, eine Einigung über den Gesundheitscheck zu erzielen, kündigte die französische Ratspräsidentschaft im Vorfeld an, eine Debatte über die Zukunft der GAP nach dem anstehenden Reformschritt 2013 anstoßen zu wollen.

¹⁸³ Schild, Joachim; 2007; S.244

¹⁸⁴ siehe: offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft

¹⁸⁵ Hall, Ben; "Europe's CAP the 'answer' to food crisis"; 28. April 2008; Financial Times, London 2008

¹⁸⁶ Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S.43

¹⁸⁷ Barnier begründete dies mit der Tatsache, dass eine Einigung noch vor 2009, also vor der Wahl zum EP und der Neubildung der Kommission erreicht werden müsse, um die Reformschritte durch den „Gesundheitscheck“ im nötigen zeitlichen Abstand zu 2013 verabschieden zu können. Siehe: Vorstellung der Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft durch Landwirtschaftsminister Michel Barnier vor dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP, 15. Juli 2008; S.3 ff.

Bezüglich der anzunehmenden Rollen war aufgrund der Vorbedingungen von Frankreich die Einnahme der Rolle des Vertreters nationaler Interessen zu erwarten, da es sich bei der Agrarpolitik um ein „älteres“ sowie politisch sensibles Thema handelte.

Das Ziel, eine Einigung über den Gesundheitscheck der GAP zu erzielen wurde von der französischen Ratspräsidentschaft nach der Einnahme des Vorsitzes des Rates gezielt weiterverfolgt und so berief sie bereits am 15. Juli 2008 ein Treffen der Ratsformation der Landwirtschafts- und Fischereiminister ein.

Am 18., 19. und 20. November trat die Ratsformation erneut zusammen und einigte sich am letzten Tag der Tagung mit qualifizierter Mehrheit auf die Annahme des „Gesundheitschecks“. Die politische Einigung sah unter anderem eine Verringerung der Direktzahlungen für Landwirte zu Gunsten einer finanziellen Aufwertung der Entwicklung des ländlichen Raumes sowie ein Auslaufen der Milchquoten bis 2015 vor. Die Verringerung der Direktzahlungen sollte durch eine Steigerung der „Modulation“¹⁸⁸ von bisher 5% auf 10% bis 2010 erreicht werden,¹⁸⁹ wobei dieser Wert den Vorschlag der Kommission von 13% unterschritt.¹⁹⁰ Bezüglich der Milchquoten einigte sich der Rat auf eine schrittweise Anhebung der Quoten von jährlich 1% bis zum vorgesehenen Wegfall der Quoten im Jahre 2015.

Der bereits lange im Vorfeld der Ratspräsidentschaft von Nicolas Sarkozy und ebenso von Landwirtschaftsminister Barnier angekündigte Anstoß zu einer Diskussion über die Zukunft der GAP wurde als Impuls auf einer Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister unter dem Titel „Die Zukunft der GAP nach 2013“ am 22. und 23. September in Annecy gegeben. Hierbei stießen die französischen Vertreter die Debatte durch ein von Barnier erarbeitetes Arbeitsdokument zur Zukunft der GAP an, begrenzten diese aber zur gleichen Zeit mit dem Vertreten protektionistischer Positionen.¹⁹¹

¹⁸⁸ Der Begriff bezeichnet die Reduzierung der Direktzahlungen an die Landwirte zu Gunsten einer Umschichtung des Budgets in Programme zur Förderung der ländlichen Entwicklung

¹⁸⁹ Siehe: 2904. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei; Mitteilung an die Presse; Brüssel, 18.-20. November 2008

¹⁹⁰ Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates (KOM(2008) 306 endgültig) vom 20.5.2008 sah vor, die Modulation um 8%, also auf insgesamt 13% anzuheben

¹⁹¹ Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S.43

Abschließend lässt sich im Bezug auf die Festlegung der Rollen keine abschließende Aussage treffen, da die vorliegende Quellenlage keine umfassende Aussage zur von Frankreich in den Verhandlungen zum Gesundheitscheck eingenommenen Position zulässt.

Aus der Betrachtung der Fakten heraus kann aber geschlossen werden, dass Frankreich sich für eine möglichst geringe Modulation eingesetzt hat, um die Verringerung der Direktzahlungen so gering wie möglich ausfallen zu lassen, da Frankreich der größte Empfänger dieser Zahlungen ist.¹⁹²

Die Ankündigung Sarkozys, die Debatte um den Gesundheitscheck fortzuführen und diese dann mit der Verabschiedung der Bilanz abzuschließen und darüber hinaus eine Debatte über die Zukunft der GAP anstoßen zu wollen, folgte dem von der Kommission begonnenen Weg. Gleichzeitig war die Aufnahme der Agrarpolitik in die Agenda aber auch ein Weg für Frankreich, seine nationalen Interessen zu verteidigen und die Fragen bezüglich der Verteilung der Finanzmittel durch eine Debatte zur zukünftigen politischen Ausrichtung zu umgehen.¹⁹³

Es ist daher zu vermuten, dass Frankreichs Interesse, trotz anderslautender Ankündigungen der politischen Führung, weniger in einer umfassenden Reform der GAP lag, um eine Verringerung oder Verschiebung des Agrarbudgets zu verhindern. Trotz der im Gesundheitscheck durchgeführten Modifikationen der GAP bleibt diese sowohl in rechtlicher, als auch in budgetärer Hinsicht unverändert, also: *„France pushed for a technical approach which led to improvements but did not affect the basic principles of the Common Agricultural Policy“*.¹⁹⁴ Dies deutet auf das starke nationale Interesse hin, welches Frankreich während seiner Ratspräsidentschaft vertrat und das den Anspruch einer grundlegenden Reform verwässert hat.

¹⁹² Im Jahr 2008 beliefen sich in Frankreich ausgezahlten Direkthilfen auf 8,4 Milliarden Euro; Angaben nach: Chatellier, Vincent; „Le bilan de santé et son application en France“; Communication présentée au Séminaire « José Rey » du Ministère de l’Agriculture et de la Pêche; Institut national de la recherche agronomique (INRA); Nantes 2009

¹⁹³ Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S.43

¹⁹⁴ Giuliani, Jean-Dominique; „A successful presidency: results of the French presidency of the Council of the European Union“; in: European Issues Nr. 121; Fondation Robert Schuman, Paris 2008; S.5

4.1.5 Mittelmeerunion – Union für das Mittelmeer

Obwohl es ursprünglich nicht vorgesehen war, wurde die von Nicolas Sarkozy am 7. Februar 2007 zum ersten Mal angekündigte „Mittelmeerunion“ nach massiver Kritik von Seiten der EU und einiger Mitgliedsstaaten zu einem Punkt auf der französischen Agenda für die Ratspräsidentschaft 2008 erklärt. Auch wenn lediglich die Gründung der später „Barcelona Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ getauften Initiative in den Zeitraum der französischen Ratspräsidentschaft fällt und die eigentlichen Verhandlungen größtenteils bereits im Vorfeld stattgefunden hatten, ist eine Betrachtung in Bezug auf die Fragestellung von hoher Relevanz.

Nicolas Sarkozys Ausgangsidee sah die Gründung einer „Mittelmeerunion“ unter Einbeziehung aller Mittelmeeranrainerstaaten und unter Ausschluss der EU-Mitgliedsstaaten die keine direkten Anrainer sind, vor. Ganz so wie Frankreich bereits bei der Gründung der Europäischen Union die Führungsrolle übernommen habe, so sollte es nach Nicolas Sarkozy auch bei der Gründung der geplanten Mittelmeerunion die Führungsrolle inne haben.¹⁹⁵

Ziel einer solchen Union sollte es sein, den bisher wenig erfolgreichen Barcelona-Prozess¹⁹⁶ durch eine dynamischere und erfolgreichere Initiative zu ergänzen und die europäisch-mediterrane Zusammenarbeit so neu zu beleben.

Nach Nicolas Sarkozys Wahlsieg und der daraus resultierenden Vorbereitung zur konkreten Umsetzung des Vorhabens kam es zu beachtlichen Kontroversen zwischen der französischen Regierung einerseits und der Kommission, dem Europäischen Parlament und einigen Mitgliedsstaaten, insbesondere Deutschland, andererseits.¹⁹⁷

195 „C'est à la France, [...], de prendre l'initiative avec le Portugal, l'Espagne, l'Italie, la Grèce et Chypre, d'une Union Méditerranéenne comme elle prit jadis l'initiative de construire l'Union européenne“ – „Es ist an Frankreich [...] mit Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Zypern, die Initiative zur Gründung einer Mittelmeerunion zu ergreifen, ganz so wie es bereits zur Gründung der EU die Initiative ergriffen hat“; siehe: Rede Nicolas Sarkozys am 7. Februar 2007 in Toulon

¹⁹⁶ Die 1995 in Barcelona initiierte Euro-mediterrane Partnerschaft (im Folgenden: Barcelona-Prozess) bezeichnet den Rahmen der Kooperation der EU mit den Mittelmeeranrainerstaaten. Auf die an ihr, durch Frankreich aber auch andere Akteure, geäußerte Kritik kann an dieser Stelle nicht im Einzelnen eingegangen werden. Hierfür empfiehlt sich der Aufsatz: Schwarzer, Daniela und Werenfels, Isabella ; „Formellkompromiss ums Mittelmeer“; in: SWP-aktuell 24/April 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008

¹⁹⁷ Die Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, wird mit folgenden Worten zitiert: « Nous sommes en faveur de tout ce qui peut renforcer la coopération, pour autant que l'ensemble de l'Union européenne soit impliqué, même si certains États sont plus intéressés que d'autres“; Der Präsident des EP, Hans Gert Pöttering beklagte, dass EP sei übergangen worden und forderte, dass jegliche Initiative für den Mittelmeerraum in den vorhandenen Rahmen des Barcelona-Prozesses eingebunden werden müsse; Kanzlerin Merkel kritisierte, dass eine einseitige Fokussierung bestimmter Mitgliedsstaaten auf bestimmte Nachbarstaaten der EU

Ausgelöst wurden diese Kontroversen vor allem durch die Befürchtung, dass durch die geplante Mittelmeerunion das bisherige Engagement der EU im Mittelmeerraum (d.h. insbesondere der Barcelona-Prozesses) untergraben würde und dass eine fehlende Einbindung der übrigen Mitgliedsstaaten und der EU-Institutionen die Gemeinschaft spalten könne.

Durch den „Aufruf von Rom“ am 20. Dezember 2007, in dessen Rahmen sich Italien, Spanien und Frankreich gemeinsam für die Gründung einer „Union für das Mittelmeer“ aussprachen und versicherten, dass die geplanten Maßnahmen den Barcelona-Prozess zwar ergänzen, nicht aber untergraben, konnten die Befürchtungen teilweise verringert werden. Ein deutsch-französisches Treffen zwischen Kanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy räumte dann am 3. März letzte Missverständnisse aus und ebnete den Weg zu einer Initiative für das Mittelmeer, an der alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gleichberechtigt teilhaben sollten.¹⁹⁸ Diese Einigung wurde in der darauf folgenden Woche durch einen Beschluss des Europäischen Rates bestätigt, der darüber hinaus definiert, dass die zukünftige Initiative den Namen „Barcelona Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ tragen und sich aus allen EU-Mitgliedsstaaten sowie allen übrigen Mittelmeeranrainerstaaten zusammensetzen solle. Darüber hinaus beauftragte der Rat die Kommission im Hinblick auf eine Gipfeltagung am 13. Juli in Paris konkrete Vorschläge zur Festlegung der Modalitäten einer solchen Initiative zu unterbreiten.¹⁹⁹

Die daraufhin im Mai 2008 von der Kommission vorgelegte Mitteilung²⁰⁰ formulierte eine Reihe von Vorschlägen zur Intensivierung der politischen Beziehungen zwischen der EU und den übrigen Mittelmeeranrainerstaaten im Rahmen der Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“. Unter anderem sah sie die Schaffung eines gemeinsamen Vorsitzes,²⁰¹ welcher alle zwei

Konfliktpotenzial in sich berge, was nicht wünschenswert sei. Für eine umfangreichere Ausführungen zu den kritischen Reaktionen von Seiten der EU und einiger Mitgliedsstaaten, siehe: Khader, Bichara; „De l'Union méditerranéenne de Nicolas Sarkozy au processus de Barcelone : Union pour la Méditerranée“ in: Allemand, Frédéric; „L'Union pour la Méditerranée : pourquoi ? comment ?“; Fondation pour l'innovation politique; Juni 2008; Paris 2008; S.44 ff.

¹⁹⁸ Angela Merkel am 3. März 2008 in Hannover: „Es wird ein Projekt aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein.“ Siehe: Gemeinsame Pressekonferenz von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy (3. März 2008)

¹⁹⁹ Siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 13./14. März 2008

²⁰⁰ COM(2008) 319 (Final)

²⁰¹ Dieser Vorsitz sollte nach den Vorstellungen Frankreichs ursprünglich aus einem südlichen Mittelmeeranrainerstaat und einem EU-Mitgliedsstaat, der gleichzeitig Mittelmeeranrainer ist,

Jahre stattfindende Gipfeltreffen der Regierungschefs der Union für den Mittelmeerraum initiiert, vor.

Frankreichs Zielsetzung war es gewesen, die neue Initiative stärker als es im Rahmen des Barcelona-Prozesses der Fall gewesen war, auf konkrete Projekte auszurichten und so aus dem Handeln engere Beziehungen entstehen zu lassen. Dieser Zielsetzung folgend ermittelte die Kommission die Bereiche Energie, Umwelt, Zivilschutz und Verkehr für eine zukünftige, engere Kooperation im Rahmen der neuen Initiative.²⁰² Der Kommissionsvorschlag behielt mit dem 13. Juli den geplanten Termin für einen „Eröffnungsgipfel“ der Initiative bei, welcher somit unter die französische Ratspräsidentschaft fiel.

Trotz des Kommissionsvorschlages, der die ursprünglich von Nicolas Sarkozy und seinem Berater Henri Guaino erdachte Struktur einer Mittelmeerunion stark veränderte und die „Union für den Mittelmeerraum“ zu einem Gemeinschaftsinitiative der EU werden ließ, hatte Frankreich weiterhin ein großes Interesse an der Realisierung des Projektes. Hintergründig, um Frankreichs Bedeutung im Mittelmeerraum zu steigern - um so Deutschlands gestiegene Bedeutung in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach den EU-Erweiterungen 2004 und 2007 auszugleichen - und um darüber hinaus für die Türkei eine Alternative zum EU-Beitritt (gegen den sich Nicolas Sarkozy ausgesprochen hatte) zu finden.²⁰³ Zwar hatte sich Frankreich bereits zu einem früheren Zeitpunkt für eine Einbindung der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten in den Rahmen der europäischen Außenpolitik eingesetzt (beispielsweise durch Drängen zur Aufnahme der Mittelmeer-Länder in die ENP 2003), jedoch kann davon ausgegangen werden, dass der Vorstoß zur „Mittelmeerunion“ gleichermaßen von nationalem Ehrgeiz geprägt war²⁰⁴ und dazu dienen sollte, „den französischen Führungsanspruch in der Mittelmeer-Region zu unterstreichen“.²⁰⁵ Hierbei spielten neben einem politischen

gebildet werden. Der Kommissionsvorschlag sah allerdings vor, „die zukünftige Ko-Präsidentschaft der Union für das Mittelmeer nicht einem EU-Mitgliedsstaat zu übertragen, sondern sie bei den zuständigen Gemeinschaftsstrukturen anzusiedeln.“ Siehe: Stark, Hans; 2008; S.240

²⁰² Siehe: COM(2008) 319 (Final); und: Pressemitteilung der Kommission bezüglich der Mitteilung COM(2008) 319 (Final)

²⁰³ Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S.21

²⁰⁴ Schmid, Dorothée; „Die Mittelmeerunion – ein neuer französischer Motor für die europäische Mittelmeerpolitik?“ in: DGAP Analyse Frankreich, Januar 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2008; S.7

²⁰⁵ ebd.; S.6

Interesse an einer verstärkten Kooperation mit den Mittelmeeranrainern unverkennbar auch wirtschaftliche Aspekte eine Rolle.²⁰⁶

Zudem war die geplante Initiative eine Möglichkeit für Frankreich, seine „Fähigkeiten zur Korrektur der kollabierenden europäischen Politik (hier des Barcelona-Prozesses) zu demonstrieren“²⁰⁷ und somit auf nationales Prestige hinzuarbeiten.

Vordergründig sollte der besagte Barcelona-Prozess um eine Initiative erweitert werden, welche „die Mittelmeerregion mit einem Kooperationsmechanismus ausstatten, an dem es ihr bisher mangelt und um Solidarität aufgrund konkreter Projekte entstehen lassen.“²⁰⁸ Des weiteren sollte das bisherige, durch die Struktur des Barcelona-Prozesses bedingte, Ungleichgewicht zwischen europäischen und südlichen Partnern ausgleichen werden, indem den südlichen Partnern durch die Doppelpräsidentschaft ein größeres Mitspracherecht eingeräumt wird.²⁰⁹

Nach den oben beschriebenen Kontroversen, welche die französische Ankündigung ausgelöst hatte, war es für die französische Regierung jedoch undenkbar, die Mittelmeerunion gegen den Willen vieler nördlicher Mitgliedsstaaten, insbesondere Deutschlands, und gegen den Willen der europäischen Institutionen, insbesondere der Kommission, weiterzuverfolgen. Aus diesem Grund lenkte die französische Regierung ein und einigte sich im Rahmen des Rates auf den Kompromiss der Einbindung der Initiative in den Rahmen des Barcelona-Prozesses. Sie vermied so, weitere Unstimmigkeiten hervorzurufen, die in der Konsequenz den Erfolg der anstehenden Ratspräsidentschaft auch in anderen Politikbereichen hätten gefährden

²⁰⁶ Frankreichs Hauptaußenhandelspartner sind die Mitgliedsstaaten der EU (62% der französischen Exporte); der Handel mit den afrikanischen Staaten und hierbei insbesondere den Staaten des Maghreb nimmt aber im französischen Außenhandel trotzdem eine wichtige Rolle ein, was das wirtschaftliche Interesse an einer engen Kooperation mit diesen Staaten erklärt. Für genauere Zahlen bezüglich des französischen Außenhandels siehe: *Le chiffre du commerce extérieur – année 2008*

²⁰⁷ Schmid, Dorothee; „Die Mittelmeerunion – ein neuer französischer Motor für die europäische Mittelmeerpolitik?“ in: DGAP Analyse Frankreich, Januar 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2008; S.5

²⁰⁸ Der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten Jean-Pierre Jouyet in: Cabaton, Charlotte ; Interview mit Jean-Pierre Jouyet ; „Si la relation franco-allemande est necessaire, elle n’est pas suffisante“; in: *Societal 2/2008* Nr.60, Societé d’Études, de Recherche et de Publications Économiques, Paris 2008 ; S.28

²⁰⁹ Der von Nicolas Sarkozy ernannte Verantwortliche für die Union für das Mittelmeer Alain Le Roy in : Billion, Didier ; „L’Union pour la Méditerranée, une opportunité pour renforcer la coopération entre les rives de la Méditerranée“ in: *La Revue internationale et stratégique*, été 2008; Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Paris 2008; S.14

können.²¹⁰ Gleichzeitig wahrte sie jedoch die Möglichkeit der Realisierung der Initiative, da eine gescheiterte Umsetzung der lange angekündigten Initiative die innenpolitische Glaubwürdigkeit Nicolas Sarkozys stark in Mitleidenschaft gezogen hätte.

Für die EU, insbesondere die Kommission, lag das Interesse vor allem darin, eine Spaltung der EU durch ein einseitiges französisches Handeln zu verhindern und die Einbindung der Initiative in die Strukturen des bisherigen Barcelona-Prozesses zu erwirken. Diese Einbindung wurde von einem Großteil des EP, sowie der Mehrzahl der Mitgliedsstaaten ausdrücklich begrüßt²¹¹ und unterstreicht, dass *„all European countries are concerned by what is going on in the Mediterranean, just as southern EU member states are concerned by development in Eastern Europe“* – es also für alle Mitgliedsstaaten von Belang ist, was in der Mittelmeerregion geschieht.²¹² Darüber hinaus bot die Initiative für die Kommission eine Möglichkeit, den Barcelona-Prozess wiederzubeleben, die Kooperation zwischen EU und Nachbarstaaten auszubauen²¹³ und somit auch einen Ausbau der Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten in Alternative zu einer Beitrittsperspektive voranzutreiben.²¹⁴

Es ließ sich also bereits im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft feststellen, dass der Agendapunkt „Mittelmeerunion“ bzw. „Union für das Mittelmeer“ mit hohen nationalen Erwartungen und Interessen besetzt war. Diese Vorgeschichte drohte den für den 13. Juli anberaumten Eröffnungsgipfel zu belasten.

Der in Paris stattfindende Gipfel am 13. Juli konnte für die französische Ratspräsidentschaft durchaus als Erfolg angesehen werden. Zum einen, da es gelang, die weitgehend auf den Vorschlägen der Kommission basierende Initiative „Barcelona-Prozess : Union für den Mittelmeerraum“ ins Leben zu rufen.²¹⁵ Zum

²¹⁰ Schwarzer, Daniela und Werenfels, Isabella; 2008; S.2

²¹¹ Stark, Hans; 2008; S.240

²¹² Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S.23; Die Autoren beziehen diese Wichtigkeit des Mittelmeerraums für alle Mitgliedsstaaten beispielhaft auf die Migrationsfrage, sie lässt sich aber auch an anderen Beispielen wie Umwelt- oder Sicherheitsfragen festmachen

²¹³ Kommissionspräsident Barroso: „Der Vorstoß der anstehenden französischen EU-Präsidentschaft bietet die Gelegenheit, die (Anm.: im Zuge des Barcelona-Prozesses begonnene) Zusammenarbeit zu verstärken und zu ergänzen“

²¹⁴ Vizekommissionspräsident Barrot in: Barrot, Jacques; 2008; S.12

²¹⁵ Den Gründungsakt unterzeichneten 44 Staaten; Lybien und der arabischen Liga wurde ein Beobachterstatus eingeräumt

anderen auch, weil es am Rande des Treffens zu einer Annäherung zwischen Syrien und dem Libanon kam und es gelungen war, den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und den Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas zu einem Gespräch unter Leitung Nicolas Sarkozys zusammenzubringen.

Die gemeinsame Abschlusserklärung des Gipfels definierte für den zukünftigen „Barcelona-Prozess : Union für den Mittelmeerraum“ sechs konkrete „Schlüsselinitiativen“, unter anderem die Verbesserung der Sauberkeit des Mittelmeers und der Ausbau der See- und Land-Verkehrswege.²¹⁶

Zur Klärung des institutionellen Aufbaus der neuen Initiative berief die französische Ratspräsidentschaft am 3. und 4. November in Marseille ein Treffen der Außenminister der Union für den Mittelmeerraum ein, in dessen Rahmen man sich auf die Funktionsweise des Sekretariates und dessen Sitz sowie auf das erste Arbeitsprogramm einigte.²¹⁷ Der Sitz des Sekretariates wurde entgegen früherer Aussagen Frankreichs, das sich für Tunis ausgesprochen hatte, auf Barcelona festgelegt, da mehrere arabische Staaten sich dagegen aussprachen, das Sekretariat in einem arabischen Land zu errichten. Bezüglich der Ko-Präsidentschaft der Union für das Mittelmeer kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen Ratspräsidentschaft und Tschechien und Schweden. So hatte Sarkozys Berater Henri Guaino den Vorsitz der Union für den Mittelmeerraum bis 2010 für Frankreich gefordert, während Tschechien und Schweden als zukünftige Inhaber der Ratspräsidentschaft mit der Übernahme der jeweiligen Ratspräsidentschaft auch den Vorsitz der Union für das Mittelmeer zu übernehmen gedachten.²¹⁸

Knapp ein Jahr nach der Gründung der Union für den Mittelmeerraum stellt sich die Initiative als wenig dynamisch heraus, so ist nicht einmal das geplante Sekretariat geschaffen worden. Wegen des israelisch-palästinensischen Konfliktes und des Gaza-Krieges im Dezember 2008 wurden zudem die Sitzungen aller Gremien zeitweise ausgesetzt. Auch scheint ein generelles Hindernis darin zu liegen, dass

²¹⁶ siehe: Gemeinsame Abschlusserklärung des Mittelmeer Gipfels

²¹⁷ siehe: Erklärung des Treffens der Außenminister der „Barcelona-Prozess : Union für den Mittelmeerraum“

²¹⁸ In der Gemeinsamen Abschlusserklärung des Mittelmeergipfels hieß es bezüglich der Ko-Präsidentschaft:

Der Inhaber der Präsidentschaft von Seiten der EU „must be compatible with the external representation of the EU in accordance with the Treaty provisions in force“, was von der Erklärung des Treffens der Außenminister um folgenden Zusatz erweitert wurde: „This includes the role of the Presidency and the European Commission in the external representation of the EU“

viele außereuropäische Mitglieder der Union gar kein Interesse an einer Kooperation haben, bedroht doch jedes Modernisierungsprojekt die politische Souveränität des jeweils herrschenden Regimes.²¹⁹

Es ist nicht verwunderlich, dass ein EU Diplomat angibt, die Union für das Mittelmeer würde weder schlecht noch gut funktionieren, vielmehr funktioniere sie überhaupt nicht.²²⁰

Es scheint sich also genau das zu bestätigen, was Beobachter bereits im Vorfeld befürchtet haben: durch die formelle Einpassung der Initiative in den Barcelona-Prozess haben sich dessen Fehler in der Konzeption und der Umsetzung auch auf die neue Initiative übertragen. Von Staatspräsident Sarkozy ist diesbezüglich zu vernehmen: „Lieber eine Enttäuschung, obwohl man etwas unternommen hat, als eine Enttäuschung, weil man nichts unternommen hat“.²²¹

Darüber hinaus scheinen sich die im Vorfeld geäußerten Bedenken, Frankreich wolle mithilfe der Union für das Mittelmeer lediglich seinen Einfluss im Mittelmeerraum ausbauen, zu bestätigen. Dies wird daran deutlich, dass Frankreich es sich nicht hat verwehren lassen, die Repräsentanz der EU in der Ko-Präsidentschaft einzunehmen und diese Position auch dauerhaft zu besetzen. So sehen die Erklärungen zur Union für das Mittelmeer eigentlich vor, dass die Ko-Präsidentschaft von Seiten der EU mit der Außenrepräsentanz der EU kompatibel ist, was nahe legt, dass diese Position von der jeweiligen Ratspräsidentschaft eingenommen wird. Es zeigt sich aber deutlich, dass Frankreich weiterhin auf Einfluss drängt und während der tschechischen Ratspräsidentschaft die Ko-Präsidentschaft nicht vollständig an Tschechien übergeben hat.²²² Dies ist ebenso der Fall für die schwedische Ratspräsidentschaft, während der Frankreich einen französisch-schwedischen Vorsitz innerhalb der Ko-Präsidentschaft erwirkt hat.²²³

²¹⁹ Koopmann, Martin; „Gefährliches Terrain“; in: Internationale Politik (IP), Juni 2008; Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP), Berlin 2008; S.125

²²⁰ Schmid, Fidelius; „Führungslose Fregatte“ in: Financial Times Deutschland; 27. April 2009; Hamburg 2009

²²¹ Nicolas Sarkozy, zitiert im Artikel „Historisches Stunden“ in: Göler, Daniel; „Irisches Nein – flexible Integration?“; in: Dokumente 4/08; Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.; Bonn 2008

²²² „Die Führung der Union für das Mittelmeer im ersten Halbjahr 2009 schließt auf europäischer Seite die aktuelle EU-Ratspräsidentschaft, das heißt Tschechien mit ein, die verantwortlich ist für die Außenbeziehungen der Europäischen Union, und Frankreich“; siehe: Presseerklärung der französischen Botschaft in Deutschland vom 5. Juni 2009

²²³ „Today we have agreed on a joint Swedish French Presidency on the EU side in the Union for the Mediterranean this coming autumn. This means that France and Sweden will jointly chair the

Abschließend kann im Bezug auf die am 13. Juli unter der französischen Ratspräsidentschaft ins Leben gerufene Initiative „Barcelona-Prozess : Union für das Mittelmeer“ festgestellt werden, dass sie ein klares Ergebnis von Kompromissen war, welche die französische Regierung bereits im Vorfeld der Ratspräsidentschaft eingegangen ist. Somit hat die französische Regierung bzw. die Ratspräsidentschaft die Rolle des Vermittlers eingenommen.

Dies hat ermöglicht, dass eine neue Initiative zur Belebung des bisher wenig erfolgreichen Barcelona-Prozesses ins Leben gerufen werden konnte. Da der Ursprung dieser Initiative auf einen französischen Vorstoß zurückzuführen ist und eine innovative Langzeitlösung angestrebt wurde, kann der französischen Ratspräsidentschaft die Rolle des politischen Ideengebers attestiert werden.

Nichtsdestotrotz muss aber konstatiert werden, dass, wie oben beschrieben, sehr deutlich nationale Interessen eine zentrale Rolle gespielt haben.

Daher ist davon auszugehen, dass die Einbindung der Initiative in einen gemeinschaftlichen Rahmen (der EU27) zumindest zu Teilen aus dem Kalkül heraus erfolgte, erstens die Verstimmungen zwischen Frankreich und der Kommission sowie einigen anderen Mitgliedsstaaten auszuräumen, und zweitens, um die Realisierung des Projektes zu erreichen, die bei einem Ausbleiben der Einbindung in einen gemeinschaftlichen Rahmen mehr als fraglich gewesen wäre.

4.2 Die „unerwartete“ Agenda

Im folgenden Kapitel sollen mit der Ablehnung des Vertrages von Lissabon durch ein Referendum in der Republik Irland am 12. Juni 2008, der Finanzkrise und der am 8. August 2008 eskalierten Krise in Georgien drei Themen dargestellt werden, welche unerwarteter Weise auf die Agenda der französischen Ratspräsidentschaft gelangt sind und derer sie sich gezwungenermaßen annehmen musste.

4.2.1 Das irische „Nein“ zum Vertrag von Lissabon

Die am 1. Juli 2008 beginnende französische Ratspräsidentschaft hatte während der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2008 ursprünglich die Absicht gehabt, nach einer

meetings that will be held”: Schwedens Regierungschef Fredrik Reinfeldt; siehe: Treffen zwischen Frederik Reinfeldt und Nicolas Sarkozy am 3. Juli 2009

erfolgreichen Ratifizierung des Vertrages von Lissabon die institutionellen Änderungen vor seinem geplanten Inkrafttreten am 1. Januar 2009 vorzubereiten.²²⁴ Es wäre ihr also zugekommen, beispielsweise die Ernennung des Inhabers des neugeschaffenen Präsidenten des Europäischen Rates oder des ebenfalls neugeschaffenen Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik und eine Vielzahl anderer, durch den Vertrag etablierter, Veränderungen im institutionellen Gefüge der Europäischen Union vorzubereiten. Die Aufgabe der Vertragsimplementierung kam ihr jedoch nicht zu, da die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon durch ein negatives Referendum in Irland am 12. Juni 2008 vorerst unterbrochen wurde und der europäische Reformprozess somit erneut ins Stocken geriet.

Der Ursprung des Vertrages von Lissabon liegt in den jeweils negativen Referenden in den Niederlanden und Frankreich im Mai bzw. Juni 2005, aufgrund derer der Vertrag über eine Verfassung für Europa (im Folgenden VVE) abgelehnt und seine Ratifizierung damit ausgesetzt wurde.

Die in der Folge der Ablehnungen erwogenen Handlungsoptionen für die Europäische Union wurden, neben anderen Vorschlägen, von Nicolas Sarkozy um den Vorschlag eines anfangs „mini-traité“, später „traité simplifié“ genannten modifizierten Entwurf des ursprünglichen Verfassungsvertrages erweitert. Dieser sollte den, durch die negativen Referenden zum Ausdruck gebrachten, Widerständen gegen das Reformprojekt des VVE Rechnung tragen und auf parlamentarischem Wege ratifiziert werden.

Unter der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 einigte sich der Europäische Rat darauf, eine Modifizierung des ursprünglichen VVE-Textes vorzunehmen und übertrug für die geplanten Modifizierungen das Mandat an die Regierungskonferenz.²²⁵ Der von der Regierungskonferenz erarbeitete Vertragstext wurde dann am 13. Dezember unter portugiesischer Ratspräsidentschaft durch den Europäischen Rat angenommen, in der Folge als „Vertrag von Lissabon“²²⁶ bezeichnet und in den Mitgliedsstaaten dem Ratifizierungsprozess unterzogen.

²²⁴ Lequiller, Pierre; „La mise en œuvre du traité simplifié“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008; S.26

²²⁵ siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 21./22. Juni 2007

²²⁶ Der Inhalt des Vertrages kann aus Gründen des Umfangs und der Relevanz im Folgenden nicht detailliert dargestellt werden kann. Wichtig im Bezug auf das irische Referendum ist aber zu erwähnen, dass der Vertrag eine Beschränkung der Kommissionsmitglieder auf zwei Drittel der

In Frankreich erfolgte die Ratifizierung am 14. Februar 2008. Somit war Frankreich der insgesamt fünfte Mitgliedsstaat und der erste Staat der Gründungsstaaten der europäischen Integration in dem die Ratifizierung vollzogen wurde.²²⁷

In weiteren 12 Mitgliedsstaaten erfolgte bis Juni 2008 die Ratifizierung auf dem jeweils durch die Verfassung vorgegebenen Wege, bevor die irische Bevölkerung am 12. Juni die Annahme des Vertrages mit 53,4 Prozent²²⁸ ablehnte. Die Gründe für die Ablehnung des Vertrages waren, unter anderem, die Sorgen der irischen Bevölkerung um die Neutralität Irlands und die Befürchtung eines geringeren irischen Einflusses auf EU-Ebene durch die im Vertrag vorgesehene Verringerung der Anzahl der Kommissare.²²⁹

Unter dem Eindruck der Ablehnung stehend einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten dann am 19. und 20. Juni im Rahmen des Treffens der Europäischen Rates darauf, Irland mit der Findung von Lösungsansätzen zu beauftragen und diese beim folgenden Gipfel im Oktober zu diskutieren und darüber hinaus die Ratifizierung in den übrigen Mitgliedsstaaten möglichst fortzusetzen.²³⁰

Die erneute Ablehnung des als VVE begonnenen und durch den Vertrag von Lissabon fortgesetzten Wegs zu einer Reform der Europäischen Union wurde von den Organen der EU mit Bedauern aufgenommen.²³¹ Darüber hinaus war die erneute Ablehnung ein Zeichen für ein Vermittlungsproblem zwischen den am

Mitgliedsstaaten vorsah, jeder Mitgliedsstaat also in einer von drei Legislaturperioden keinen Kommissar stellen würde; Siehe bezüglich aller durch den Vertrag vorgesehenen Änderungen: Der Vertrag von Lissabon

²²⁷ Für genauere Angaben zur Ratifikation in Frankreich und allen übrigen 26 Mitgliedsstaaten siehe: Julia Lieb/Andreas Maurer/ (Hg.); „Übersicht über den Ratifikationsstand“ in: „In Trippelschritten zur EU-Reform. Die Ratifikationsverfahren zum Lissabonner Vertrag“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2008 (Aktualisierung vom 1. Juli 2009); ebenfalls abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/transfer/Lissabon/pdf/stand_ratifikationsverfahren.pdf

²²⁸ Zahlen nach Angaben der Europäischen Kommission;

Quelle: http://ec.europa.eu/ireland/lisbon_treaty/lisbon_treaty_progress/index_en.htm (letzter Zugriff: 11.07.2009)

²²⁹ Da an dieser Stelle nicht umfassender auf Gründe für die Ablehnung eingegangen werden kann, wird an dieser Stelle auf die Analyse von Considère-Charon, Marie-Claire; „Le non de l’Irlande au traité de Lisbonne“ in: *Politique étrangère*, 3:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008, hingewiesen.

²³⁰ Siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 19./20. Juni 2008; Die Fortsetzung der Ratifizierung wurde ebenfalls von der Kommission befürwortet, siehe: Statement by President Barroso following the Irish referendum on the Treaty of Lisbon

²³¹ Bspw. Kommissionspräsident Barroso: „As a supporter of the Treaty, the European Commission would have hoped for another result.“ Siehe: Statement by President Barroso following the Irish referendum on the Treaty of Lisbon

Reformprozess beteiligten politischen Eliten und der Bevölkerung und stellte somit die Glaubwürdigkeit der politischen Entscheidungsträger in Frage.²³² Aus Gründen der demokratischen Glaubwürdigkeit der EU musste daher der Ablehnung Rechnung getragen werden. Gleichzeitig musste die EU einen Weg finden, den für ein besseres institutionelles Funktionieren und eine Steigerung der demokratischen Legitimation der EU unabdingbaren Reformschritt trotz der Ablehnung zu realisieren. Die hierfür in Erwägung gezogene Möglichkeit eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ war jedoch in der Praxis nicht umsetzbar²³³ und hätte darüber hinaus die Gefahr eines, die Stabilität der gesamten EU untergrabenden, „Dominoeffektes“ in anderen Politikbereichen mit sich gebracht.²³⁴

Somit lässt sich konstatieren, dass auf europäischer Ebene um der EU selbst willen ein starkes Interesse an der Fortsetzung des Ratifikationsprozesses herrschte, da im Falle eines Ausbleibens der Ratifizierung für die EU ein „Zurückfallen“ auf die rechtliche Basis des Vertrages von Nizza die Konsequenz gewesen wäre, auf dessen Basis *„l'Europe élargie ne pouvait plus avancer“*²³⁵ – auf dessen Basis die erweiterte EU also nicht weiterarbeiten konnte.

Für Frankreich und insbesondere Staatspräsident Nicolas Sarkozy war der Vertrag von Lissabon ebenfalls ein zentrales Thema.

Der Begriff der „rupture“ und die damit implizierte Rückkehr Frankreichs nach Europa war der zentrale Begriff des Wahlkampfes von Nicolas Sarkozy gewesen. Der Vorschlag eines „traité simplifié“ unterstrich dieses Ziel und ermöglichte es Frankreich, die Initiative in Europa zurückzugewinnen²³⁶ und für sich innerhalb der EU in Anspruch zu nehmen, eine „mit konkrete und mit realitätstüchtigen Vorschlägen untermauerte Führungsrolle wahrnehmen zu können“.²³⁷ Daher setzte Nicolas Sarkozy während der deutschen Ratspräsidentschaft seine Bemühungen für

²³² Schwarzer, Daniela und Maurer, Andreas; „Der Schuss vor den Bug – Frankreich muss die Prioritäten seiner EU-Ratspräsidentschaft umgewichten“; in: SWP-aktuell, Juli 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.2 ff.

²³³ „Alle Modelle der flexiblen Integration [...] sind politikfeldbezogen. [...] Der Vertrag von Lissabon bezieht sich aber überwiegend auf institutionelle und prozedurale Fragen, in denen eine verstärkte Zusammenarbeit einzelner per se ausgeschlossen ist.“ zitiert aus: Göler, Daniel; „Irisches Nein – flexible Integration?“; in: Dokumente 4/08; Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.; Bonn 2008; S.5

²³⁴ Shepherd, Robin; „Trust the people“ in: The World Today, Juli 2008; Chatham House, London 2008; S.6

²³⁵ Lequiller, Pierre; 2008; S.23

²³⁶ Veit, Winfried; 2008; S.37

²³⁷ Schild, Joachim; 2007; S. 239

die Umsetzung des „traité simplifié“ fort und war mitverantwortlich für das Erreichen des Mandates für die Regierungskonferenz²³⁸ und somit für das Zustandekommen des späteren Vertrags von Lissabon.

Dieser sollte Europa aus der, nach den negativen niederländischen und französischen Referenden 2005 eingetretenen, Starre befreien. Für Nicolas Sarkozy bedeutete dies, die Vereinfachung der Funktionsweise der EU durch den eingeschlagenen Reformprozess zu vollenden. So sollte die EU in der Folge in die Lage versetzt werden, als politischer Akteur aufzutreten, anstatt sich mit Fragen ihrer Funktionsweise aufzuhalten.²³⁹ Frankreichs Beitrag zur Überwindung der auf die Ablehnung des VVE gefolgt Krise durch das Zustandekommen des Vertrages von Lissabon wurde bei dessen Ratifizierung im Februar 2008 erneut hervorgehoben und Nicolas Sarkozy erklärte, dass Frankreich nunmehr seine Rückkehr nach Europa vollzogen habe.²⁴⁰

Sowohl von europäischer Ebene, insbesondere der Kommission, also auch von französischer Seite war also ein großes Interesse an einer europaweiten Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses und schlussendlich an einem erfolgreichen Abschluss des Reformvorhabens zu verzeichnen.

Um eine solche zu erreichen, war es an der französischen Ratspräsidentschaft, „nicht nur Energie, sondern auch Fingerspitzengefühl“²⁴¹ aufzubringen und angesichts der irischen Vorbehalte eine „große politische Sensibilität zeigen und sich Zurückhaltung auferlegen“,²⁴² um die Möglichkeit einer Ratifizierung des Vertrages zu wahren.

Eine der ersten konstruktiven Reaktionen der französischen Regierung erfolgte bereits vor Beginn der Ratspräsidentschaft, als Frankreichs Staatssekretär für

²³⁸ „Sein Beitrag zu den Verhandlungen unter deutscher EU-Präsidentschaft über ein Verhandlungsmandat für eine Regierungskonferenz ist allgemein anerkannt“ aus: Lieb, Julia; „Frankreich - Zurück auf der europäischen Bühne?“, in: Julia Lieb, Andreas Maurer (Hg.), „In Trippelschritten zur EU-Reform. Die Ratifikationsverfahren zum Lissabonner Vertrag“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2008, S.3

²³⁹ Charrette, Hervé de; „Nicolas Sarkozy et la politique étrangère de la France: entre changement et continuité“, in: La Revue internationale et stratégique, été 2008; Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Paris 2008; S.9

²⁴⁰ Auch Premierminister François Fillon erklärte, die Ratifikation des Vertrags von Lissabon bedeute „die Rückkehr unseres Landes in das Herz Europas, wenige Monate vor dem Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft“; Nicolas Sarkozy und Francois Fillon zitiert nach: Lieb, Julia; in: Julia Lieb, Andreas Maurer (Hg.); 2008; S.3

²⁴¹ Schwarzer, Daniela und Maurer, Andreas; 2008; S.1

²⁴² ebd.; S.5

europäische Angelegenheiten Pierre Jouyet am 24. Juni die Möglichkeit in Betracht zog, die Vertragsinhalte mit Irland neu zu verhandeln, der durch die Bevölkerung dem Vertrag entgegengebrachten Kritik so Rechnung zu tragen und letztendlich die Möglichkeit zu einer erneuten Abstimmung zu eröffnen.²⁴³

Nicolas Sarkozy kündigte nach der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Frankreich an, am 21. Juli als Ratspräsident zu einem Treffen mit dem Irischen Premierminister reisen zu wollen, „um zuzuhören, um einen Dialog zu führen, um nach Lösungen zu suchen“ und um darauf aufbauend im Rahmen der geplanten Tagung des Europäischen Rates im Oktober einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten.²⁴⁴ Vor seiner Reise nach Irland sorgte Ratspräsident Sarkozy mit der Aussage, die irische Bevölkerung müsse „erneut über den Vertrag von Lissabon abstimmen“²⁴⁵ für Irritationen, da sich diese Auffassung nicht mit dem Beschluss des Europäischen Rates vom 20. Juni 2008²⁴⁶ deckte, gemeinsam mit Irland Lösungen zu entwickeln. Überdies verschlechterte sich aufgrund der Äußerungen innerhalb der irischen Bevölkerung die Stimmung für ein mögliches zweites Referendum massiv.²⁴⁷ Im Rahmen der Konsultationen mit dem irischen Premierminister und Vertretern sowohl der Befürworter, als auch der Gegner des Vertrages von Lissabon am 21. Juli 2008 diskutierte Ratspräsident Sarkozy die Gründe der Ablehnung des Vertrages.

Wie durch die Schlussfolgerung der Ratstagung vom 20. Juni 2008 vorgesehen, erläuterte der irische Premierminister Brian Cowen während der Ratstagung vom 15./16. Oktober die Ursachen für die Ablehnung des Vertrages durch die irische Bevölkerung und der Europäische Rat einigte sich darauf, „sich auf seiner Tagung im Dezember 2008 erneut mit dieser Frage zu befassen, um Ansätze für eine Lösung und einen gemeinsamen Weg nach vorn festzulegen“.²⁴⁸ Ratspräsident Sarkozy äußerte sich kritisch zu dieser wenig konstruktiven und keine konkreten Maßnahmen voraussetzenden Formulierung und bezeichnete sie als „leere Worte“.²⁴⁹

²⁴³ siehe: Rede von Jean Pierre Jouyet anlässlich der Konferenz „Les enjeux de la présidence française de l'UE“, Brüssel, 24. Juni

²⁴⁴ Siehe: Plenardebatte des Europäischen Parlamentes (Straßburg); 10. Juli 2008

²⁴⁵ „Les Irlandais devront revoter sur le traité de Lisbonne“; Nicolas Sarkozy, zitiert nach: Quatremer; Jean; „La gaffe de Sarkozy irrite l'Irlande“; 17. Juli 2008, Libération; Paris 2008

²⁴⁶ Siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 19./20. Juni 2008;

²⁴⁷ Siehe: Kovacs, Stéphane; „Minitraité: les Irlandais refusent un second vote“ in: Le Figaro, 28. Juli 2008

²⁴⁸ Siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 15./16. Oktober 2008

²⁴⁹ „Franchement, le paragraphe que nous avons rédigé, sur cette question-là (bzgl. der erneuten Verhandlung des Themas im Dezember), il est un peu de langue de bois [...]“; Nicolas Sarkozy, zitiert

Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates am 11. und 12. Dezember einigten sich die Mitglieder des Rates dann darauf, die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon bis Ende 2009 anzustreben und zu diesem Zweck die durch den irischen Premierminister vorgebrachten Einwände der Bevölkerung gegen den Vertrag zu berücksichtigen. Konkret bedeutete dies, sich in der Abschlusserklärung zu verpflichteten, dass allen „vorgebrachten Anliegen zur beiderseitigen Zufriedenheit Irlands und der anderen Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden wird.“²⁵⁰

Das Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft nach dem negativen Referendum in Irland im Juni 2008 bis zum Gipfel des europäischen Rates am 11. und 12. Dezember war, was die Wiederaufnahme des Reformprozesses nach dem drohenden Scheitern durch das Referendum angeht, erfolgreich. Der Weg zu dieser Wiederaufnahme erfolgte teils über ein zu Recht kritisiertes Vorpreschen, größtenteils aber durch Konsultationen und eine gemeinsame Vorgehensweise, welche sich dann in dem am 11. Dezember gefundenen Kompromiss und den Zugeständnissen an die irische Bevölkerung niederschlug. Die französische Ratspräsidentschaft hat also deutlich die Rolle des Vermittlers eingenommen.

Die Bemühungen der französischen Ratspräsidentschaft und besonders das persönliche Engagement Nicolas Sarkozys waren zwar teilweise der oben beschriebenen Wichtigkeit des Lissabon-Vertrages für den Staatspräsidenten geschuldet,²⁵¹ jedoch können diese Bemühungen als wichtige Impulse angesehen werden und hatten unzweifelhaft einen Anteil am Zustandekommen eines konstruktiven Ergebnisses. Dieses Ergebnis wiederum ermöglichte in der Folge eine Fortführung des Vertrags- und Reformvorhabens und verhinderte eine dauerhafte Blockade der Europäischen Union.

nach: Gemeinsame Presseerklärung von Ratspräsident Sarkozy und Kommissionspräsident Barroso; Brüssel, 16. Oktober 2008

²⁵⁰ Dies schloss unter anderem ein, dass die Anzahl der Kommissare nicht reduziert werden soll und dass rechtliche Garantien zur Hoheit der Mitgliedsstaaten in der Fiskalpolitik, der Wahrung der traditionellen Neutralitätspolitik Irlands sowie der Beibehaltung des Abtreibungsverbot gewährt werden; siehe diesbezüglich: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 11. und 12. Dezember 2008

²⁵¹ „Nicolas Sarkozy’s activism also has to be understood in the French context. The President has to show deference to French public opinion after repeating regularly, before the Irish ‘no’, that the Lisbon Treaty was born from ‘his’ initiative of a ‘mini’ treaty.“ aus: Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S. 20

Das Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft erfolgte somit zwar zu Teilen aus nationalen Interessen heraus, spiegelte aber deutlich ein europäisches Interesse wider, weshalb sowohl die Einnahme der Rolle des Vertreters nationaler Interessen, vor allem aber des Vermittlers festzuhalten ist.

4.2.2 Die Finanzkrise

Die sich bereits 2007 anbahnende, aber erst 2008 ein globales Ausmaß annehmende Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die französische Ratspräsidentschaft vor große Herausforderungen.

Nachdem die Subprime-Krise des Hypothekenmarktes der USA im August 2007 zuerst den amerikanischen Finanzsektor hatte einbrechen lassen, weitete sich die Krise in der Folge auch auf die weltweiten und somit auch auf die europäischen Finanzmärkte aus. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Krise am 15. September 2008 mit der Insolvenz der US-amerikanischen Bank Lehmann Brothers, welche die Stabilität des Finanzsystems und in der Konsequenz auch des Wirtschaftssystems zu gefährden drohte.

Für die Europäische Union galt es, einer ernsthaften Bedrohung ihres Finanz- und Wirtschaftssystems in angemessener Art und Weise zu begegnen, um die langfristige Stabilität zu wahren. Hierbei wurde von Seiten der Kommission einem gemeinsamen, europäischen Vorgehen klar der Vorrang gegenüber einem einzelstaatlichen Handeln eingeräumt.²⁵² Um auf die Krise zu reagieren boten sich der EU eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten. Diese lagen darin, eine schnelle Antwort auf die Krise zu finden, um den Konkurs wichtiger Finanzdienstleister zu verhindern, eine makroökonomische Antwort auf die Krise in der Eurozone zu finden, die Finanzmärkte zu regulieren, um die Wiederholung einer solchen Krise zu verhindern und auf globaler Ebene zu agieren, um zu einer Regulierung der weltweiten Finanzmärkte beizutragen²⁵³. Die in diesen Bereichen zu suchenden

²⁵² Der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso sprach sich gegen nationale und für gesamteuropäische Lösungen in der Finanzkrise aus: „Wir können nur gemeinsam schwimmen oder gemeinsam untergehen.“; zitiert nach: <http://www.euractiv.com/de/finanzdienstleistungen/sarkozy-erlutert-neugrundung-kapitalismus/article-176577> (letzter Zugriff: 15.07.09)

²⁵³ vgl. Schild, Joachim; „La force de l’imprevisible: la présidence française de l’UE face à la crise financière. Un point de vue allemand“; in: Regards sur l’économie allemande, Dez.2008 ; Centre d’information et de recherche sur l’Allemagne contemporaine (CIRAC) ; Persan 2008 ; S.12

Maßnahmen sollten die Auswirkungen der Krise auf die europäische Wirtschaft begrenzen und unabsehbare Folgen vermeiden.

Für Frankreich stellte sich die Interessenlage ähnlich dar, hatte es doch in den Jahren vor Beginn der Krise eine wirtschaftliche Erholung und in bestimmten Bereichen eine positive Entwicklung erreicht,²⁵⁴ die nun durch die Finanzkrise zunichte gemacht zu werden drohte. Die Konsequenzen der Finanzkrise äußerten sich massiv im Rückgang der Wachstumsraten der französischen Wirtschaft und im Anstieg der Arbeitslosigkeit²⁵⁵ und zwangen die französische Regierung daher zu einem raschen Handeln.

Von Seiten der EU gab es also die deutlich formulierte Richtungsangabe, möglichst ein gesamteuropäisches Vorgehen als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu finden.

Ebenso hatte Frankreich allein um seiner wirtschaftlichen Stabilität willen ein hohes Interesse an einem raschen Handeln, welches jedoch nicht zwangsläufig hätte auf europäischer Ebene koordiniert werden müssen.

Die französische Ratspräsidentschaft entschied, der Krise mit einer Reihe von Gipfeltreffen zu begegnen, in deren Rahmen ein gemeinsames Vorgehen koordiniert werden sollte.²⁵⁶

Am 11. und 12. September berief die französische Finanzministerin Christine Lagarde ein informelles Treffen des ECOFIN²⁵⁷ ein, um die wirtschaftliche Lage in Europa zu analysieren und eine „kollektive Antwort der Mitgliedsstaaten“ zu finden.²⁵⁸ Die im Zuge des Treffens erwogene Maßnahme eines europäischen Konjunkturprogramms wurde vorerst nicht beschlossen, da sich auf Ebene der

²⁵⁴ Gemeint ist an dieser Stelle, dass die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2007 rückläufig waren und vor allem große Unternehmen ihre wirtschaftliche Situation verbessern konnten; vgl.: Daniel, Jean Marc; „Reaktion auf die Krise: die Europäisierung der französischen Wirtschaftspolitik“ in: DGAP Analyse Frankreich, April 2009; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2009; S. 7

²⁵⁵ Die Wachstumsrate der französischen Wirtschaft betrug 2007 2,2% und sank aufgrund der Folgen der Finanzkrise auf 0,8% im Jahr 2008 und auf eine Prognose von -2% für das Jahr 2009; bezügl. der Arbeitslosigkeit wurde ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf über 10% bis Ende 2009 erwartet; vgl. Daniel, Jean Marc; 2009; S.7

²⁵⁶ Aus Gründen des begrenzten Umfangs der Arbeit kann im Folgenden nur verkürzt auf die beschlossenen Maßnahmen und die politischen Einigungen eingegangen werden. Für eine weiterführende Lektüre empfiehlt sich beispielsweise: Schild, Joachim; 2008

²⁵⁷ Ratsformation „Wirtschaft und Finanzen“

²⁵⁸ Siehe: http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-09_2008/PFUE-12.09.2008/informelle_ministres_finances.html (letzter Zugriff: 14.07.2009)

Mitgliedsstaaten Widerstand gegen eine solche Maßnahme regte.²⁵⁹ In der Folge berief die französische Ratspräsidentschaft weitere außerordentliche Treffen ein, unter anderem ein Treffen der europäischen Mitglieder der G8 am 4. Oktober,²⁶⁰ einen Gipfel der Länder der Eurozone und Großbritannien am 12. Oktober und einen informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsstaaten der EU am 7. November. Im Rahmen des letzteren wurde zum einen das gemeinsame Vorgehen der Europäischen Union im Rahmen des geplanten G20-Gipfels am 15./16. November in Washington²⁶¹ festgelegt, zum anderen wurde der Kommission das Mandat zur Erstellung eines Maßnahmenkataloges zur Stabilisierung der europäischen Konjunktur erteilt. Das daraufhin von der Kommission entwickelte Maßnahmenpaket wurde von selbiger am 26. November 2008 vorgelegt und sah, als Hauptprojekt, die Erstellung eines europäischen Konjunkturprogramms mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro vor.²⁶² Der Vorschlag der Kommission wurde am 2. Dezember durch den ECOFIN und am 11./12. Dezember durch den Europäischen Rat gebilligt.²⁶³

Abschließend kann festgehalten werden, dass der französischen Ratspräsidentschaft in einem breiten Konsens der Beobachter attestiert wird, durch ein dynamisches Vorgehen und das Einberufen außerordentlicher Gipfeltreffen den angemessenen Weg zum Umgang mit der Krise gefunden zu haben.²⁶⁴

Hierbei zeigen die im Konsens aller Mitgliedsstaaten getroffenen Maßnahmen und Erklärungen, dass es der französischen Ratspräsidentschaft gelungen ist, eine europäische Herangehensweise zu verwirklichen und nationale Alleingänge, bis auf Ausnahmen, weitgehend zu vermeiden.²⁶⁵ Dieses koordinierte Vorgehen hatte zur Folge, dass ein Einbrechen des Wachstums der europäischen Wirtschaft zwar nicht

²⁵⁹ Bspw. der deutsche Finanzminister Peer Steinbück: „Ich bin gegen ein europäisches Konjunkturprogramm“, zitiert nach : „Europe, 180 jours pour convaincre“; Regisseur: Sergio Ghizzardi; Frankreich 2009

²⁶⁰ Italien, Großbritannien, Deutschland, Frankreich; Im Zuge des Treffens verständigten sich die Staaten auf ein gemeinsames bzw. aufeinander abgestimmtes Vorgehen; siehe: Erklärung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zum Gipfel der europäischen G8 am 4. Oktober

²⁶¹ Die Initiative zum Gipfel der 20 wichtigsten Industrienationen ging ebenfalls auf Nicolas Sarkozy (und Gordon Brown) zurück

²⁶² siehe: Mitteilung der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat für ein europäisches Konjunkturprogramm; 26.11.2008

²⁶³ Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 11. und 12. Dezember 2008

²⁶⁴ Schild, Joachim; 2008; S.12

²⁶⁵ ebd.; S.13

in Gänze verhindert, jedoch eine Destabilisierung des gesamten Wirtschaftssystems vermieden werden konnte.

Zudem ist mit dem europäischen Konjunkturprogramms eine Antwort auf die Krise gefunden worden, welche einen makroökonomischen Impuls gab. Bezüglich der langfristigen Regulierung der Finanzmärkte kann an dieser Stelle keine Aussage getroffen werden.

Bei der Lösungsfindung hat Frankreich die Debatte zwar gelenkt, sie jedoch nicht vollständig dominiert und somit die Position eines „Koordinators, von dem neue Impulse in Europa ausgehen“ eingenommen.²⁶⁶ Diese Position impliziert sowohl die Einnahme der Rolle des Vermittlers, als auch die des politischen Ideengebers.

Wie eingangs erwähnt kann zwar davon ausgegangen werden, dass das französische Vorgehen auch durch nationale Interessen motiviert war, zum einen, um das französische Wirtschaftssystem zu stützen, zum anderen da Nicolas Sarkozy durch sein internationales Krisenmanagement Teile seines innenpolitischen Ansehens wiedergewinnen konnte.²⁶⁷ Jedoch war diese Einnahme der Rolle des Vertreters nationaler Interessen durchweg kompatibel mit den überdies eingenommenen Rollen des Organisators und des politischen Ideengebers. Letztere kristallisieren sich aus dem Vorgehen der französischen Ratspräsidentschaft heraus, welches es ermöglicht hat, wichtige Entscheidungen zur Abschwächung der Krise zu treffen und eine Kooperation unter den Mitgliedsstaaten anzustoßen.²⁶⁸

4.2.3 Die Georgienkrise²⁶⁹

Der bereits lange schwelende Konflikt zwischen Georgien und Russland um die von Georgien abtrünnigen, international nicht als unabhängig anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien, weitete sich in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Russland und Georgien aus, nachdem die georgische Armee in das faktisch seit 1994 nicht mehr von Georgien kontrollierte Gebiet Süd-Ossetiens einmarschiert war und dessen Hauptstadt Zchinwali

²⁶⁶ Daniel, Jean Marc; 2009; S.8

²⁶⁷ Hillebrand, Ernst; „Super-Sarko rettet die Welt – Nicolas Sarkozy und die Finanzkrise“; in: Frankreich Analyse, Nov.2008; Friedrich Ebert Stiftung – Bureau de Paris; Paris 2008; S.1

²⁶⁸ Schild, Joachim; 2008; S.19

²⁶⁹ Der im Folgenden dargestellte Konflikt zwischen Georgien und der russischen Föderation wird unter verschiedenen Bezeichnungen, beispielsweise „Fünftage-Krieg“, „Kaukasus-Konflikt“ oder „Georgienkrise“ beschrieben. Im Zuge der Arbeit wird der Ausdruck „Georgienkrise“ verwendet

bombardiert hatte. In der Folge marschierten 10.000 russische Soldaten²⁷⁰ in Südossetien und ebenso in Abchasien ein und die russische Luftwaffe bombardierte georgische Ziele in Südossetien.

Nach dem Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung ging es für die EU um die Frage, in welcher Art und Weise auf die von vielen als unverhältnismäßig angesehene russische Aggression reagiert werden sollte.

Für die Europäische Union stellte der Konflikt die Schwierigkeit dar, einerseits auf die Aggression gegen Georgien als einem Staat, mit welchem im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik Beziehungen bestehen, angemessen zu reagieren, andererseits aber das Verhältnis der EU zu Russland und die bisher aufgebauten Beziehungen durch die Reaktion nicht zu belasten.²⁷¹ Gleichzeitig stand für Europa aber auch die Glaubwürdigkeit als internationaler Akteur, der durch sein Engagement im internationalen Kontext zur Konfliktbeilegung beizutragen vermag, auf dem Spiel. Diese Herausforderung wurde angesichts der beschränkten Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen in diesem Konflikt, die aus der russischen Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat resultierte, noch verstärkt. Daher forderte Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner in seiner Funktion als Vorsitzender der Ratspräsidentschaft, Europa müsse eine führende Rolle in der Lösung des Konfliktes spielen,²⁷² was implizierte, dass es mit einer Stimme sprechen müsse.

Für die französische Ratspräsidentschaft stand ebenfalls auf dem Spiel, die internationale Handlungsfähigkeit der Europäischen Union bei der Konfliktbeilegung unter Beweis zu stellen. Daneben spielte aber ebenfalls das französisch-russische Verhältnis eine entscheidende Rolle, welches bis dato von einem beachtlichen Entgegenkommen Frankreichs und der Abwesenheit offener Kritik geprägt gewesen war.²⁷³ Weiterhin sah Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Ratspräsidentschaft als

²⁷⁰ Die russische Armee hatte vom 15. Juli bis 2. August ein Manöver im Nordkaukasus durchgeführt und war daher zahlenmäßig so präsent in der Region

²⁷¹ „L'ensemble des relations entre la Russie et l'Occident est dans la balance“ – Die gesamten Beziehungen Russlands mit dem Westen sind in der Waagschale“; zitiert aus: Rousselin, Pierre; „Géorgie : France et Europe en première ligne“ in: Le Figaro; 11.08.2008; Paris 2008

²⁷² Leparmentier, Arnaud; „Bernard Kouchner tente une médiation au nom des Européens“ in: Le Monde; 12.08.2008

²⁷³ Die von Sarkozy im Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl angekündigte „Menschenrechtsdiplomatie“ ist in den Beziehungen zu Russland eher still geblieben. Sie zeichnete sich vielmehr dadurch aus, Russland als „Großmacht“ nicht zu erniedrigen. Vgl.: Busse, Nicolas;

eine Möglichkeit an, auf internationalem Boden seine Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen,²⁷⁴ wofür ein Handeln der französischen Ratspräsidentschaft in der Lösung der Georgienkrise eine adäquate Gelegenheit bot.

Nach dem Ausbruch der Krise ergriff die französische Ratspräsidentschaft durch Außenminister Bernard Kouchner erste Maßnahmen und reiste mit dem damaligen Vorsitzenden der OSZE Alexander Stubb²⁷⁵ am 10. August nach Tiflis und am 11. August nach Moskau, um erste Gespräche mit den Konfliktparteien zu führen.²⁷⁶ Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits mehrere Mitgliedsstaaten für eine harte Position gegenüber Russland ausgesprochen. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten Polen und die drei baltischen Staaten das russische Vorgehen, forderten die EU auf, sich der „imperialistischen Politik Russlands in Osteuropa“ entgegenzustellen und äußerten ihre Kritik an der vermeintlich zu zurückhaltenden Position anderer Mitgliedsstaaten. Das russische Vorgehen wurde ebenso von Schweden harsch verurteilt, während Großbritannien, Deutschland, Italien und auch Frankreich zurückhaltender reagierten.²⁷⁷

Am 12. August reiste Nicolas Sarkozy zu einem Treffen mit seinem Amtskollegen Medvedew, nach dessen Ende letzterer zusagte, die Kampfhandlungen einzustellen und unter der Voraussetzung, dass sich die georgischen Truppen ebenfalls zurückzögen, die russischen Truppen auf ihre vor dem Ausbruch des Konfliktes eingenommenen Positionen zurückzubeordern. Die getroffene Übereinkunft wurde am 13. August auf dem von der französischen Ratspräsidentschaft einberufenen, außerplanmäßigen Treffen der EU-Außenminister abgesegnet und in der Folge in den sogenannten „Sechs-Punkte-Plan“ gefasst. Dieser wurde dann am 15. August von Georgien und am 16. August von Russland unterzeichnet und beendete die

„Diplomatische Vorsicht – Frankreichs Russland-Politik“; Frankfurter Allgemeine Zeitung; 12.08.2008; Frankfurt 2008

²⁷⁴ „Nicolas Sarkozy qui mise beaucoup sur la présidence française de l’UE pour construire sa stature internationale, entend montrer qu’il est aux avant-postes dans ce conflit armé aux portes de l’Europe“ zitiert aus: Cornudet, Cécile; „Sarkozy se lance dans une mission diplomatique délicate“; La Croix; 12.08.08; Paris 2008

²⁷⁵ Alexander Stubb – seit 2008 finnischer Außenminister; Die OSZE hatte von 1992 bis Ende 2008 eine Beobachter- und Vermittlermission in Georgien - die „OSCE Mission to Georgia“

²⁷⁶ Hierbei legte Kouchner einen drei Punkte enthaltenden Plan vor, der: 1. die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten; 2. den Rückzug der Streitkräfte auf ihre früheren Positionen (vor dem 6. August), und 3. die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Georgiens vorsah; Quelle: <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3454> (letzter Zugriff: 15.07.2009)

²⁷⁷ Einen Überblick über die Reaktionen der EU-Mitgliedsstaaten geben bspw. die folgenden Artikel: Vandystad, Nathalie; „Sarkozy mise sur une sortie de crise rapide“; 11.08.08; Le Figaro; und Semo, Marco; „Les tardives réactions de l’Occident“; 10.08.08; Libération

Kampfhandlungen, forderte den Rückzug der Streitkräfte beider Seiten auf die Positionen vor dem Konflikt, gestand Russland aber gleichzeitig zu, bis zur Findung eines internationalen Mechanismus, „zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen“ ergreifen zu können.²⁷⁸ Der umgehend an dem Plan geäußerten Kritik, er greife die als zentral erachtete territoriale Integrität Georgiens nicht auf und sei zu weit auslegbar formuliert, begegnete Nicolas Sarkozy mit den Worten: „*L’objectif était dans l’immédiat de renouer le dialogue et non de régler tous les problèmes*“.²⁷⁹

In der Folge blieben die Positionen innerhalb der Europäischen Union bezüglich des weiteren Vorgehens entzweit, wobei vor allem von den MOEL²⁸⁰ die Frage nach der Möglichkeit von Sanktionen gegen Russland erwogen wurde. Diese waren auch von Frankreichs Außenminister Kouchner gefordert, von Staatspräsident Sarkozy aber ausgeschlossen worden, um eine Einbindung Russlands in die Lösung des Konfliktes nicht zu gefährden.²⁸¹

Der sich langsamer als durch den „Sechs-Punkte-Plan“ vorgesehen vollziehende Rückzug der russischen Truppen und die international scharf verurteilte Anerkennung der Unabhängigkeit Süd-Ossetiens und Abchasiens durch Russland am 26. August verschärften die Krise in der Folge weiter und schürten innerhalb der EU großen Unmut. Daher rief die französische Ratspräsidentschaft am 1. September den Europäischen Rat zu einem außerordentlichen Treffen zusammen, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Wie von Nicolas Sarkozy im Vorfeld gefordert, wurden keine Sanktionen gegen Russland erhoben, die gemeinsame Abschlusserklärung verurteilt aber deutlich die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens und beschloss, die Verhandlungen für ein neues Partnerschaftsabkommen der EU mit Russland vorerst auszusetzen.²⁸² Darüber

²⁷⁸ Der Plan sah unter anderem vor, dass die Kampfhandlungen entgültig beigelegt werden und die russischen und georgischen Streitkräfte sich auf ihre vor dem Ausbruch des Konfliktes eingenommenen Positionen zurückziehen. Quelle: http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/accord_6_points_signe_PR.pdf (letzter Zugriff: 15.07.2009)

²⁷⁹ „Das unmittelbare Ziel war es, den Dialog wieder aufzunehmen, nicht alle Probleme zu lösen“; Nicolas Sarkozy, zitiert nach: Millot, Lorraine; „Medvedev dicte sa paix à l’Europe“; 13.08.08, Libération

²⁸⁰ MOEL- Abkürzung für Mittel- und Osteuropäische Staaten, entspricht CEE (Central and Eastern Europe) im Englischen

²⁸¹ Mit der Ablehnung von Sanktionen befand sich Sarkozy überdies auf einer Linie mit den Positionen Großbritanniens, Deutschlands und Italiens.

²⁸² Siehe: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (Brüssel); 1. September 2008; Die Aussetzung der Verhandlungen zu einem neuen Partnerschaftsabkommen sollten so lange ausgesetzt werden, bis alle Truppen sich auf die Positionen zurückgezogen haben, „die sie vor dem 7. August innehatten.“

hinaus erwogen die Mitgliedsstaaten laut der Erklärung die Entsendung einer Beobachtermission in die Krisenregion. Dieses Vorhaben wurde im Rahmen eines informellen Treffens der EU-Außenminister am 5. und 6. September in Avignon²⁸³ weiter entwickelt und so einigten sich die Außenminister am Ende des Treffens auf die Entsendung einer zivilen Beobachtermission zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens („Sechs-Punkte-Plan“).

Nach den Beschlüssen des Treffens in Avignon reisten Kommissionspräsident José Barroso, der Hohe Vertreter für die GASP Javier Solana und Ratspräsident Nicolas Sarkozy am 8. September zu Gesprächen mit Russlands Staatspräsident Medwedew nach Moskau und im Anschluss zu Gesprächen mit Georgiens Präsident Michail Saakaschwili.²⁸⁴ Bei den Gesprächen mit Medwedew wurde eine Übereinkunft dahingehend erzielt, dass sich die russischen Truppen innerhalb eines Monats vollständig von georgischem Territorium zurückziehen (ausgenommen hiervon waren Südossetien und Abchasien)²⁸⁵ und überdies ab 1. Oktober 2008 eine mindestens 200-köpfige Beobachtermission der EU in den Pufferzonen zwischen den von Russland als unabhängig anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien und dem georgischen Staatsgebiet eingesetzt wird.

Diese Beobachtermission EUMM (EU Monitoring Mission in Georgia) wurde dann am 15. September durch einen Ratsbeschluss²⁸⁶ eingesetzt und nahm ihre Arbeit am 1. Oktober mit etwa 300 militärischen Beobachtern auf.

Die Einsetzung der Beobachtermission stellt nicht das Ende des Konfliktes, jedoch das Ende des intensiven Engagements der französischen Ratspräsidentschaft dar, weshalb die weitere Entwicklung nicht dargestellt werden kann²⁸⁷. Es bleibt aber zu erwähnen, dass sich die EU-Außenminister am 10. November darauf verständigten, die Verhandlungen zu einem neuen Partnerschaftsabkommen wieder aufzunehmen

²⁸³ Das Treffen war fester Bestandteil des Kalenders der Ratspräsidentschaft, wurde also nicht eigens aufgrund der Georgienkrise einberufen. Trotzdem dominierte dieses Thema das Treffen.

²⁸⁴ Für die gemeinsame Verhandlungsreise war in der Abschlusserklärung des Rates vom 1. September ein Mandat erteilt worden.

²⁸⁵ Dieser Rückzug wurde nach offiziellen russischen Angaben am 8. Oktober vollständig vollzogen.

²⁸⁶ Siehe: Ratsbeschluss vom 15. September 2008 zur Einsetzung der „European Union Monitoring Mission in Georgia, EUMM Georgia“; Aktuell stellen 26 Mitgliedsstaaten Personal für die Mission; für ausführliche Informationen siehe: offizielle Website der EUMM: <http://www.eumm.eu> (letzter Zugriff: 15.07.2009)

²⁸⁷ Es soll aber auf die, unter der Führung der UN, der EU und der OSZE seit dem 15. Oktober 2008 in Genf stattfindenden, Gespräche zwischen Russland und Georgien hingewiesen werden, anhand derer die Schwierigkeit einer dauerhaften Lösung des Konfliktes sehr deutlich werden.

und dieser Entschluss bereits im Rahmen des EU-Russland-Gipfels am 14. November 2008 in Nizza in die Tat umgesetzt wurde.

Das Vorgehen der EU und insbesondere der von der französischen Ratspräsidentschaft ausgehandelte „Sechs-Punkte-Plan“ wurden in der Folge häufig kritisiert und es kann festgestellt werden, dass der Plan den Konflikt definitiv nicht gelöst hat. In Ermangelung der Nennung der territorialen Integrität Georgiens und einer klaren Definition der Grenzverläufe zwischen georgischem Gebiet und den Territorien der „abtrünnigen Gebiete“ Südossetien und Abchasien ist die Lage noch immer instabil, was auch die Arbeit der EUMM erschwert.²⁸⁸ Zahlreiche Beobachter bewerten die getroffenen Vereinbarungen zwischen Russland und der EU aufgrund offener und auslegbarer Formulierungen als Entscheidungen zu Gunsten Russlands²⁸⁹. Der Status quo des Konfliktes kann wie folgt zusammengefasst werden: *„At the roots, nothing is resolved and there are fears that the Russian leaders feel encouraged.“*²⁹⁰

Bezüglich des Handels der französischen Ratspräsidentschaft können mehrere Feststellungen getroffen werden.

Der Konflikt offenbarte die Spaltung der EU-Mitgliedsstaaten in eher „pro-russische“ eingestellte Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Deutschland und Italien und eher russlandkritische Positionen einnehmende Mitgliedsstaaten wie Polen, die baltischen Staaten und Schweden. Diese Spaltung ließ die EU Gefahr laufen, erneut in einen andauernden, internen Dissens zu verfallen, wie es im Falle des Irak-Krieges und - mit Abstrichen - auch im Falle der Anerkennung des Kosovo geschehen war.

Angesichts dieses Risikos ist es der französischen Ratspräsidentschaft gelungen, die unterschiedlichen Positionen innerhalb des Rates zu bündeln und ein gemeinsames Handeln zu erwirken.²⁹¹ Dieses gemeinsame Handeln ermöglichte es der EU, sich

²⁸⁸ Bezüglich der aktuellen Schwierigkeiten der EUMM siehe beispielsweise: <http://www.tagesschau.de/ausland/georgien640.html>

²⁸⁹ siehe bspw. Millot, Lorraine; „Medvedev dicte sa paix à l’Europe“; 13.08.08, Libération; oder Mongrenier, Jean-Sylvestre; “Sarkozy committed in Georgia the sin of voluntarism”; French Institute of Geopolitics, Paris/Thomas More Institutue, Paris; 2009; S.1

²⁹⁰ Mongrenier, Jean-Sylvestre; “Sarkozy committed in Georgia the sin of voluntarism”; French Institute of Geopolitics, Paris/Thomas More Institutue, Paris; 2009; S.1

²⁹¹ Vgl. bspw. Giuliani, Jean-Dominique und Foucher, Michel; „The European Union and the Russo-Georgian war“; in: European Issues Nr.108; Fondation Robert Schuman, Paris 2008; S.8; Die gemeinsame Position des Europäischen Rates manifestierte sich zum Beispiel in der gemeinsamen Abschlusserklärung vom 1.September (siehe Fußnote 14)

durch ein geschlossenes Auftreten als Akteur in der Konfliktlösung zu etablieren und das ausbleibende Handeln der USA und der UN zu kompensieren.²⁹²

Dass die EU aus dieser Krise als Mediator des Konfliktes hervorging, ist unzweifelhaft Verdienst der französischen Ratspräsidentschaft. Trotz dieser unbestreitbaren Leistung der französischen Ratspräsidentschaft, die EU in der Konfliktmediation zu einen und die divergierenden Positionen der Mitgliedsstaaten zu bündeln, ist eine starke französische Dominanz zu konstatieren.²⁹³

Diese Dominanz erklärt, dass ein gemeinsames Handeln gegenüber Russland erreicht werden konnte, was aber nicht bedeutet, dass dies an dem schwierigen Verhältnis der EU zu Russland grundlegend etwas vereinfacht hätte. Vielmehr zeigt sich für die EU, dass *„the dilemma of how to deal with Russia is probably greater at the end of the french presidency than it was at the start“*.²⁹⁴

Abschließend wird deutlich, dass die französische Ratspräsidentschaft die Rolle des Vermittlers eingenommen hat, da sie großen Wert auf eine gemeinsame, europäische Position gelegt hat. Durch die Bemühungen, sich im Einklang mit den übrigen Mitgliedsstaaten aktiv an der Konfliktbeilegung zu beteiligen, ist es der EU zudem möglich geworden, international als Konfliktmediator wahrgenommen zu werden.

Diese Fähigkeit der Vermittlung in Konflikten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, ist für das Ziel der dauerhaften Friedenssicherung auf dem europäischen Kontinent für die EU unabdingbar.

Diese Rolle Europas als Vermittler in Krisen reiht sich überdies in die Logik des Konzeptes des „Europe puissance“ ein, weshalb neben einem klaren europäischen Interesse auch von einem französischen Eigeninteresse ausgegangen werden kann.

²⁹² „Erstmals war die EU unter der französischen Ratspräsidentschaft Herr des Verfahrens bei der Schlichtung eines militärischen Konflikts im Umfeld Europas“ zitiert aus: Halbach, Uwe; „Die Georgienkrise 2008 - Internationale, nationale und regionale Dimensionen“; 2008; S.6 und „Thanks to the french presidency with the support of the UK and Germany the EU found itself in a position of being the only one able to bring about a ceasefire in Georgia“ zitiert aus: Giuliani, Jean-Dominique und Foucher, Michel; „The European Union and the Russo-Georgian war“; in: European Issues Nr.108; Fondation Robert Schuman, Paris 2008; S.8

²⁹³ Diese Dominanz drückte sich beispielsweise darin aus, dass Nicolas Sarkozy bereits vor dem außerordentlichen Gipfel des Europäischen Rates am 1.September Sanktionen gegen Russland ausschloss, obwohl diese Option von mehreren Mitgliedsstaaten in Erwägung gezogen wurde. Er verließ somit deutlich die Position des Vermittlers.

²⁹⁴ Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; 2008; S.23

5. Schlussbetrachtung und Auswertung

Die in Kapitel 4 getroffenen Aussagen bezüglich der Einnahme der in Kapitel 1.3 entwickelten Rollen im jeweiligen Politikbereich werden im Folgenden zusammengefasst.

Dabei wird mithilfe einer Tabelle dargestellt, welche der vier in Kapitel 1.3 entwickelten Rollen (Organisator, Vermittler, politischer Ideengeber, Vertreter nationaler Interessen) die französische Ratspräsidentschaft in den Punkten der offiziellen, sowie der „unerwarteten“ Agenda eingenommen hat.

Hierbei findet eine Abstufung statt, die definiert, ob die Einnahme der jeweiligen Rolle: -stark ausgeprägt, -ausgeprägt, -gering ausgeprägt bzw. -nicht ausgeprägt war.

Basierend auf den Untersuchungsergebnissen aus Kapitel 4 werden anschließend die dargestellten Ergebnisse erläutert, zusammengefasst und im Hinblick auf die Fragestellung bewertet.

Einnahme der Rollen der französischen Ratspräsidentschaft in den jeweiligen Themengebieten:

- = stark ausgeprägt
- = ausgeprägt
- = gering ausgeprägt
- = nicht ausgeprägt

	Organisator	Vermittler	Pol. Ideengeber	Vertreter nat. Interessen
Energie- und Klimapolitik		● ● ●		●
Migrations- und Asylpolitik		●	● ●	● ●
Sicherheits- und Verteidigungspolitik		● ●	---	●
Agrarpolitik		●		(● ●)
Union für das Mittelmeer		●	●	● ● ●
Vertrag von Lissabon		● ● ●		●
Finanzkrise	● ● ●		● ●	●
Georgienkrise		● ● ●	●	●

Quelle: Eigene Darstellung

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf den in Kapitel 4 vorgenommenen Bewertungen bezüglich der Einnahme der Rollen durch die französische Ratspräsidentschaft. Diese waren:

In der **Energie- und Klimapolitik** war die Rolle des Vermittlers stark ausgeprägt, da der französischen Ratspräsidentschaft ein hohes Verhandlungsgeschick und eine hohe Zielstrebigkeit attestiert werden kann. Beides hat in der Konsequenz zum Erreichen eines konkreten Ergebnisses (Annahme des „Klimapakets“) geführt. Aufgrund der hohen innenpolitischen Relevanz des Themas ist die Rolle des Vertreters nationaler Interessen feststellbar, diese war jedoch nur gering ausgeprägt.

In der **Zuwanderungs- und Asylpolitik** nahm die französische Ratspräsidentschaft in geringem Maße die Rolle des Vermittlers ein, was sich in der Annahme von eher marginalen Änderungsvorschlägen am vorgelegten Asylpakt äußerte. Darüber hinaus war die Rolle des politischen Ideengebers ausgeprägt vorhanden. Die französische Ratspräsidentschaft griff im vorgelegten Asylpakt zwar von der Kommission entwickelte Prinzipien auf, die Vorlage des Paktes ist aber einzig auf die Ratspräsidentschaft selbst zurückzuführen. Zudem ist ein ausgeprägtes nationales Interesse zu verzeichnen, da der Pakt die Einwanderungspolitik Nicolas Sarkozys zum Leitbild der europäischen Einwanderungspolitik erhebt.

Im Bereich der **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** war die Rolle des Vermittlers ausgeprägt (in einigen Projektbereichen konnten Kooperationen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten angestoßen werden), die im Vorfeld angekündigte Rolle des politischen Ideengebers²⁹⁵ konnte jedoch nicht erfüllt werden; zudem war das Handeln auch durch das nationale Ziel der Schaffung eines „Europe puissance“ geleitet, die Rolle des Vertreters nationaler Interessen war daher schwach ausgeprägt aber vorhanden.

Bezüglich der **Agrarpolitik** können, wie beschrieben, aufgrund der Quellenlage und der Komplexität des Themas keine abschließenden Aussagen getroffen werden; jedoch ist die Rolle des Vermittlers erkennbar (da eine Einigung über den „Gesundheitscheck“ erzielt wurde); überdies deutet die relative Ergebnislosigkeit darauf hin, dass aus stark nationalen Interessen heraus der Status Quo weitgehend beibehalten werden sollte – die Rolle des Vertreters nationaler Interessen wird daher unter Vorbehalt als ausgeprägt vorhanden angesehen.

²⁹⁵ Frankreich hatte im Vorfeld der Ratspräsidentschaft angekündigt, der ESVP einen „neuen Elan“ (siehe: offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft) zu verleihen.

Für die **Union für das Mittelmeer** kann die Einnahme der Rolle des politischen Ideengebers (Anstoß zu einer Neubelebung Politik der EU im Mittelmeerraum) sowie die Einnahme der Rolle des Vermittlers (auf Kompromisse eingegangen, Vorbehalte anderer Mitgliedsstaaten berücksichtigt) festgestellt werden; beides kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass das Projekt der ursprünglichen „Mittelmeerunion“ in großem Maße von nationalen Interessen der Einflusswahrung und der Wirtschaftsbeziehungen gelenkt war.

Für das Vorgehen bezüglich des **Vertrags von Lissabon** ist aufgrund der innenpolitischen Bedeutung der Fortführung des Reformprozesses die Einnahme des Vertreters nationaler Interessen feststellbar. Jedoch überwog die Rolle des Vermittlers, und das Hauptziel der französischen Ratspräsidentschaft war es, eine Lösung zur Fortsetzung des Reformprozesses zu finden.

In der **Finanzkrise** war die Einnahme der Rolle des Organisators stark ausgeprägt (viele außerordentliche Treffen wurden einberufen); darüber hinaus war die Rolle des politischen Ideengebers ausgeprägt (neue Impulse zur Handhabung der Krise wurden gegeben). Eine Antwort auf die Krise zu finden, war jedoch auch durch nationale Interessen begründet.

Im Zuge der **Georgienkrise** war die Einnahme der Rolle des Vermittlers deutlich ausgeprägt (Hinarbeiten auf eine europäische Position gegenüber Russland, dabei unterschiedliche Positionen innerhalb der Gruppe der Mitgliedsstaaten miteinander vereinen); darüber hinaus wurde durch die Vorlage konkreter Maßnahmen (6-Punkte-Plan) die Rolle des politischen Ideengebers eingenommen; zudem kann das Vertreten nationaler Interessen („Europe puissance“ als Konfliktschlichter; Aufwertung der Popularität des Staatspräsidenten Sarkozy) festgestellt werden, was aber nicht überwog.

Abschließen können folgende Feststellungen getroffen werden:

1. Die EU hat unter der französischen Ratspräsidentschaft ihre Handlungsfähigkeit bewiesen - sowohl im Bezug auf im die im Voraus definierte Agenda, als auch im Bezug auf die unerwartet auftretenden Krisen.
2. Durch sein Handeln im Rahmen der Ratspräsidentschaft konnte Frankreich unterstreichen, dass es „zurück in Europa“ ist. Dank des, durch hohen Aktionismus geprägten, Handelns ist Frankreich den gestellten Erwartungen zu großen Teilen

gerecht geworden und hat in fast allen Bereichen der Ratspräsidentschaft konkrete Ergebnisse hervorgebracht.

3. Die Auswertung macht deutlich, dass die französische Ratspräsidentschaft häufig auch nationale Interessen vertreten hat, diese jedoch größtenteils mit europäischen Interessen kompatibel waren. Die häufige Einnahme der Rolle des Vermittlers belegt die Bemühungen, im Einvernehmen mit allen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene, also Kommission, EP und übrigen Mitgliedsstaaten, einen Konsens zu finden und somit im europäischen Interesse zu handeln.

Darüber hinaus hat Frankreichs Einnahme der Rolle des politischen Ideengebers Impulse für die Weiterentwicklung der EU und die Vertiefung der europäischen Integration gegeben; auch hier kann ein agieren in europäischem Interesse wahrgenommen werden.

Daraus ergibt sich im Hinblick auf die Frage, ob die französische Ratspräsidentschaft französische oder europäische Interessen vertreten hat, folgender Schluss:

Frankreich hat im Rahmen der Ratspräsidentschaft überwiegend in gesamteuropäischem Interesse gehandelt, ohne seine nationalen Interessen zu ignorieren.

Erkennbar bleibt eine ausgeprägte Konsensorientierung der französischen Ratspräsidentschaft, die Bereitschaft zu Kompromissen in Fragen von ausgeprägtem nationalen Interesse erkennen ließ. Diese französische Ratspräsidentschaft hat deshalb neues Vertrauen in Frankreich als einem wichtigen Mitgliedsstaat der EU geschaffen, hat Frankreich tatsächlich „zurück nach Europa“ gebracht.

Literaturverzeichnis:

Bücher und Aufsätze

- Barrot, Jacques; „Qu’attend l’Union européenne de la Présidence française ?“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008
- Barrot, Jacques; Interview : „La Présidence française : trois attitudes positives“ in: La Revue politique et parlementaire, Okt./Dez. 2008 ; Puteaux 2008
- Berthelet, Pierre; „Immigration et frontières extérieures, priorités... et défis pour la Présidence française de l’Union européenne“ in: Revue du marché commun et de l’Union européenne, Sep. 2008; Editecom; Paris 2008 ; S.499-506
- Billion, Didier ; Interview mit Alain Le Roy: „L’Union pour la Méditerranée, une opportunité pour renforcer la coopération entre les rives de la Méditerranée“ in: La Revue internationale et stratégique, été 2008; Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Paris 2008; S.13-17
- Cabaton, Charlotte ; Interview mit Jean-Pierre Jouyet ; „Si la relation franco-allemande est nécessaire, elle n’est pas suffisante“; in: Sociétal 2/2008 Nr.60, Société d’Études, de Recherche et de Publications Économiques, Paris 2008
- Carron de la Carrière, Guy; „Six mois d’Europe intense, et après?“ in: La Revue politique et parlementaire, Okt./Dez. 2008; Puteaux 2008
- Charette, Hervé de; „Nicolas Sarkozy et la politique étrangère de la France: entre changement et continuité“; in: La Revue internationale et stratégique, été 2008; Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Paris 2008; S.7-12
- Chatellier, Vincent; „Le bilan de santé et son application en France“; Communication présentée au Séminaire « José Rey » du Ministère de l’Agriculture et de la Pêche; Institut national de la recherche agronomique (INRA); Nantes 2009
- Considère-Charon, Marie-Claire; „Le non de l’Irlande au traité de Lisbonne“ in: Politique étrangère, 3:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008
- Council of the European Union ; „Council Guide - I. The Presidency Handbook“; Rat der Europäischen Union, Brüssel 2006
- Courtois, Gérard; „Sarkozy, an 01: le boomerang de la victoire“ in: La Revue politique et parlementaire, April/Juni 2008 ; Puteaux 2008

- Daniel, Jean Marc; „Reaktion auf die Krise: die Europäisierung der französischen Wirtschaftspolitik“ in: DGAP Analyse Frankreich, April 2009; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2009
- David, Dominique; „France/OTAN: la dernière marche“ in: Politique étrangère, 2 :2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008
- Day, Catherine ; „La nécessité d’une parfaite coopération interinstitutionnelle” in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008
- Dehousse, Renaud; „La France et l’Europe: continuité ou rupture?"; in: Annuaire français de relations internationales, 2008; Centre Thucydide ; Paris 2008; S.89-101
- Demesmay, Claire; „L’Allemagne face à l’Europe de Nicolas Sarkozy“ in: Politique étrangère 2:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008
- Ducarme, Daniel; „Cinq piliers essentiels pour la stratégie européenne de sécurité et de défense“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008
- Ducarme, Daniel; „PESD: la force de la présidence française a mis en lumière la faiblesse de l’Europe“ in: La Revue politique et parlementaire, Okt./Dez. 2008; Puteaux 2008
- Duchrow, Julia ; „Ab in die Wüste“ in: Amnesty Journal April 2009; Amnesty International Deutschland; Köln 2009
- Dufourcq, Jean; „L’Union pour la Méditerranée – un beau projet“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008
- Dumont, Gérard-François; „L’immigration et l’Europe“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008
- Ecalle, François ; „Un nouveau regard sur la PAC“; in: Sociétal 2/2008 Nr.60, Société d’Études, de Recherche et de Publications Économiques, Paris 2008 ; S.43-51
- Geden, Oliver; “Die Implementierung des EU-Energieaktionsplans” in: SWP-aktuell 25/April 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.1-8
- Geisser, Vincent; „Le pacte européen sur l’immigration et l’asile ou le triomphe de la ‚frontexisation’ des esprits“; in: Migrations Société, Sep./Okt. 2008; Centre d’Information et d’Études sur les Migrations internationales (CIEMI); Paris 2008; S.3-12

- Giuliani, Jean-Dominique; „A successful presidency: results of the French presidency of the Council of the European Union“; in: European Issues Nr. 121; Fondation Robert Schuman, Paris 2008
- Giuliani, Jean-Dominique und Foucher, Michel; „The European Union and the Russo-Georgian war“; in: European Issues Nr.108; Fondation Robert Schuman, Paris 2008
- Göler, Daniel; „Irisches Nein – flexible Integration?“; in: Dokumente 4/08; Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.; Bonn 2008
- Gougeon, Jacques-Pierre; „La présidence française ou le divorce franco-allemand“ in Le Monde, 18.12.2008, Paris 2008
- Gorawantschy, Dr. Beatrice; „Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft“; Auslandsbüro (Paris) der Konrad Adenauer Stiftung; Juni 2008; Paris 2008
- Guérot, Ulrike; „Europa wie es sinkt und lacht – fünf Thesen für eine neue EU-Debatte“ in: INTERNATIONALE POLITIK (IP), März 2009; Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP) , Berlin 2009
- Halbach, Uwe; „Die Georgienkrise 2008 - Internationale, nationale und regionale Dimensionen“ in: „Konflikt am Kaukasus, Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008“; Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe; Hrsg.: Internationales Institut für Liberale Politik Wien; Wien 2009; S.3-13
- Härtel, Ines; „Handbuch Europäische Rechtssetzung“; Springer-Verlag; Berlin und Heidelberg 2006
- Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; „The Council of Ministers“; Palgrave Macmillian; Hampshire 1997
- Hayes-Renshaw, Fiona und Wallace, Helen; „The Council of Ministers“; Palgrave Macmillian; Hampshire 2006
- Hillebrand, Ernst; „Die Außenpolitik Nicolas Sarkozys – ein Bruch mit der Ära Chirac?“ in: Frankreich Analyse, Feb. 2008; Friedrich Ebert Stiftung – Bureau de Paris; Paris 2008
- Hillebrand, Ernst; „Super-Sarko rettet die Welt – Nicolas Sarkozy und die Finanzkrise“; Frankreich Analyse, Nov.2008; Friedrich Ebert Stiftung – Bureau de Paris; Paris 2008
- Kempin, Ronja und Overhaus, Marco; „Kein großer Sprung in der Entwicklung der ESVP – Lehren aus der französischen EU-Ratspräsidentschaft“; SWP-aktuell 1/Januar 2009; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2009; S.1-4

- Khader, Bichara; „De l’Union méditerranéenne de Nicolas Sarkozy au processus de Barcelone : Union pour la Méditerranée“ in: Allemand, Frédéric; „L’Union pour la Méditerranée : pourquoi ? comment ?“; Fondation pour l’innovation politique; Juni 2008; Paris 2008; S.25-78
- Koopmann, Martin; „Widersprüchliche Signale - Französische Europa-Politik zu Beginn der Pariser EU-Ratspräsidentschaft“; DGAP Analyse Frankreich 05, Juli 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.; Berlin 2008
- Koopmann, Martin; „Gefährliches Terrain“; in: Internationale Politik (IP), Juni 2008; Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP) , Berlin 2008
- Kroll, Jean-Cristophe und Trouvé, Aurelie; „Degenerierte Böden – eine Bilanz der europäischen Agrarpolitik“ in: Le Monde diplomatique, Jan. 2008; taz Entwicklungs GmbH & Co.Medien KG, Berlin 2008
- Lamassoure, Alain; „Heurs et malheurs des présidences européennes“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008; Puteaux 2008
- Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier; „The French presidency of 2008: The unexpected agenda“, Swedish Institute for European Policy Studies, Stockholm 2008
- Lequiller, Pierre; „La mise en œuvre du traité simplifié“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008
- Lieb, Julia; „Frankreich - Zurück auf der europäischen Bühne?“, in: Julia Lieb, Andreas Maurer (Hg.), „In Trippelschritten zur EU-Reform. Die Ratifikationsverfahren zum Lissabonner Vertrag“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2008, S. 71-76
- Lieb, Julia / Maurer, Andreas (Hg.); „Übersicht über den Ratifikationsstand“ in: „In Trippelschritten zur EU-Reform. Die Ratifikationsverfahren zum Lissabonner Vertrag“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2008 (Aktualisierung vom 1. Juli 2009); S. 6-11
- Lord, Christopher; „Two constitutionalisms? A comparison of British and French attempts to justify the Constitutional Treaty“ in: Journal of European Public Policy, Oktober 2008; Routledge, London 2008
- Martens, Stefan; „Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ); 38/2007; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007
- Marthaler, Sally; „Nicolas Sarkozy and the politics of French immigration policy“ in: Journal of European Public Policy, April 2008; Routledge, London 2008; S.382-397

- Mongrenier, Jean-Sylvestre; “Sarkozy committed in Georgia the sin of voluntarism”; French Institute of Geopolitics, Paris/Thomas More Institute, Paris; erstmals veröffentlicht auf www.isria.info am 12. Januar 2009; ISRIA – Global Geopolitics and Diplomacy, Washington 2009
- Müller-Brandeck-Bocquet, Dr. Gisela; „Frankreich, zurück in Europa. Aber mit welchem Kurs?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ); 38/2007; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007; S.11-18
- Müller-Brandeck-Bocquet, Dr. Gisela; „Frankreichs Europapolitik“; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden 2004
- Ondarza, Nicolai von; „Die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Schatten der Ungewissheit – Bestandsaufnahme und Optionen nach dem irischen Nein zum Lissaboner Vertrag“; SWP-Studie, Oktober 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008; S.1-29
- Pellion, Antoine; „Une politique européenne de l’énergie et du climat : un enjeu essentiel pour 2008“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008
- Pellistrandi, Colonel Jérôme ; „Quelle défense pour l’Europe?“ in: Sociétal 1/2009 Nr.63, Société d’Études, de Recherche et de Publications Économiques, Paris 2009
- Putnam, Robert; „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-level-Games“; in: International Organisation; MIT Press Journals; Cambridge 1988
- Schild, Joachim; “Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik” in: Integration 3/2007; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007
- Schild, Joachim; „La force de l’imprévisible: la présidence française de l’UE face à la crise financière. Un point de vue allemand“; in: Regards sur l’économie allemande, Dez.2008 ; Centre d’information et de recherche sur l’Allemagne contemporaine (CIRAC) ; Persan 2008; S.11-19
- Schmid, Dorothee; „Die Mittelmeerunion – ein neuer französischer Motor für die europäische Mittelmeerpolitik?“ in: DGAP Analyse Frankreich, Januar 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2008; S.5-13
- Schout, Adriaan und Vanhoonacker, Sophie; „Evaluating Presidencies of the Council of the EU: Revisiting Nice“ in: Journal of Common Market Studies 2006 Volume 44. Number 5, Blackwell Publishing Ltd, Oxford 2006; S.1051-77
- Schwarzer, Daniela und Joncheray, Nicolas; „Debatten, Kalküle und Programme im Präsidentschaftswahlkampf 2007“; Diskussionspapier der

Forschungsgruppe EU-Integration; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008

- Schwarzer, Daniela; „La présidence française de l’Union européenne : quels objectifs, quels partenaires ?“ in : Politique étrangère 2:2008; Institut français des relations internationales; Paris 2008 ; S.361-371
- Schwarzer, Daniela und Werenfels, Isabella ; „Formellkompromiss ums Mittelmeer“; in: SWP-aktuell 24/April 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008
- Schwarzer, Daniela und Maurer, Andreas; „Der Schuss vor den Bug – Frankreich muss die Prioritäten seiner EU-Ratspräsidentschaft umgewichten“; in: SWP-aktuell, Juli 2008; Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit; Berlin 2008
- Shepherd, Robin; „Trust the people“ in: The World Today, Juli 2008; Chatham House, London 2008
- Spencer, Claire; „Eyeing other shores“ in: The World Today, Juli 2008; Chatham House, London 2008; S. 9-10
- Stark, Hans; „Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung“ in: Integration, Juli 2008; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008
- Tallberg, Jonas; „The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency“ in: Journal of European Public Policy 10:1 February 2003; Routledge, London 2003
- Tömmel, Ingeborg; „Das politische System der EU“; Oldenbourg Wissenschaftsverlag; München 2008
- Veit, Winfried; „Bruch oder Bluff? : Französische Außenpolitik unter Sarkozy“
In: Internationale Politik und Gesellschaft Online : International Politics and Society. - 2008, 2.Electronic ed.: : IPG-Redaktion, Bonn 2008
- Wallström, Margot; „La communication sur l’Europe et la Présidence française“ in: La Revue politique et parlementaire, Jan./März 2008 ; Puteaux 2008
- Wessels, Wolfgang; „Das politische System der Europäischen Union“; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden 2008
- Wihtol de Wenden, Catherine, „Von Widersprüchen und Notwendigkeiten: Perspektiven französischer und europäischer Migrationspolitik“; in: DGAP Analyse Frankreich, Juni 2008; Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Berlin 2008

Zeitungsartikel:

- Avril, Pierre; „Paris lâche du lest pour boucler le paquet climat“ in: Le Figaro; 12. Dezember 2008; Paris 2008
- Barber, Tony; „Sarkozy praised for bringing Brussels talks to agreement“ in: Financial Times; 15. Dezember 2008; London 2008
- Bresson, Henri de; „Nicolas Sarkozy veut continuer de peser en Europe“ in: Le Monde, 18. Dezember 2008; Paris 2008
- Busse, Nicolas; „Diplomatische Vorsicht – Frankreichs Russland-Politik“; Frankfurter Allgemeine Zeitung; 12. August 2008; Frankfurt 2008
- Cornudet, Cécile; „Sarkozy se lance dans une mission diplomatique délicate“; La Croix; 12. August 2008; Paris 2008
- Counis, Alexandre; „Les Européens condamnés à s’entendre sur le paquet énergie-climat“ in: Les Echos; 11. Dezember 2008; Paris 2008
- Deger, Marc; „L’unité européenne mise à l’épreuve“; 12. August 2008; La Tribune; Paris 2008
- Ferenczi, Thomas; „Nicolas Sarkozy : du bon usage des crises“ in: Le Monde, 19.12.2008, Paris 2008
- Hall, Ben; “Europe’s CAP the ‘answer’ to food crisis”; 28. April 2008; Financial Times, London 2008
- Hönighaus, Reinhard; „Sarkozys Friedensangebot“ in: Financial Times Deutschland; 11. Dezember 2008; Hamburg 2008
- Jouyet, Jean-Pierre; „L’Europe est passée de l’influence à la puissance“ in: Libération, 20.12.2008, Paris 2008
- Klossa, Guillaume; „Quel président pour l’Europe ?“ in: Le Figaro, 30. Dezember 2008 ; Paris 2008
- Kovacs, Stéphane; „Minitraité: les Irlandais refusent un second vote“ in: Le Figaro, 28. Juli 2008
- Leparmentier, Arnaud; „Bernard Kouchner tente une médiation au nom des Européens“ in: Le Monde; 12.08.2008
- Millot, Lorraine; „Medvedev dicte sa paix à l’Europe“; 13. August 2008, Libération; Paris 2008
- Perrault, Guillaume; „Immigration: Le grand jour d’Hortefeux“ in: Le Figaro, Donnerstag 16. Oktober 2008

- Quatremer; Jean; „La gaffe de Sarkozy irrite l’Irlande“; 17.Juli 2008, Libération; Paris 2008
- Ricard, Philippe; „Les vingt-sept trouvent un compromis sur le climat“ in: Le Monde; 14./15. Dezember 2008; Paris 2008
- Roth, Wolfgang; „Artenschutz für Luftverschmutzer“ in: Süddeutsche Zeitung; 13./14. Dezember 2008; München 2008
- Rousselin, Pierre; „Géorgie : France et Europe en première ligne“ in: Le Figaro; 11.08.2008; Paris 2008
- Schmid, Fidelius; „Führungslose Fregatte“ in: Financial Times Deutschland; 27.April 2009; Hamburg 2009
- Semo, Marco; „Les tardives réactions de l’Occident“; 10.08.08; Libération; Paris 2008
- Vandystad, Nathalie; „Sarkozy mise sur une sortie de crise rapide“; 11. August 2008; Le Figaro; Paris 2008
- Vondra, Alexander; „Un peu de respect, M. le président“ in: Le Monde, 20. November 2008 ; Paris 2008
- Winter, Martin; „Europa à la Sarkozy“; in: Süddeutsche Zeitung; 17. September 2007; München 2007

Internetquellen:

- Erklärung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zum Gipfel der europäischen G8 am 4. Oktober
 - o <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3585>
(letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Erklärung des Treffens der Außenminister der „Barcelona-Prozess : Union für den Mittelmeerraum“; Marseille, 3./4. November
 - o http://ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1103_ministerielle_Euromed/Final_Statement_Mediterranean_Union_EN.pdf
(letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Gemeinsame Pressekonferenz von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy (3. März 2008)
 - o <http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Gemeinsame-Pressekonferenz-von,3197.html> (letzter Zugriff: 22.07.2009)

- Gemeinsame Abschlusserklärung des Mittelmeer Gipfels; Paris, 13. Juli 2008
 - o http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/07/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Gemeinsame Presseerklärung von Ratspräsident Sarkozy und Kommissionspräsident Barroso; Brüssel, 16. Oktober 2008
 - o http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1015_conseil_europeen/Conseil_europeen_Conference_presse_Sarkozy_Barroso_FR.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Geschäftsordnung des Rates der Europäischen Union (Stand 2006)
 - o <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:285:0047:0071:DE:PDF> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Grünbuch der Kommission über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration
 - o http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0811de01.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Haager Programm
 - o <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/04/st16/st16054.de04.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Le chiffre du commerce extérieur – année 2008 (Studie zum französischen Außenhandel im Jahre 2008; Hrsg.: Ministère du Budget, des Comptes publics et de la Fonction publique)
 - o <http://lekiosque.finances.gouv.fr/APPCHIFFRE/etudes/thematiques/A2008.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Mitteilung der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat für ein europäisches Konjunkturprogramm; 26.11.2008
 - o http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/Comm_20081126.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Nicolas Sarkozys Äußerungen des 19. Januars bezüglich der Fangquotenregelung der EU
 - o <http://www.lepoint.fr/actualites/2008-01-20/annonce-surprise-de-nicolas-sarkozy-contre-les-quotas-de-peche/1037/0/219516> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- offizielles Achtzehnmonatsprogramm der französischen, tschechischen und schwedischen Ratspräsidentschaft
 - o http://eu2007.de/includes/Download_Dokumente/Trio-Programm/triodeutsch.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)

- offizielles Programm der französischen Ratspräsidentschaft
 - o http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_FR.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- offizielle Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft
 - o http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1231_Bilan_PFUE/Presidence_francaise__Bilan_et_perspectives.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Plenardebatte des Europäischen Parlamentes (Straßburg); 10. Juli 2008
 - o <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20080710+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#creitem10> (letzter Zugriff: 12.07.2009)
- Presseerklärung der französischen Botschaft in Deutschland vom 5. Juni 2009
 - o <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article4139> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Pressemitteilung der Kommission bezüglich der Mitteilung COM(2008) 319 (Final)
 - o <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/774&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Pressemitteilung der Kommission bezüglich des am 23. Januar 2008 vorgelegten „Energie- und Klimapakets“
 - o http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/focus/energy-package-2008/index_de.htm (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Ratsbeschluss vom 15. September 2008 zur Einsetzung der „European Union Monitoring Mission in Georgia, EUMM Georgia“ (2008/736/CFSP)
 - o <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:248:0026:0031:EN:PDF> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Reaktionen der Kommission auf den Abschluss des „Energie- und Klimapakets“ vom 12. Dezember 2008
 - o <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1998> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Reaktion der Fraktion Die Grünen/EFA im EP zum Energie- und Klimapaket
 - o <http://www.gruene-europa.de/cms/default/dok/262/262639.htm> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Rede von Jean Pierre Jouyet anlässlich der Konferenz „Les enjeux de la présidence française de l'UE“, Brüssel, 24. Juni
 - o http://www.ifri.org/files/europe/Compte_rendu_colloque_24_06_08.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)

- Rede von Nicolas Sarkozy vor der Stiftung Friends of Europe/Amis de l'Europe am 8. September 2006 in Brüssel
 - o http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/fondation_friends_of_europe_amis_de_l_europe_et_la_fondation_robert_schuman_8_septembre_2006_bruelles_bibliotheque_solvay (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Rede Nicolas Sarkozys am 7. Februar 2007 in Toulon
 - o http://www.u-m-p.org/site/index.php/s_informer/discours/nicolas_sarkozy_a_toulon (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Rede von Nicolas Sarkozy am 6. Mai 2007 anlässlich seines Wahlsieges im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen
 - o http://www.u-m-p.org/site/index.php/s_informer/discours/je_serai_le_president_de_tous_les_francais (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Rede von Nicolas Sarkozy am 23. Juni 2007 in Brüssel anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates
 - o http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/2007/juin/conference_de_presse_finale_a_l_occasion_du_conseil_europeen_a_bruelles.78925.html (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
 - o http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!CELEXnumdoc&lg=EN&numdoc=32009L0028 (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Tampere); 15./16. Oktober 1999
 - o http://ec.europa.eu/ewsi/UDRW/images/items/doc1_1243_282516446.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 8./9. März 2007
 - o http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 21./22. Juni 2007
 - o <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/07/2&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (letzter Zugriff: 22.07.2009)

- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 13./14. März 2008
 - o <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st07/st07652-re01.en08.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 19./20. Juni 2008
 - o http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/101346.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 15./16. Oktober 2008
 - o http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/103446.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (Brüssel); 1. September 2008
 - o <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st12/st12594.de08.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Europäischer Rat (Brüssel); 11. und 12. Dezember 2008
 - o http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/104697.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Statement by President Barroso following the Irish referendum on the Treaty of Lisbon
 - o http://ec.europa.eu/ireland/press_office/media_centre/june2008_en.htm#8 (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Textentwurf für einen Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl (24. September 2008)
 - o <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st13/st13440.de08.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Treffen zwischen Frederik Reinfeldt und Nicolas Sarkozy; Stockholm, 3. Juli 2009
 - o http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/7/3/reinfeldt_discussed_economy_and_climate_with_sarkozy (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates (vom 26. Oktober 2004)
 - o http://www.unhcr.de/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/2_EU/3_EU-Migration/C.11_und_12_Schengen__Grenzschutz/C.12.03.frontex.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)

- Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft; unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007
 - o <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/LissabonVertrag/vertrag-von-lissabon.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- Vorstellung der Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft durch Landwirtschaftsminister Michel Barnier vor dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP, 15. Juli 2008
 - o http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/07/0715_programme_travail_au_PE/intervention_MB_3DISCOURS_15-07_08.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)
- 2904. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei; Mitteilung an die Presse; Brüssel, 18.-20. November 2008
 - o http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/agricult/105186.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2009)

Umfragen:

- Eurobarometer Umfrage zum Klimawandel; März/April 2008
 - o http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_300_fr_en.pdf (letzter Zugriff: 14. Juli 2009)
- Umfrage zum Wahlverhalten im zweiten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen; IPSOS
 - o <http://www.ipsos.fr/presidentielle-2007/pdf/ssu-2eTour.pdf> (letzter Zugriff: 12. Juni 2009)
- Ifop (Institut Francais d'Opinion publique) pour le Centre d'Information sur l'Europe; "Les Francais et la présidence francaise de l'UE – janvier 2008"; Ifop; Paris 2008
 - o <http://www.ifop.com/europe/docs/presidenceleurope.pdf> (letzter Zugriff: 13. Mai 2009)

Fernsehproduktionen:

- „Europe, 180 jours pour convaincre“; Regisseur: Sergio Ghizzardi; Produktion: Rue Charlot Productions, Domino Productions; 89 Minuten; Frankreich 2009

Anhang

Selbstständigkeitserklärung - Erklärung gemäß § 19 Abs. 7

Erklärung gemäß § 19 Abs. 7 der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang
Europäische Studien:

Hiermit versichere ich, dass ich die Bachelorarbeit bzw. meinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Bachelorarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Datum, Unterschrift

Danksagungen

Ich bedanke mich sehr herzlich bei meinen beiden Gutachtern, Frau Prof. Dr. Lenschow und Herr Prof. Dr. Uterwedde, für die Betreuung und Unterstützung beim Schreiben dieser Arbeit.

Mein Dank gilt dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg für die Gewährung eines Reisestipendiums. Insbesondere gilt mein Dank Herrn Froidevaux und allen anderen Mitarbeitern der Frankreich-Bibliothek des Instituts für Ihre Hilfe.

Ich bedanke mich bei meinen Eltern und Linda für alle Unterstützung. Und ich danke Paul Wittenbrink für seinen Rat.